



Bundesministerium  
der Finanzen

F a c h b l i c k

Das Ministerium

# Monatsbericht des BMF Juni 2003





# Monatsbericht des BMF Juni 2003



# Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial</b>	<b>7</b>
<b>Übersichten und Termine</b>	<b>9</b>
Finanzwirtschaftliche Lage	11
Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2003	26
Termine	28
<b>Analysen und Berichte</b>	<b>31</b>
Quo vadis? – Spielräume der Stabilitäts- und Wachstumspolitik im europäischen Kontext	33
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Quartal 2003	41
Kindergeld – ein internationaler Vergleich mit den Staaten der EU	45
Kosten der staatlichen kindbezogenen Leistungen	49
Zigarettenschmuggel – eine fast unendliche Geschichte	57
Das Controlling-Projekt im Bundesministerium der Finanzen	63
<b>Statistiken und Dokumentationen</b>	<b>67</b>
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	70
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	90
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	94

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monatsberichts  
sind für Anregungen und Kritik dankbar.

Bundesministerium der Finanzen

Redaktion Monatsbericht

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

<http://www.bundesfinanzministerium.de>

[Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de](mailto:Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de)

## Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

in Zeiten konjunktureller Schwächephasen und weltwirtschaftlicher Umbrüche, wie wir sie jetzt erleben, ist es eine Herausforderung, wirtschafts- und finanzpolitisch Kurs zu halten. Die Bundesregierung stellt sich dieser Herausforderung. Wir wollen in Deutschland einen ähnlichen Prozess in Gang setzen, wie er in einer Reihe europäischer Nachbarstaaten erfolgreich war. Bereits im letzten Monatsbericht haben wir auf die reformpolitischen Erfolge in Schweden und den Niederlanden verwiesen. Finnland ist ein weiteres Beispiel für ein Land, welches mit Entschlossenheit und hohem politischen Kooperationswillen tiefgreifende Veränderungen erreichte und nach einigen Jahren auch die entsprechenden Früchte erntete.

Aufschlussreich ist vor allem die Tatsache, dass sich Finnland nicht zuletzt als Folge von Strukturproblemen, als Folge des Zusammenbruchs des Osthandels und als Folge einer expansiven Fiskalpolitik zu Beginn der Reformprozesse Anfang der 90er Jahre in einer überaus kritischen Lage befand. Wenige Zahlen sprechen bereits eine beredte Sprache: BIP-Wachstum 1991: 6,3 %, 1992: -3,3 %, 1993: -1,1 %. Anstieg der Arbeitslosenquote von 6,6 % in 1991 auf 16,3 % in 1993. Anstieg der Sozialleistungsquote von 14,9 % in 1990 auf 24,0 % in 1993. Öffentlicher Finanzierungssaldo: 1990: +5,3 %, 1991: -1,1 %, 1992: -5,6 %, 1993: -7,3 %.

Die finnische Antwort waren tief greifende Reformen: Stabilitätspakt mit den Sozialpartnern mit der Folge moderater Lohnentwicklungen; Senkung von Einkommen- und Körperschaftsteuer, Reformen auf dem Arbeitsmarkt (Förderung des Niedriglohnssektors, Kürzung der Arbeitslosenunterstützung, kürzere Meldefristen für Arbeitslose), Rentenreform (Aufbau einer kapitalgedeckten Komponente, Abbau von Anreizen zur Frühverrentung, Erhöhung des durchschnittlichen Renteneintrittsalters), Ausgabenstabilisie-



rung im Gesundheitswesen u. a. durch Eigenbeteiligung sowie Erhöhung der Ausgaben für Bildung, Forschung und Entwicklung sowie Infrastruktur.

Das führte dazu, dass Finnland Ende der 90er Jahre bei zentralen Indikatoren (BIP- und Beschäftigungswachstum, Haushaltssalden) in der EU-Spitzengruppe lag. Getrübt wird die Bilanz zwar durch die weiterhin hohe Arbeitslosenquote (2002: 9,2 %), aber auch hier hat Finnland, verglichen mit dem Beginn der 90er Jahre, beachtliche Erfolge aufzuweisen.

Sicherlich sind nicht alle Erfahrungen unserer europäischen Partner 1:1 auf Deutschland übertragbar, auch wenn die Zielrichtungen unserer Politik oft übereinstimmen. Finnland hat seine Reformfähigkeit unter schwierigen Bedingungen unter Beweis gestellt. Bereits nach wenigen Jahren zeigten sich deutliche Fortschritte bei der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass wir uns in Deutschland heute ebenfalls in einer Situation befinden, die entschlossenes Handeln verlangt. Realitäten müssen zur Kenntnis genommen und pragmatische Antworten auf offene politische Fragen gefunden werden.

Mit der „Agenda 2010“ haben wir ein umfangreiches Reformprogramm auf den Weg gebracht, an dessen Umsetzung kein Weg vorbeiführt. Mit der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, der Begrenzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, der Veränderung des Kündigungsschutzes sowie der Modernisierung des Handwerksrechts

nehmen wir die für den Arbeitsmarkt unabwendbaren Reformen in Angriff. Weitere Schwerpunkte sind die Verbesserung der Qualität des Budgets, die Reform des Gesundheitswesens und die Stärkung der kommunalen Finanzkraft. Mit diesen Reformprojekten beschreitet Deutschland einen Weg, den der IWF, die OECD und die EU-Kommission ebenso mit Nachdruck begrüßen wie der Sachverständigenrat und die Deutsche Bundesbank.

Die Finanzpolitik muss dem Ziel der Nachhaltigkeit verpflichtet bleiben. Zur Fortsetzung des mittelfristigen Abbaus der Neuverschuldung mit dem Ziel der Konsolidierung der Staatsfinanzen und der Erhöhung der finanzpolitischen Handlungsspielräume gibt es keine sinnvolle Alternative. Vor dem Hintergrund der absehbaren Folgen der demografischen Entwicklung gilt dies umso mehr. Die Berechnungen des Statistischen Bundesamtes zur Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis 2050 machen deutlich: wachsende Lebenserwartung und gleichzeitig sinkende Geburtenhäufigkeit führen zu gravierenden Änderungen in der Altersstruktur der Gesellschaft. Das betrifft insbesondere auch die Verschiebung des Verhältnisses zwischen der Bevölkerung im Erwerbs- und im Rentenalter. Die mit der Alterung

der Bevölkerung einhergehenden Probleme werden sich zwischen 2010 und 2030 zuspitzen, wenn die geburtenstarken Jahrgänge aus den 60er Jahren in die höheren Altersgruppen hineinwachsen. Die Herausforderungen, die daraus an Wirtschaft, Gesellschaft und vor allem an die sozialen Sicherungssysteme erwachsen, sind enorm.

Darum müssen wir uns schon jetzt in der Gegenwart gut rüsten. Alles andere hieße, sich auf lange Sicht damit abzufinden, dass Zinsen und Sozialausgaben den Bundeshaushalt dominieren zu Lasten von wichtigen Zukunftsausgaben in den Bereichen, Forschung und Entwicklung, Bildung und Infrastruktur.

Die angekündigten Reformen werden wir entschlossen umsetzen. Wir wollen und wir werden die konjunkturellen und strukturellen Probleme Deutschlands lösen.



Volker Halsch  
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen





## Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	11
Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2003	26
Termine	28



## Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgaben des Bundes liegen mit 112,1 Mrd. € um insgesamt 4,1 Mrd. € über dem Vorjahresergebnis (+ 3,8 %). Allein die Ausgaben für die Sozialversicherung und für den Arbeitsmarkt überschreiten das Niveau des Vorjahresmonats um 4,6 Mrd. €. Mit einem Anteil von 51,9 %

dominieren damit die Aufwendungen für soziale Sicherung die Ausgaben des Bundeshaushalts im Monat Mai 2003.

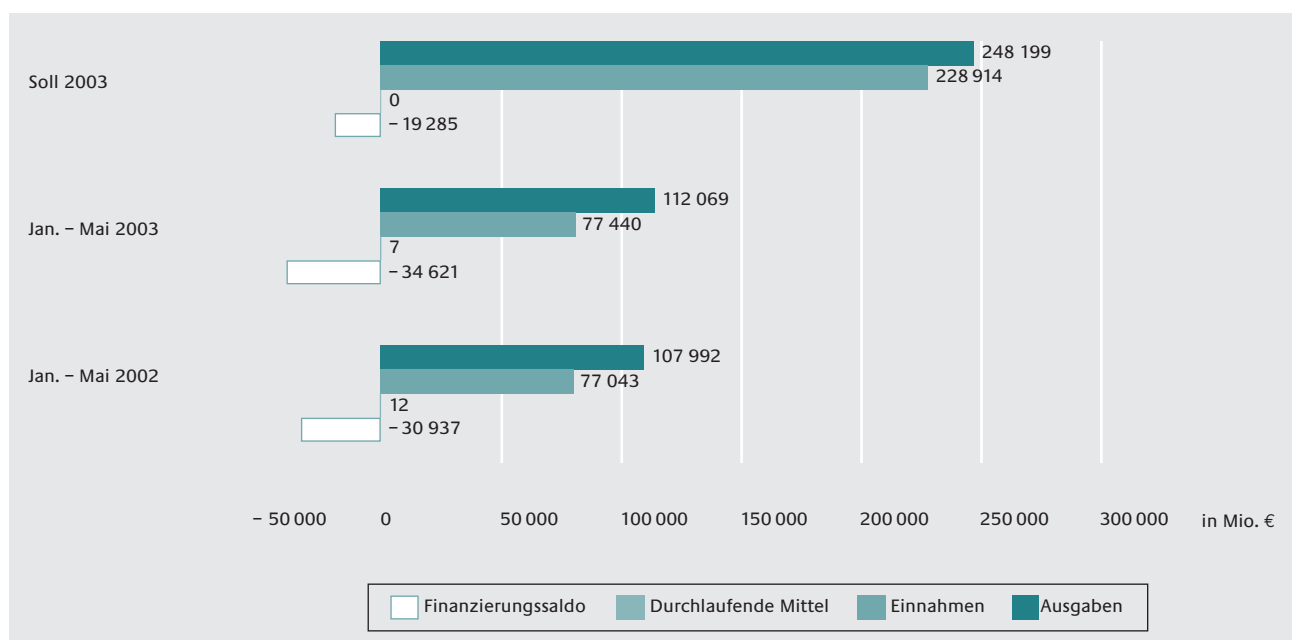
Ein günstigeres Bild als im Vormonat bietet die Einnahmenentwicklung. Insgesamt nahm der Bund 77,4 Mrd. € ein. Damit übersteigen die Einnahmen um 0,4 Mrd. € oder 0,5 % das Niveau des

## Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2003	Ist-Entwicklung <sup>1</sup> Januar bis Mai 2003
Ausgaben (Mrd. €)	248,2	112,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	- 0,4	3,8
Einnahmen (Mrd. €)	228,9	77,4
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	5,7	0,5
Steuereinnahmen (Mrd. €)	203,3	66,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	5,9	- 0,8
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	- 19,3	- 34,6
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	- 22,0
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	- 0,4	- 0,2
Nettokreditaufnahme (Mrd. €)	- 18,9	- 12,4

<sup>1</sup> Buchungsergebnisse

## Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



Vorjahreszeitraums. Im April blieben die Einnahmen noch 0,3 % hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Dabei zeigt auch die Entwicklung des Steueraufkommens positive Tendenzen. Mit 66,5 Mrd. € liegt das Steueraufkommen um 0,8 % (im Vergleich zum Monat April: – 2,7 %) unter dem Ergebnis vom Mai 2002. Die Verwaltungsein-

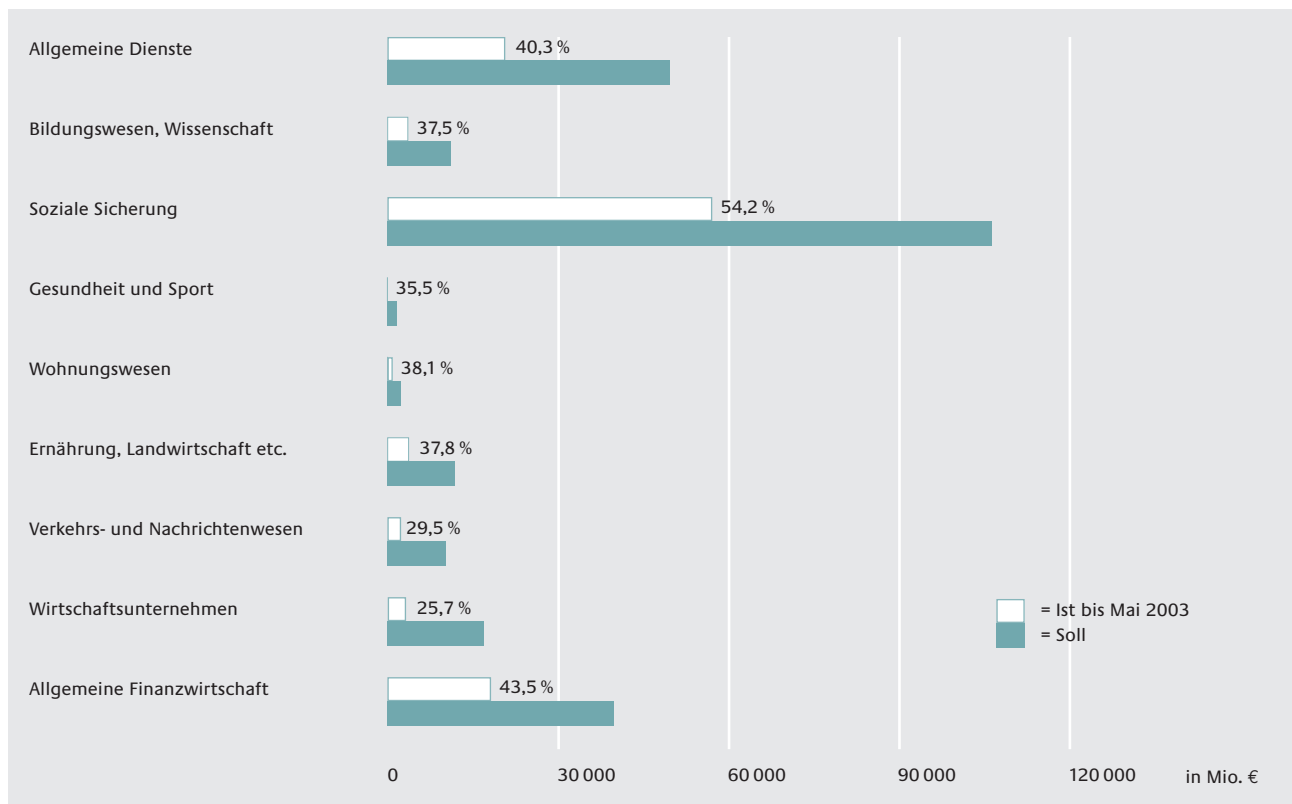
nahmen übersteigen mit 9,8 Mrd. € das Vorjahresergebnis um knapp 1,0 Mrd. €.

Aus der Entwicklung von Ausgaben und Einnahmen ergibt sich ein Finanzierungssaldo von 34,6 Mrd. €. Daraus können keine Rückschlüsse auf den weiteren Jahresverlauf gezogen werden.

## Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Soll 2003	Ist 2003 Januar bis Mai		Ist 2002 Januar bis Mai		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
<b>Allgemeine Dienste</b>	48 520	19 532	17,4	19 273	17,8	1,3
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3 695	1 420	1,3	1 470	1,4	– 3,4
Verteidigung	28 337	11 545	10,3	11 200	10,4	3,1
Politische Führung, zentrale Verwaltung	8 503	3 607	3,2	3 619	3,4	– 0,3
Finanzverwaltung	3 008	1 195	1,1	1 191	1,1	0,3
<b>Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten</b>	11 343	4 255	3,8	4 053	3,8	5,0
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	1 060	395	0,4	380	0,4	3,9
BAföG	850	491	0,4	444	0,4	10,6
Forschung und Entwicklung	6 832	2 535	2,3	2 425	2,2	4,5
<b>Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen</b>	107 325	58 203	51,9	53 990	50,0	7,8
Sozialversicherung	74 694	36 266	32,4	34 009	31,5	6,6
Arbeitslosenversicherung	0	6 619	5,9	5 075	4,7	30,4
Arbeitslosenhilfe	12 300	6 603	5,9	5 781	5,4	14,2
Wohngeld	2 650	953	0,9	904	0,8	5,4
Erziehungsgeld	3 270	1 330	1,2	1 404	1,3	– 5,3
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	3 623	1 704	1,5	1 822	1,7	– 6,5
<b>Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung</b>	1 037	368	0,3	336	0,3	9,5
<b>Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	1 913	728	0,6	834	0,8	– 12,7
Wohnungswesen	1 413	638	0,6	767	0,7	– 16,8
<b>Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	11 513	4 357	3,9	2 925	2,7	49,0
Regionale Förderungsmaßnahmen	4 607	2 103	1,9	384	0,4	447,7
Kohlenbergbau	2 559	1 474	1,3	1 529	1,4	– 3,6
Gewährleistungen	2 000	322	0,3	374	0,3	– 13,9
<b>Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	10 291	3 038	2,7	2 979	2,8	2,0
Straßen (ohne GVFG)	5 562	1 512	1,3	1 447	1,3	4,5
<b>Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen</b>	16 303	4 189	3,7	4 553	4,2	– 8,0
Postbeamtenversorgungskasse	5 300	1 027	0,9	1 181	1,1	– 13,0
Bundeseisenbahnvermögen	5 769	2 001	1,8	2 159	2,0	– 7,3
Deutsche Bahn AG	4 339	898	0,8	743	0,7	20,9
<b>Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	39 955	17 399	15,5	19 048	17,6	– 8,7
Fonds „Deutsche Einheit“	2 268	756	0,7	1 025	0,9	– 26,2
Zinsausgaben	37 885	16 475	14,7	17 710	16,4	– 7,0
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>248 199</b>	<b>112 069</b>	<b>100,0</b>	<b>107 992</b>	<b>100,0</b>	<b>3,8</b>

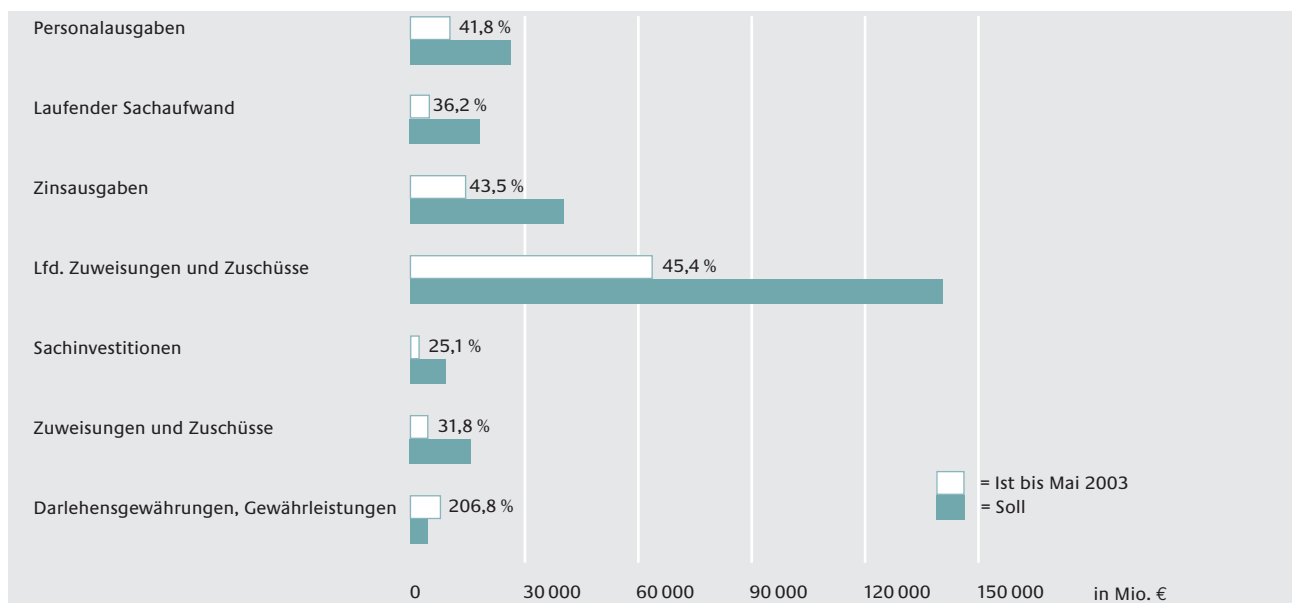
## Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis Mai 2003



## Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Soll 2003		Ist 2003 Januar bis Mai Anteil in %		Ist 2002 Januar bis Mai Anteil in %	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €		Mio. €		
<b>Konsumtive Ausgaben</b>	<b>222 298</b>	<b>97 659</b>	<b>87,1</b>	<b>96 170</b>	<b>89,1</b>	<b>1,5</b>
Personalausgaben	27 078	11 312	10,1	10 988	10,2	2,9
Aktivbezüge	20 515	8 554	7,6	8 204	7,6	4,3
Versorgung	6 563	2 758	2,5	2 784	2,6	- 0,9
Laufender Sachaufwand	17 323	6 276	5,6	6 251	5,8	0,4
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 518	515	0,5	481	0,4	7,1
Militärische Beschaffungen	8 059	3 117	2,8	2 997	2,8	4,0
Sonstiger laufender Sachaufwand	7 747	2 644	2,4	2 773	2,6	- 4,7
Zinsausgaben	37 885	16 475	14,7	17 710	16,4	- 7,0
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	139 611	63 435	56,6	61 035	56,5	3,9
an Verwaltungen	15 521	5 681	5,1	5 742	5,3	- 1,1
an andere Bereiche	124 090	57 736	51,5	55 278	51,2	4,4
darunter						
Unternehmen	16 180	5 698	5,1	5 939	5,5	- 4,1
Renten, Unterstützungen u. a.	19 521	9 862	8,8	9 205	8,5	7,1
Sozialversicherungen	84 577	40 720	36,3	38 595	35,7	5,5
Sonstige Vermögensübertragungen	400	160	0,1	186	0,2	- 14,0
<b>Investive Ausgaben</b>	<b>26 661</b>	<b>14 409</b>	<b>12,9</b>	<b>11 822</b>	<b>10,9</b>	<b>21,9</b>
Finanzierungshilfen	19 821	12 689	11,3	10 114	9,4	25,5
Zuweisungen und Zuschüsse	15 717	4 995	4,5	3 814	3,5	31,0
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	3 554	7 350	6,6	5 905	5,5	24,5
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	551	344	0,3	395	0,4	- 12,9
Sachinvestitionen	6 840	1 720	1,5	1 708	1,6	0,7
Baumaßnahmen	5 301	1 421	1,3	1 377	1,3	3,2
Erwerb von beweglichen Sachen	981	183	0,2	225	0,2	- 18,7
Grunderwerb	557	117	0,1	106	0,1	10,4
<b>Globalansätze</b>	<b>- 760</b>	<b>0</b>		<b>0</b>		
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>248 199</b>	<b>112 069</b>	<b>100,0</b>	<b>107 992</b>	<b>100,0</b>	<b>3,8</b>

## Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis Mai 2003



## Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2003	Ist 2003		Ist 2002		Veränderung gegenüber Vorjahr in %	
	Mio. €	Mio. €	Januar bis Mai Anteil in %	Mio. €	Januar bis Mai Anteil in %		
<b>I. Steuern</b>	<b>203 295</b>	<b>66 455</b>	<b>85,8</b>	<b>67 016</b>	<b>87,0</b>	<b>-</b>	<b>0,8</b>
Bundesanteile an:	149 386	49 719	64,2	48 825	63,4		1,8
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	76 833	21 899	28,3	22 134	28,7	-	1,1
davon:							
Lohnsteuer	61 045	20 555	26,5	20 166	26,2		1,9
veranlagte Einkommensteuer	2 256	- 3 429	- 4,4	- 2 312	- 3,0		48,3
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	6 450	2 237	2,9	3 237	4,2	-	30,9
Zinsabschlag	3 782	2 020	2,6	2 156	2,8	-	6,3
Körperschaftsteuer	3 300	517	0,7	- 1 112	- 1,4		146,5
Umsatzsteuer	50 915	19 139	24,7	18 586	24,1		3,0
Einfuhrumsatzsteuer	19 514	8 047	10,4	7 641	9,9		5,3
Gewerbsteuerumlage	2 124	635	0,8	465	0,6		36,6
Mineralölsteuer	45 420	12 044	15,6	12 315	16,0	-	2,2
Tabaksteuer	14 200	4 870	6,3	4 549	5,9		7,1
Solidaritätszuschlag	11 170	3 788	4,9	3 867	5,0	-	2,0
Versicherungsteuer	8 400	5 110	6,6	4 824	6,3		5,9
Stromsteuer	5 900	2 170	2,8	1 691	2,2		28,3
Branntweinsteuer	2 100	689	0,9	640	0,8		7,7
Kaffeesteuer	1 050	370	0,5	418	0,5	-	11,5
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 15 570	- 4 024	- 5,2	- 3 897	- 5,1		3,3
BSP-Eigenmittel der EU	- 12 400	- 5 590	- 7,2	- 3 984	- 5,2		40,3
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 6 846	- 2 853	- 3,7	- 2 374	- 3,1		20,2
<b>II. Sonstige Einnahmen</b>	<b>25 619</b>	<b>10 986</b>	<b>14,2</b>	<b>10 027</b>	<b>13,0</b>		<b>9,6</b>
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 143	3 761	4,9	3 760	4,9		0,0
Zinseinnahmen	1 273	482	0,6	385	0,5		25,2
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen	9 437	1 860	2,4	2 384	3,1	-	22,0
<b>Einnahmen zusammen</b>	<b>228 914</b>	<b>77 440</b>	<b>100,0</b>	<b>77 043</b>	<b>100,0</b>		<b>0,5</b>

## Steuereinnahmen im Mai 2003

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) stiegen im Mai 2003 gegenüber dem Vorjahresmonat um +2,6 %. Dabei nahmen die gemeinschaftlichen Steuern im Vorjahresvergleich um +1,8 % zu, die reinen Bundessteuern erhöhten sich um +8,0 %. Dagegen waren die reinen Ländersteuern mit –7,8 % rückläufig.

Mit dem positiven Mai-Gesamtergebnis hat sich die kumulierte Veränderungsrate Januar bis Mai 2003 der Steuereinnahmen insgesamt von zuletzt –1,6 % (April) auf nunmehr –0,7 % verbessert.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) stiegen im Mai 2003 um +5,6 %. Kumuliert liegen die Steuereinnahmen des Bundes – infolge des starken, kassentechnisch begründeten Aufkommensrückgangs bei der Mine-

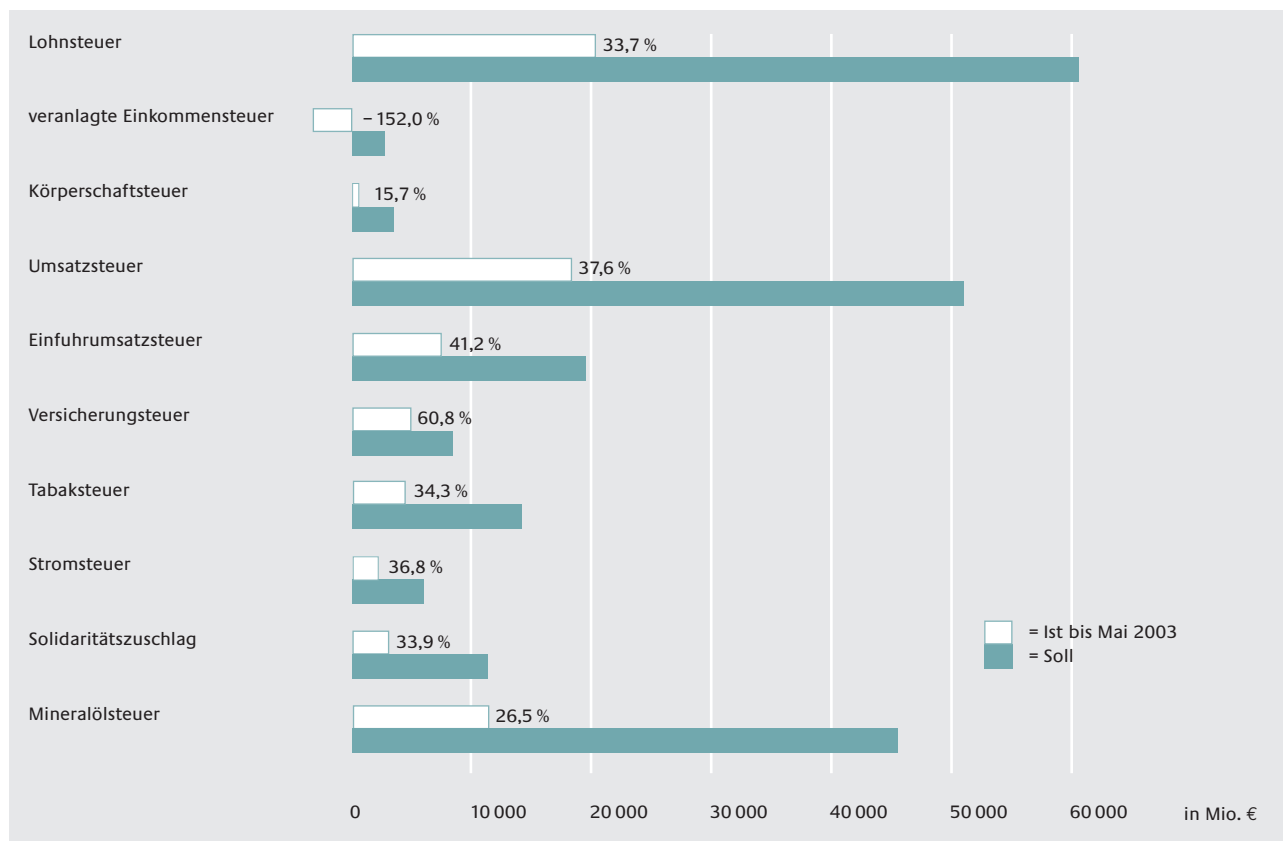
ralölsteuer im Januar 2003 – mit –0,2 % allerdings immer noch etwas unter dem Vorjahreswert.

Die Lohnsteuereinnahmen erhöhten sich im Mai 2003 gegenüber dem Vorjahresmonat um +2,6 %.

Demgegenüber unterschritt die veranlagte Einkommensteuer das Vorjahresergebnis um rd. 350 Mio. €. Davon sind gut 200 Mio. € auf höhere Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG zurückzuführen.

Sehr erfreulich entwickelte sich das Aufkommen der Körperschaftsteuer. Im „kleinen Monat“ Mai (kein Vorauszahlungstermin) lag das Aufkommen mit –0,3 Mrd. € um rd. 1,3 Mrd. € über dem Ergebnis des Vorjahresmonats. Insgesamt übersteigt das bisher in diesem Jahr erzielte Körperschaftsteueraufkommen das Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraumes bereits um gut 3 Mrd. €.

## Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis Mai 2003





Der Rückgang der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag hat sich im Mai mit – 7,9 % weiter verlangsamt. Im April hatte der Rückgang – 23,4 % betragen, im März – 27,4 %.

Ein deutlich niedrigeres Aufkommen als im Vorjahresmonat verzeichnete der Zinsabschlag (– 16,9 %).

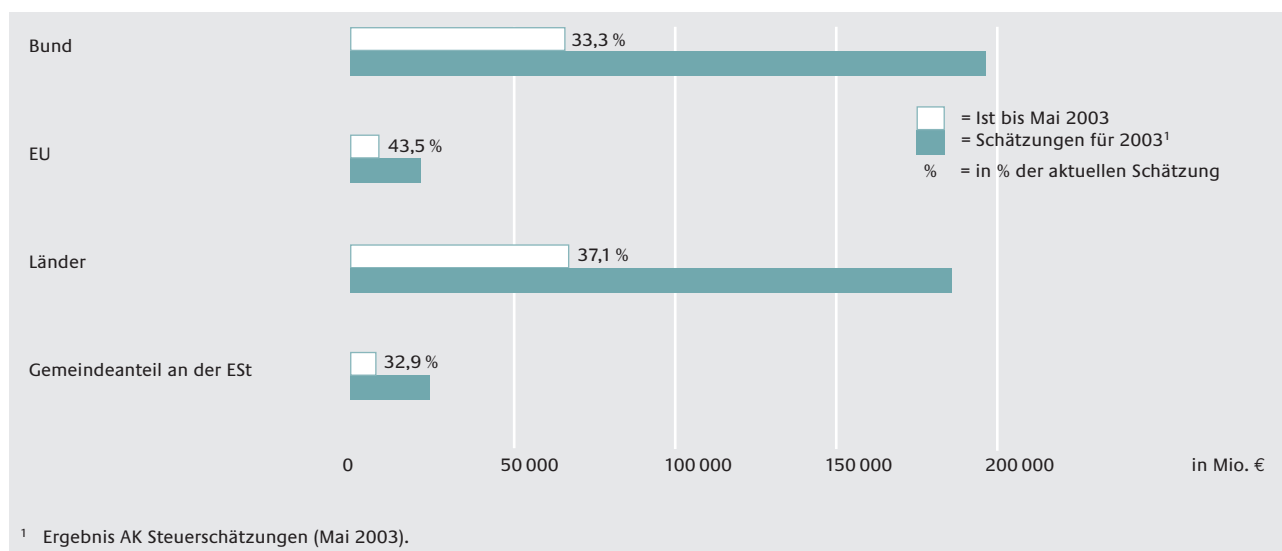
Starke Einbußen im Vorjahresvergleich sind bei den Steuern vom Umsatz zu konstatieren, deren Aufkommen um – 5,4 % zurückging. Noch deutlicher war der Aufkommensverlust bei der Umsatzsteuer in Höhe von – 8,0 %. Die Einfuhrumsatzsteuer konnte hingegen um 3,3 % zulegen. Das schwache Ergebnis bei den Umsatzsteuereinnahmen korrespondiert mit einem gleichfalls schwachen Ergebnis bei den Einzelhandelsumsätzen im März 2003 (nominal – 3,8 % im Vergleich zum Vorjahresmonat). Dieser Verbrauchsrückgang erklärt sich zumindest teilweise daraus, dass das Ostergeschäft im vergangenen Jahr in den Monat März, in diesem Jahr hingegen in den Monat April fiel.

Die reinen Bundessteuern verzeichneten mit + 8,0 % erneut eine kräftige Zunahme. Besonders

große Einnahmезuwächse gab es bei der Stromsteuer (+ 34,7 %), der Tabaksteuer (+ 18,0 %) und der Branntweinsteuer (+ 11,2 %). Aber auch die Mineralölsteuer (+ 4,6 %) und der Solidaritätszuschlag (+ 5,2 %) legten deutlich zu. Demgegenüber ging das Aufkommen der Versicherungsteuer um – 13,5 % zurück. Dieser Rückgang dürfte kassentechnisch bedingt sein und einen partiellen Ausgleich für den sehr starken Anstieg um + 40,2 % im Vormonat darstellen. Mit umgekehrtem Vorzeichen gilt dies im Übrigen auch für die Tabaksteuer und die Branntweinsteuer, die im April 2003 mit – 4,7 % bzw. – 9,8 % deutlich weniger Aufkommen erbracht hatten.

Das Aufkommen der reinen Ländersteuern ging um – 7,8 % zurück. Lediglich die Biersteuer konnte mit + 3,0 % zulegen. Alle anderen Ländersteuern gingen zurück, wobei der Rückgang bei der Rennwett- und Lotteriesteuer mit – 26,1 % besonders stark war. Bei der Grunderwerbsteuer ist das durch die drohenden Einbußen bei der Eigenheimzulage erzeugte „Zwischenhoch“ beendet: die Einnahmen gingen im Vergleich zum Mai 2002 um – 8,7 % zurück.

## Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis Mai 2003



## Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (Vorläufige Ergebnisse)<sup>1</sup>

2003	Mai	Veränderung gegenüber Vorjahr	Januar bis Mai	Veränderung gegenüber Vorjahr	Schätzungen für 2003	Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. € <sup>4</sup>	in %
<b>Gemeinschaftliche Steuern</b>						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	10 600	2,6	51 588	1,8	136 000	2,9
veranlagte Einkommensteuer	- 1 243	.	- 8 068	.	5 200	- 31,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 187	- 7,9	4 473	- 30,9	10 830	- 22,8
Zinsabschlag	415	- 16,9	4 590	- 6,3	8 050	- 5,0
Körperschaftsteuer	- 336	.	1 035	.	8 640	.
Steuern vom Umsatz	11 798	- 5,4	55 894	- 2,4	138 600	0,3
Gewerbsteuerumlage	368	11,0	1 369	33,5	4 792	24,1
erhöhte Gewerbesteuerumlage	122	- 9,5	592	17,0	1 957	3,5
<b>Gemeinschaftliche Steuern insgesamt</b>	<b>22 912</b>	<b>1,8</b>	<b>111 473</b>	<b>- 1,5</b>	<b>314 069</b>	<b>1,6</b>
<b>Bundessteuern</b>						
Mineralölsteuer	3 627	4,6	12 044	- 2,2	44 100	4,5
Tabaksteuer	1 850	18,0	4 870	7,1	14 600	6,0
Branntweinsteuer	174	11,2	689	7,6	2 150	0,0
Versicherungsteuer	627	- 13,5	5 110	5,9	8 750	5,1
Stromsteuer	613	34,7	2 170	28,3	6 300	23,6
Solidaritätszuschlag	663	5,2	3 788	- 2,0	10 400	0,0
übrige Bundessteuern	124	13,8	532	- 5,2	1 475	- 30,7
<b>Bundessteuern insgesamt</b>	<b>7 677</b>	<b>8,0</b>	<b>29 202</b>	<b>2,7</b>	<b>87 775</b>	<b>5,1</b>
<b>Ländersteuern</b>						
Vermögensteuer	11	- 28,7	94	- 6,7	180	- 24,6
Erbschaftsteuer	303	- 2,2	1 328	7,3	3 150	4,3
Grunderwerbsteuer	358	- 8,7	2 143	4,6	4 905	3,0
Kraftfahrzeugsteuer	655	- 5,6	3 342	- 5,8	7 375	- 2,9
Rennwett- und Lotteriesteuer	138	- 26,1	790	- 3,9	1 898	2,9
Biersteuer	70	3,0	299	- 4,7	800	- 1,4
übrige Ländersteuern	19	- 5,4	197	9,8	325	6,3
<b>Ländersteuern insgesamt</b>	<b>1 553</b>	<b>- 7,8</b>	<b>8 195</b>	<b>- 0,7</b>	<b>18 633</b>	<b>0,3</b>
<b>EU-Eigenmittel</b>						
Zölle	250	- 0,1	1 154	- 2,4	2 850	- 1,6
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	490	- 39,6	2 452	- 40,1	5 900	14,7
BSP-Eigenmittel	1 118	40,8	5 590	40,3	12 400	17,9
<b>EU-Eigenmittel insgesamt</b>	<b>1 859</b>	<b>0,1</b>	<b>9 196</b>	<b>- 0,7</b>	<b>21 150</b>	<b>14,0</b>
<b>Bund<sup>3</sup></b>	<b>15 265</b>	<b>5,6</b>	<b>65 367</b>	<b>- 0,2</b>	<b>196 107</b>	<b>2,1</b>
<b>Länder<sup>3</sup></b>	<b>13 571</b>	<b>0,4</b>	<b>67 221</b>	<b>- 0,8</b>	<b>181 047</b>	<b>1,4</b>
<b>EU</b>	<b>1 859</b>	<b>0,1</b>	<b>9 196</b>	<b>- 0,7</b>	<b>21 150</b>	<b>14,0</b>
<b>Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer</b>	<b>1 698</b>	<b>- 2,1</b>	<b>8 239</b>	<b>- 3,8</b>	<b>25 024</b>	<b>0,7</b>
<b>Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)</b>	<b>32 393</b>	<b>2,6</b>	<b>150 024</b>	<b>- 0,7</b>	<b>423 328</b>	<b>2,3</b>

<sup>1</sup> Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundesamt für Finanzen.

<sup>3</sup> Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle Einnahmen des Bundes ist methodisch bedingt (vgl. Fußnote 1).

<sup>4</sup> Ergebnis AK Steuerschätzungen vom Mai 2003.

## Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

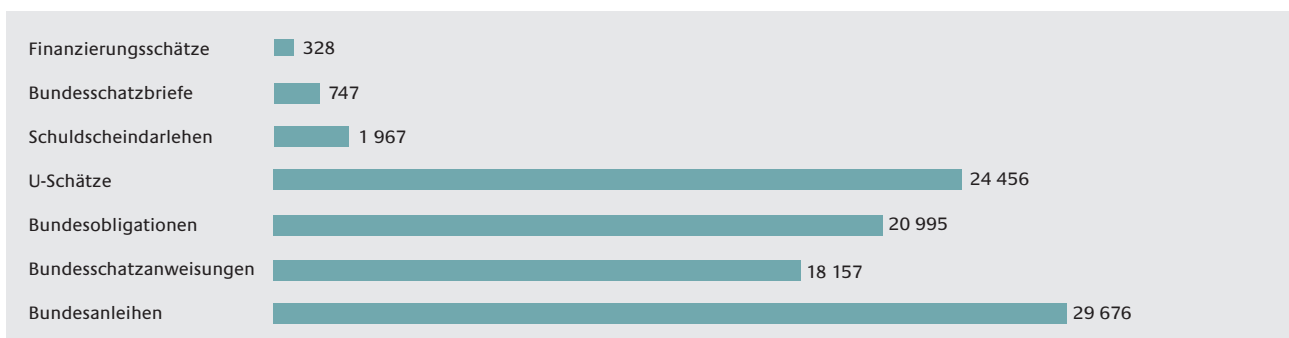
Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 88,2 Mrd. €. Unter Einbeziehung der Anteile der Sondervermögen an der Gemeinsamen Wertpa-

pierbegebung betrugen die am Kapitalmarkt beschafften Beträge insgesamt 96,3 Mrd. €.

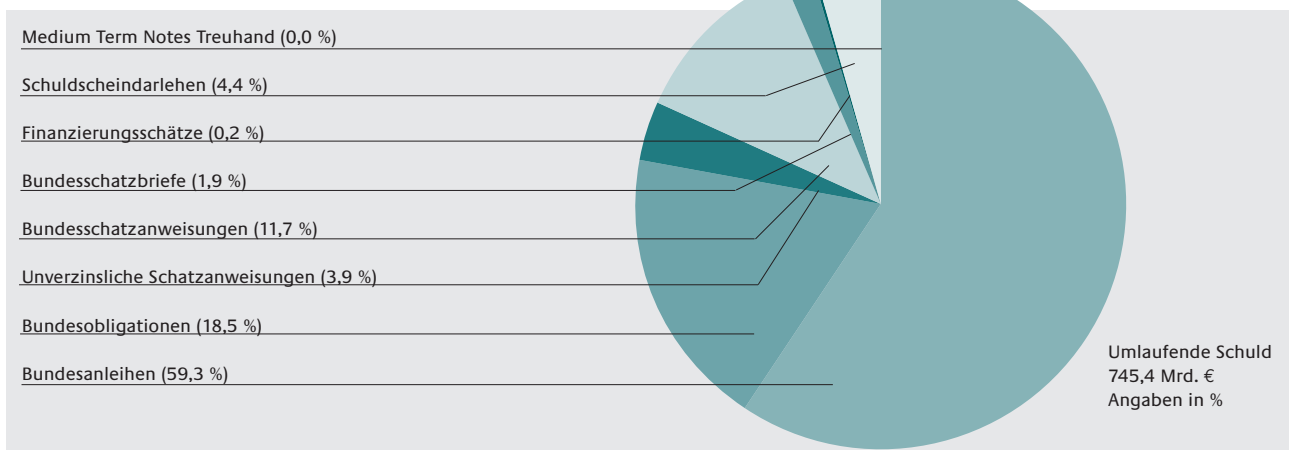
Gegenüber dem Stand per 31.12.2002 haben sich die Schulden des Bundes einschließlich der Bestände an eigenen Wertpapieren bis zum 31. Mai 2003 um 2,2 % auf 745,4 Mrd. € erhöht.

Der Bund beabsichtigt, im zweiten Quartal 2003 zur Finanzierung des Bundeshaushalts und

### Kreditaufnahme des Bundes im Mai 2003 in Mio. €



### Gesamte umlaufende Schuld des Bundes per 31. Mai 2003



seiner Sondervermögen die in der Tabelle dargestellten Emissionen zu begeben.

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben. Der detaillierte Emissionskalender für das dritte Quartal 2003 wird in der dritten Dekade Juni 2003 veröffentlicht.

Die Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen Fonds „Deutsche Einheit“ (FDE) und ERP belaufen sich im zweiten Quartal 2003 auf insgesamt rund 53,5 Mrd. € (darunter 3,3 Mrd. € für die Sondervermögen) – Ist- und Planzahlen sind berücksichtigt. Die Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen FDE und ERP belaufen sich im zweiten Quartal 2003 auf insgesamt rund 5,7 Mrd. €.

## Emissionsvorhaben des Bundes im zweiten Quartal 2003

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen
Unverzinsliche Schatzanweisung („Bubill“) ISIN DE0001114544 WKN 111 454	Neuemission	14. April 2003	6 Monate fällig 15. Oktober 2003	4,9 Mrd. €
Bundesanleihe („Bund“) ISIN DE0001135218 WKN 113 521	Aufstockung	23. April 2003	10 Jahre fällig 4. Januar 2013 Zinslaufbeginn 4. Januar 2003 erster Zinstermin 4. Januar 2004	7 Mrd. € <sup>1</sup>
Bundesschatzanweisung („Schatz“) ISIN DE0001137016 WKN 113 701	Aufstockung	30. April 2003	2 Jahre fällig 18. März 2005 Zinslaufbeginn 18. März 2003 erster Zinstermin 18. März 2004	5 Mrd. € <sup>1</sup>
Unverzinsliche Schatzanweisung („Bubill“) ISIN DE0001114551 WKN 111 455	Neuemission	12. Mai 2003	6 Monate fällig 12. November 2003	4,9 Mrd. €
Bundesobligation („Bobl“) ISIN DE0001141422 WKN 114 142	Neuemission	14. Mai 2003	5 Jahre fällig 11. April 2008 Zinslaufbeginn 11. April 2003 erster Zinstermin 11. April 2004	7 Mrd. € <sup>1</sup>
Bundesobligation („Bobl“) ISIN DE0001141422 WKN 114 142	Aufstockung	11. Juni 2003	5 Jahre fällig 11. April 2008 Zinslaufbeginn 11. April 2003 erster Zinstermin 11. April 2004	ca. 7 Mrd. € <sup>1</sup>
Unverzinsliche Schatzanweisung („Bubill“) ISIN DE0001114569 WKN 111 456	Neuemission	16. Juni 2003	6 Monate fällig 10. Dezember 2003	ca. 5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung („Schatz“) ISIN DE0001137024 WKN 113 702	Neuemission	25. Juni 2003	2 Jahre fällig 17. Juni 2005 Zinslaufbeginn 17. Juni 2003 erster Zinstermin 17. Juni 2004	ca. 7 Mrd. € <sup>1</sup>
<b>Zweites Quartal 2003 insgesamt</b>				<b>ca. 48 Mrd. €</b>

<sup>1</sup> Einschließlich Marktpflegequote, bei Bundesobligationen zusätzlich einschließlich Absatz aus der Daueremission.

## Tilgungen und Zinszahlungen im zweiten Quartal 2003 (in Mrd. €)

### Tilgungen

Kreditart	April	Mai	Juni	Gesamtsumme 2. Quartal
Anleihen des Bundes	5,1	–	–	5,1
Bundesobligationen	–	7,7	–	7,7
Bundesschatzanweisungen	–	–	10,0	10,0
U-Schätze des Bundes	4,8	4,4	4,5	13,8
Bundesschatzbriefe	0,0	1,2	0,2	1,4
Finanzierungsschätze	0,1	0,1	0,1	0,3
Fundierungsschuldverschreibungen	–	–	–	0,0
MTN der Treuhandanstalt	–	–	–	0,0
Anleihen der Treuhandanstalt	5,1	–	5,1	10,2
Anleihen der Bundesbahn	–	–	–	0,0
Ausgleichsfonds Währungsumstellung	–	–	–	0,0
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	0,4	1,2	0,4	2,0
Anleihen ERP-Sondervermögen	–	3,1	–	3,1
<b>Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen</b>	<b>15,6</b>	<b>17,6</b>	<b>20,4</b>	<b>53,5</b>

### Zinszahlungen

	April	Mai	Juni	Summe 2. Quartal
Zinszahlungen	1,6	2,2	1,9	5,7

# Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht

Die für die Zeit nach dem Irak-Krieg allgemein erwartete konjunkturelle Belebung hat bislang – den vorliegenden Wirtschaftsdaten zufolge – noch nicht eingesetzt. Allerdings reichen die statistischen Angaben zu den wichtigsten Konjunkturindikatoren erst bis April (Produktion, Umsatz, Außenhandel, Auftragseingang) bzw. Mai (Arbeitsmarkt, Preise).

Nach den vorläufigen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das erste Vierteljahr 2003 hat sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gegenüber dem Vorquartal preis- und saisonbereinigt um 0,2 % verringert, wobei das vergleichbare Vorjahresniveau um 0,5 % übertroffen wurde. Die leichte Abschwächung der Wirtschaftsleistung in der Verlaufsbeurteilung hängt in erster Linie mit einem überproportionalen Anstieg der Importe und dem damit gesunkenen Exportüberschuss zusammen. Der daraus resultierende negative Beitrag zum Wirtschaftswachstum konnte durch den geringen Anstieg der Inlandsnachfrage nicht ausgeglichen werden. Die Wirtschaftsleistung wurde darüber hinaus auch durch die ungewöhnlich ungünstige Witterung negativ beeinflusst, wodurch vor allem die Bauinvestitionen zusätzlich belastet wurden. Die hoch aggregierten Zahlen zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum verdecken allerdings günstige Entwicklungen in Teilbereichen: Zum einen erhöhten sich die Ausrüstungsinvestitionen preis- und saisonbereinigt um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal. Zum anderen gingen vom privaten Konsum, der gleichzeitig um 1,1 % (nominal) bzw. 0,6 % (real) angestiegen ist, konjunkturstützende Impulse aus.

Positiv anzumerken ist aus finanzwirtschaftlicher Sicht insbesondere, dass die Bruttolöhne und Gehälter (anders als im Vorquartal) und die verfügbaren nominellen Einkommen der privaten

Haushalte (stärker als im Vorquartal) zugelegt haben. Die im vergangenen Jahr stark angestiegene Ersparnisbildung nahm zuletzt nicht mehr zu, sondern ging im Verlauf zurück (vgl. Tabelle S. 23). Damit bestehen günstigere Bedingungen für eine weitere Belebung der privaten Konsumausgaben.

Die aktuellen Konjunkturindikatoren deuten insgesamt zwar noch nicht auf ein Ende der bereits länger anhaltenden gesamtwirtschaftlichen Stagnation hin, aber es gab dennoch einige Lichtblicke. In der Industrie waren zuletzt Produktion und Auftragseingang zwar alles in allem tendenziell abwärts gerichtet, im Monat April sind jedoch sowohl die Auftragseingänge als auch die Umsätze (nominal) gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt spürbar angestiegen. Außerdem übertrafen die Umsätze auch ihren vergleichbaren Vorjahresstand. Darüber hinaus hat sich die Stimmung in den Industrieunternehmen nach den Mai-Ergebnissen des ifo-Konjunkturtests merklich aufgehellt, wobei die Verbesserung der Geschäftserwartungen ausschlaggebend waren.

Dagegen haben sich die Warenexporte, die lange Zeit eine wesentliche Konjunkturstütze waren, in den letzten Monaten spürbar abgeschwächt. Offensichtlich belasten die anhaltend schwache Weltkonjunktur und der hohe Eurokurs das Auslandsgeschäft. Immerhin lagen aber die Ausfuhren im Zeitraum Januar bis April 2003 insgesamt um 2,3 % über dem Vorjahresstand. Dabei stiegen die Exporte in die Eurozone um 3,5 %, in Drittländer aber nur um 0,3 %.

Der Umsatz des Einzelhandels blieb in den ersten vier Monaten alles in allem weitgehend stabil, wenn man die durch das späte Ostergeschäft (2003 im April, 2002 im März) verursachten Monatschwankungen eliminiert. Damit bewegten sich die Verkäufe in etwa auf dem Vorjahresniveau. Das Geschäftsklima im Einzelhandel (ifo-Konjunkturtest) hat sich im Mai spürbar erwärmt, wobei sowohl die aktuelle Lage als auch die Geschäftserwartungen günstiger als im Vormonat beurteilt werden.

## Finanzwirtschaftlich wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2002		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. €	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			3.Q.02	4.Q.02	1.Q.03	3.Q.02	4.Q.02	1.Q.03
Bruttoinlandsprodukt								
– real	1 984	+0,2	+0,3	–0,0	–0,2	+1,0	+0,5	+0,5
– nominal	2 108	+1,8	+0,6	+0,1	+0,3	+3,0	+1,5	+1,6
Einkommen								
– Volkseinkommen	1 562	+2,0	+0,6	–0,4	–0,9	+3,7	+2,1	+1,4
– Arbeitnehmerentgelt	1 130	+0,9	+0,4	–0,4	+0,6	+1,2	+0,5	+0,9
– Unternehmens- und Vermögenseink.	432	+5,1	+1,2	–0,4	–4,6	+10,5	+7,9	+2,7
– Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 369	+1,0	+0,7	+0,3	+0,9	+1,5	+1,1	+2,2
– Bruttolöhne u. Gehälter	911	+0,8	+0,5	–0,6	+0,7	+1,1	+0,3	+0,7
– Sparen d. priv. Haush.	144	+4,4	+1,0	+2,0	–0,2	+6,3	+5,2	+3,1

Umsätze/ Auftragseingänge	2002		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
(nominal)			Feb 03	Mrz 03	Apr 03	Feb 03	Mrz 03	Apr 03
Umsätze (1995 bzw. 2000 = 100)								
– Industrie (Mrd. €)	1 330	–1,2	–0,2	–0,4	+1,6	0,1 <sup>1</sup>	0,1 <sup>1</sup>	1,4 <sup>1</sup>
– Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	7	–5,9	+0,8	+6,6	.	–14,5	–8,4	.
– Einzelhandel	99,70	–2,1	+0,7	–0,4	+0,0	+0,7	–3,2	+0,5
Auftragseingang								
– Industrie	98,30	0,0	–0,7	–3,1	1,4	3,2	–0,8	–0,2
– Bauhauptgewerbe	88,70	–6,1	+0,5	–3,3	.	–12,9	–20,7	.
Außenhandel (Mrd. €)								
– Waren-Exporte	648	+1,6	–2,6	–0,8	–2,2	+4,2	+2,7	–3,4
– Waren-Importe	522	–3,8	–2,0	+2,6	–4,8	+3,6	+8,3	–3,6

Arbeitsmarkt	2002		Veränderung in Tsd. gegenüber					
	Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			Mrz 03	Apr 03	Mai 03	Mrz 03	Apr 03	Mai 03
– Erwerbstätige, Inland	38,69	–0,6	–47	.	.	–519	.	.
– Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	4,07	+5,5	+52	+43	–4	+452	+471	+396

Preise	2002		Veränderung in % gegenüber					
	Index	ggü. Vorj. %	Vorperiode			Vorjahresperiode		
			Feb 03	Mrz 03	Apr 03	Feb 03	Mrz 03	Apr 03
– Importpreise 1995 = 100	109,31	–2,5	+0,6	–0,6	–2,0	+0,6	–0,8	–3,0
– Erzeugerpreise gewerbl. Produkte 1995 = 100	104,44	–0,4	+0,4	+0,1	–0,2	+1,6	+1,7	+1,6
– Preisindex der Lebenshaltung 2000 = 100	103,38	+1,4	+0,5	+0,1	–0,3	+1,3	+1,2	+1,0

ifo-Geschäftsklima Verarbeitendes Gewerbe früheres Bundesgebiet	saisonbereinigte Salden							
	Okt 02	Nov 02	Dez 02	Jan 03	Feb 03	Mrz 03	Apr 03	Mai 03
– Klima	–10,2	–10,5	–9,8	–11,1	–9,2	–12,0	–15,6	–14,5
– Geschäftslage	–22,1	–17,5	–20,9	–21,6	–18,4	–19,9	–21,6	–23,5
– Geschäftserwartungen	2,5	–3,2	2,1	0	0,4	–3,9	–9,4	–5,1

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut  
<sup>1</sup>Berechnet aus den saisonbereinigten Zahlen.

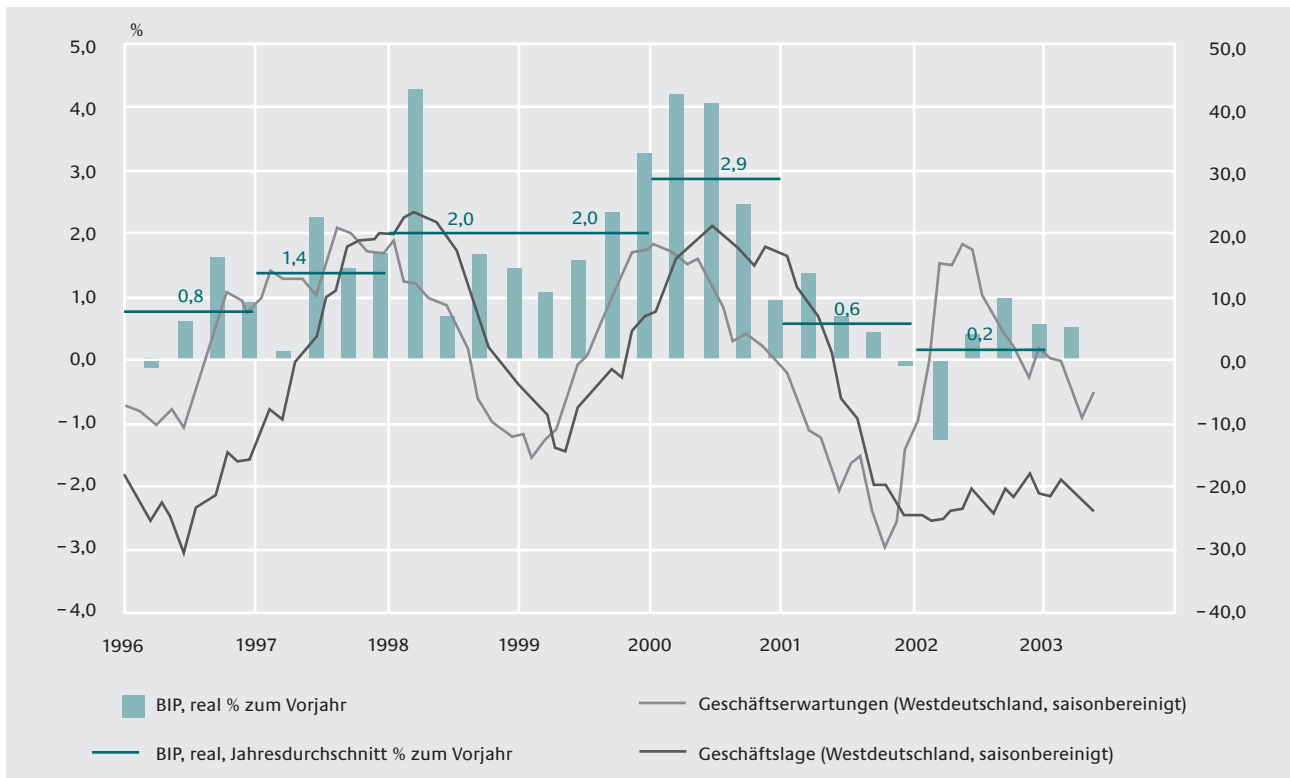
Die Lage am Arbeitsmarkt ist nach wie vor schwierig. Im Mai gab es 4,34 Mio. Arbeitslose, 396 000 mehr als ein Jahr zuvor. In der Verlaufsbeurteilung hat sich der zuvor beobachtete lang anhaltende Anstieg der Arbeitslosenzahl zuletzt jedoch nicht mehr weiter fortgesetzt. In saisonbereinigter Rechnung ist die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vormonat sogar etwas zurückgegangen. Dies ist wohl als ein erster Erfolg der neuen Arbeitsmarktpolitik anzusehen. Mit Durchsetzung des Prinzips „Fördern und Fordern“ durch die Arbeitsämter und verstärkter Förderung regulärer Erwerbstätigkeit im Vergleich zu den traditionellen Arbeitsmarktinstrumenten

(z. B. ABM) ist mehr Bewegung in den Arbeitsmarkt gekommen.

Die Preisentwicklung verlief auf allen Stufen weiterhin sehr gedämpft. Im Zusammenwirken von sinkenden Rohölpreisen und starkem Euro sind die Importpreise im April gegenüber dem Vormonat um 2,0 % gefallen, womit sie deutlich unter ihrem Vorjahresniveau zurückblieben. Dadurch wurde die Preisentwicklung im Inland spürbar gedämpft. Der Preisindex der Lebenshaltung ist sowohl im April als auch im Mai zurückgegangen. Zuletzt lagen die Verbraucherpreise nur noch um 0,7 % (April + 1,0 %) höher als im entsprechenden Vorjahresmonat.



## BIP-Wachstum und Geschäftsklima



## Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2003

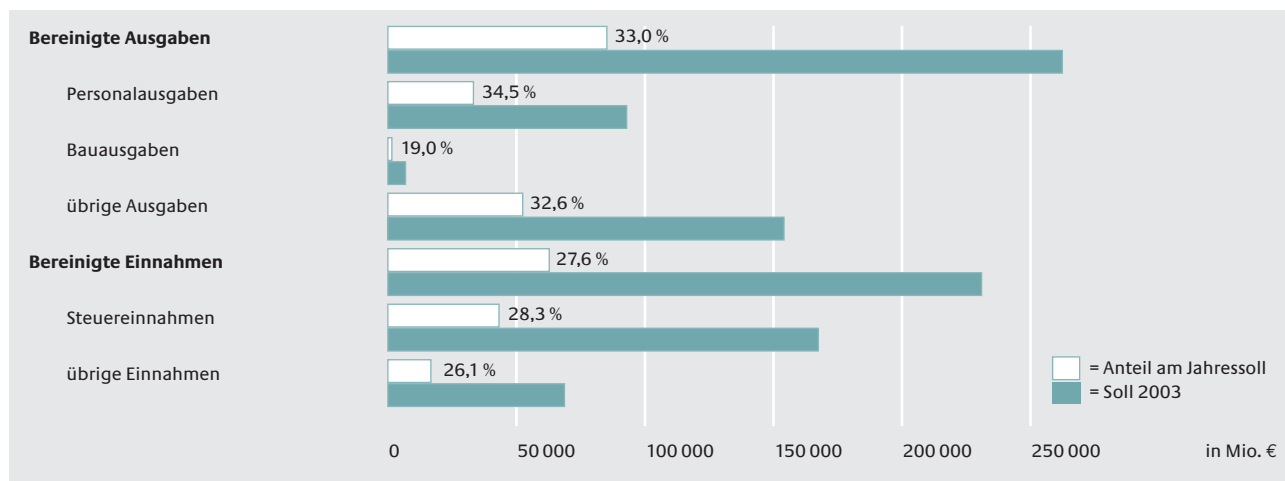
Das Bundesministerium der Finanzen legt eine Zusammenfassung der Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich April 2003 vor.

Die Haushaltsentwicklung des Jahres besitzt

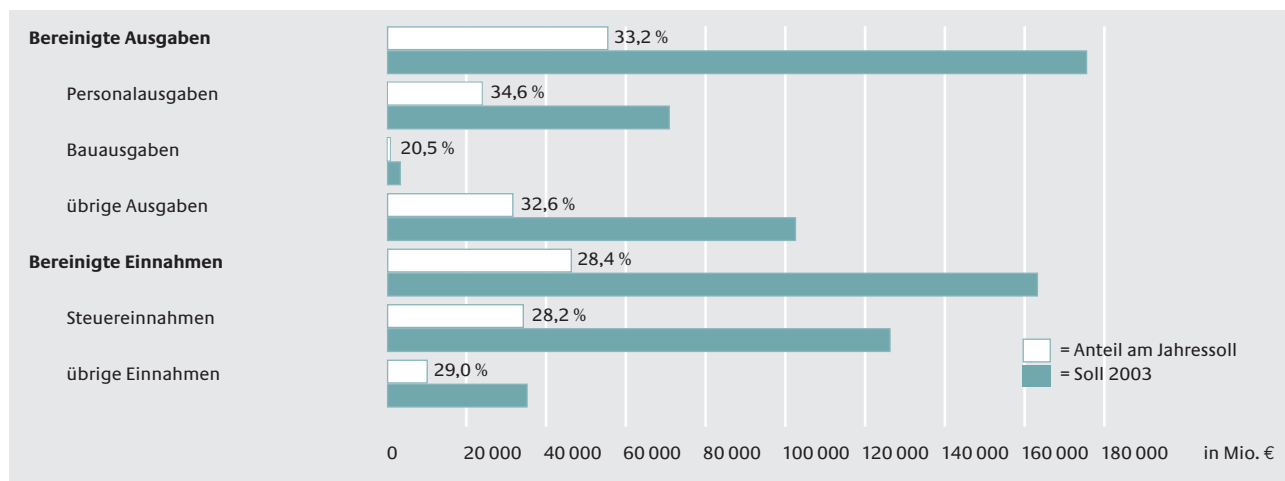
zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Aussagekraft für den tatsächlichen Haushaltsverlauf bis zum Ende des Jahres 2003. Der Vergleich zum Vorjahreszeitraum sowie zu den Haushaltsplanungen dient daher lediglich zur Information.

Die Einnahmen und Ausgaben der Länder bis April 2003, die im Einzelnen in den Tabellen im Statistikteil aufgeführt sind, stellen sich zusammengefasst wie folgt dar:

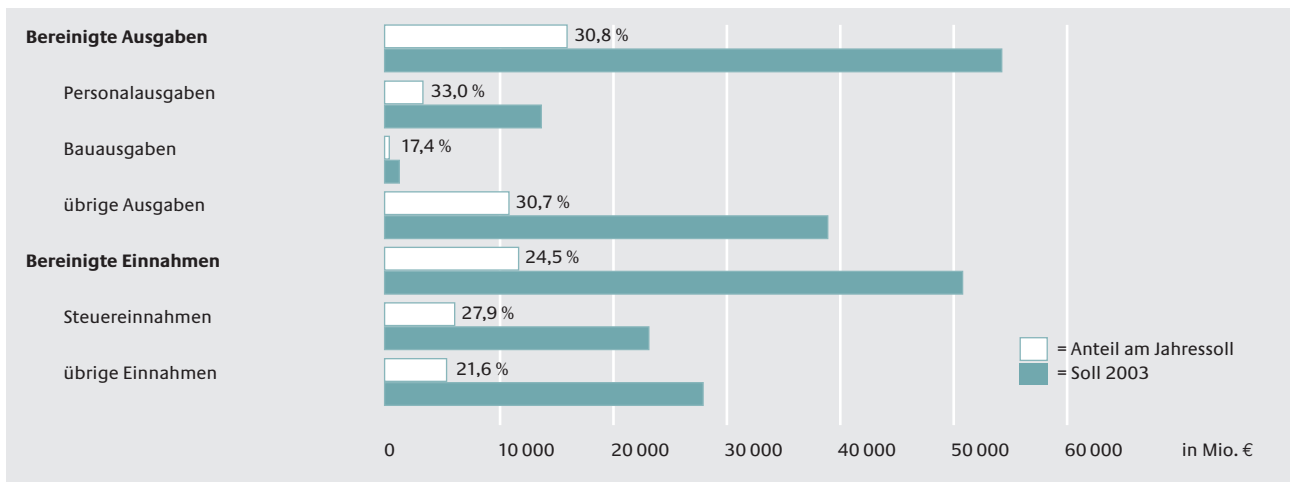
### Länder insgesamt



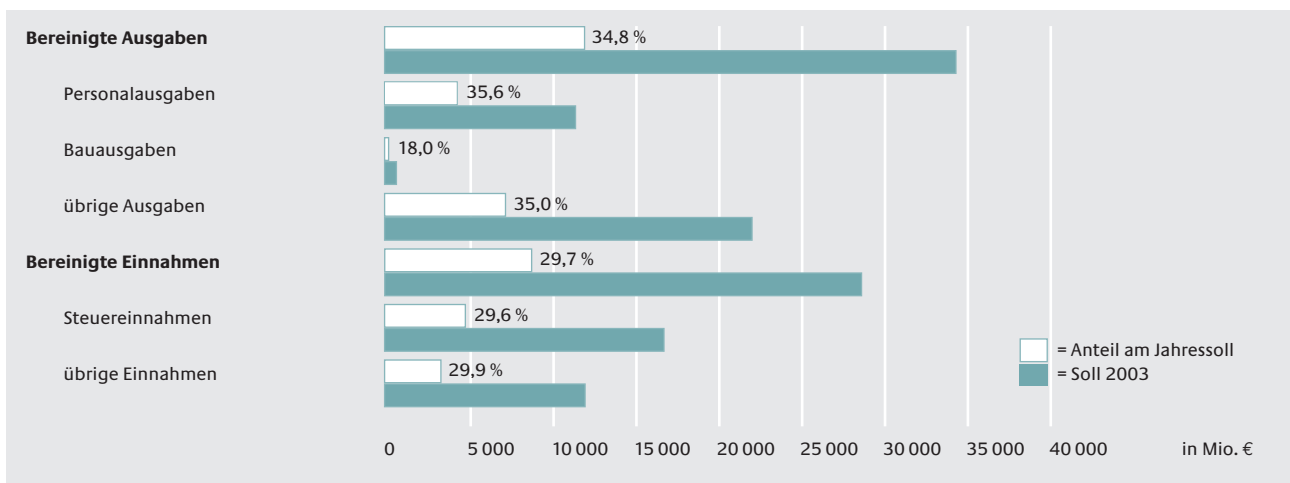
### Flächenländer West



## Flächenländer Ost



## Stadtstaaten



## Termine

### Finanz- und Wirtschaftspolitische Termine

- 1. Juli 2003 – 7. Internationale Wirtschaftstagung der SPD „Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik im Zeitalter der Globalisierung“
- 2. Juli 2003 – Finanzplanungsrat
- 9. Juli 2003 – „Dreiertreffen“ der Finanzminister aus Österreich, der Schweiz und Deutschland in Berlin
- 14./15. Juli 2003 – ECOFIN/ EURO-Gruppe in Brüssel
- 17. Juli 2003 – Britisch-Deutsches Finanzministertreffen in London
- 18. Juli 2003 – Finanzministertreffen des „Weimarer Dreieck“ (PL, F, D) in Berlin
- 28. Juli bis 1. August 2003 – Reise von Minister Eichel in die EU-Beitrittsstaaten Malta, Zypern, Slowenien und Rumänien

### Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen  
– Referat Bürgerangelegenheiten –  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin  
Telefon 0 18 88 6 82 – 17 96  
Telefax 0 18 88 6 82 – 46 29  
Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de>

## Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten nach IWF-Standard SDDS

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2003 Juli	Juni 2003	21. Juli 2003
August	Juli 2003	20. August 2003
September	August 2003	19. September 2003
Oktober	September 2003	21. Oktober 2003
November	Oktober 2003	20. November 2003
Dezember	November 2003	19. Dezember 2003

## Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2004

- Mitte März bis Mitte Juni 2003 – Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
  - 23. Juni 2003 – Zuleitung an Kabinett
  - 2. Juli 2003 – Kabinettsbeschluss
- 15. August 2003 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
- Anfang September bis
  - Mitte Dezember 2003 – Parlamentarische Beratungen
  - Ende Dezember 2003 – Beabsichtigte Verkündung BGBl.





## Analysen und Berichte

Quo vadis? – Spielräume der Stabilitäts- und Wachstumspolitik im europäischen Kontext	33
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Quartal 2003	41
Kindergeld – ein internationaler Vergleich mit den Staaten der EU	45
Kosten der staatlichen kindbezogenen Leistungen	49
Zigarettenschmuggel – eine fast unendliche Geschichte	57
Das Controlling-Projekt im Bundesministerium der Finanzen	63





# Quo vadis? – Spielräume der Stabilitäts- und Wachstumspolitik im europäischen Kontext

1	Ausgangslage	33
1.1	Wirtschaftliche Entwicklung	33
1.2	Weltwirtschaftliche Verflechtung	34
1.3	Lehren aus der Vergangenheit	35
1.4	Auswirkungen der europäischen Integration	35
1.5	Stabilitäts- und Wachstumspakt	36
1.6	Grundzüge der Wirtschaftspolitik	36
2	Handlungsoptionen der Stabilitäts- und Wachstumspolitik	37
2.1	Konsequente Umsetzung notwendi- ger Strukturreformen	37
2.2	Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren	38
2.3	Begrenztes Investitionsprogramm	38
2.4	Steuerreformpaket ohne Abstriche umsetzen	38
3	Mittel- und langfristige Ausrichtung der Stabilitäts- und Wachstumspolitik	38

## 1 Ausgangslage

Die aktuelle weltwirtschaftliche Entwicklung und die Diskussion um die Agenda 2010 haben vor dem Hintergrund der weiter fortschreitenden Verflechtung von Volkswirtschaften die Diskussion um Spielräume der Stabilitäts- und Wachstumspolitik auf nationaler wie internationaler Ebene in den zurückliegenden Monaten wieder neu belebt. Bereits die schwache wirtschaftliche Entwicklung erfordert geeignete Maßnahmen, sowohl in der Stabilitäts- als auch in der Wachstumspolitik. Wobei unter Stabilitätspolitik hier vereinfachend Maßnahmen zur Belebung der Konjunktur zu verstehen sind, während die Wachstumspolitik ihren Schwerpunkt in der Modernisierung des Wirtschafts- und Sozialsystems in Deutschland hat.

## 1.1 Wirtschaftliche Entwicklung

Europa und Deutschland stecken nach wie vor in einer schwierigen wirtschaftlichen Phase. In Deutschland ist die Wirtschaft in den vergangenen Jahren nur wenig gewachsen. Schon in den 90er Jahren war Deutschland beim Wachstum des Bruttoinlandsprodukts gegenüber den anderen Staaten der EU zurückgefallen. Auch nach den Zahlen für das erste Quartal 2003 hat Deutschland noch nicht aus der Stagnationsphase herausgefunden. Die Ursachen hierfür sind vielfältig und wurden bereits breit diskutiert. Geopolitische Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem Krieg im Irak spielten dabei ebenso eine Rolle wie die Nachwirkungen einer teilweise drastischen Abwärtsentwicklung auf den Aktienmärkten sowie der Einfluss der weltwirtschaftlichen Verlangsamung – insbesondere der Konjunkturverlauf in den USA auf die deutsche Wirtschaft. Hinzu kamen weitere weltwirtschaftliche Risiken und Belastungen z. B. durch Japan und einige Schwellenländer, wie etwa die Wirtschaftskrisen in Argentinien und Brasilien.

Gegenwärtig zeigen wichtige gesamtwirtschaftliche Größen bzw. Konjunkturindikatoren ein gemischtes Bild, allerdings gibt es durchaus Lichtblicke. Die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe war im ersten Quartal deutlich aufwärts gerichtet. Das Geschäftsklima hellte sich zuletzt im Mai wieder auf. Die Preisentwicklung verläuft in sehr ruhigen Bahnen. Dazu tragen der deutliche Rückgang der Energiepreise und die deutliche Euro-Aufwertung bei. Durch diese Entwicklung wird einerseits die Binnenkonjunktur gestärkt, und zwar durch Kostenentlastungen bei den Unternehmen und Stärkung der realen Kaufkraft der privaten Haushalte. Andererseits belastet die Euro-Aufwertung die Exporte.

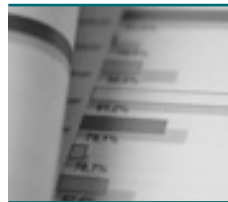
Im weiteren Jahresverlauf dürfte sich das Nachlassen der geopolitischen Unsicherheiten nach dem Ende des Irak-Kriegs günstig auf die konjunkturelle Entwicklung auswirken. Für eine Erholung sprechen die günstigen

Rahmenbedingungen: Es wird allgemein eine Erholung der Weltwirtschaft erwartet. Die Europäische Zentralbank hat die Leitzinsen deutlich gesenkt. Der Lohnstückkostenanstieg ist sehr gering. Die kurz- und langfristigen Nominalzinsen befinden sich auf niedrigem Niveau. Die Preise sind stabil und die Absatz- und Gewinnperspektiven sind günstig. Die Probleme sind gleichwohl offensichtlich und drängend: Im Mai gab es 4,34 Mio. Arbeitslose, knapp 400 000 mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte – wie es auch die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrer Gemeinschaftsdiagnose annehmen – im Jahresdurchschnitt bei knapp 4,5 Mio. liegen.

Geringeres Wachstum führt sowohl auf der Einnahme- als auch auf der Ausgabeseite zu Mehrbelastungen für den Bundeshaushalt. Allein für die Bundesanstalt für Arbeit zeichnen sich Mehrausgaben für die Arbeitslosenhilfe in erheblicher Milliardenhöhe ab. Zugleich fallen konjunkturbedingte Steuerausfälle und die Mindereinnahmen durch das Ergebnis des Vermittlungsverfahrens zum Gesetz zum Abbau für Steuervergünstigungen an. Auch wenn sich die Lage im Zuge einer greifenden wirtschaftlichen Erholung voraussichtlich langsam entspannen wird, unterstreichen diese Entwicklungen die stabilitäts- und wachstumspolitische Herausforderung.

In anderen europäischen Ländern ist ebenfalls ein noch schwaches wirtschaftliches Wachstum zu verzeichnen. IWF, OECD und die Europäische Kommission haben ihre Projektion für die gesamte Eurozone in 2003 stark nach unten korrigiert. Sie rechnen für das laufende Jahr nur noch mit einem Wachstum von rund einem Prozent für die Eurozone. Für 2004 wird eine konjunkturelle Entspannung erwartet. IWF und Europäische Kommission erwarten ein Wachstum von 2,3 % für die Eurozone, die OECD von 2,4 %. Die Projektionen berücksichtigen die Entspannung im Irak-Konflikt und den Rückgang des Ölpreises jedoch noch nicht oder nur teilweise.

Grundsätzlich bestehen damit auch auf internationaler Ebene Anlässe zu vorsichtigem Optimismus. Es bleiben jedoch auch Risiken bestehen. Insbesondere zählen dazu die wachsenden Defizite der USA, Nachwirkungen der geplatzten Aktienblase auf den Finanzsektor sowie die wirtschaftlichen Folgen des SARS-Virus. Überdies wird das Verbrauchervertrauen durch die Entwicklung am Arbeitsmarkt belastet. Strukturelle Schwächen wirken in der Eurozone weiterhin dämpfend auf die Konjunktur. Geldpolitischen Impulsen stehen bremsende Wirkungen der Euroaufwertung gegenüber.



## 1.2 Weltwirtschaftliche Verflechtung

Durch Ex- und Importe, bi- und multilaterale Verträge, Wechselkurs- und Zinskanäle und nicht zuletzt grenzüberschreitende Kapitalbewegungen sowie die Integration in die europäische Währungsunion ist Deutschland eng mit anderen Staaten dieser Welt verflochten. Durch die starke Verknüpfung der deutschen Wirtschaft mit der Weltwirtschaft sind wirtschaftliche Entwicklung, aber auch potenzielle Spielräume für Stabilitäts- und Wachstumspolitik immer im internationalen Zusammenhang zu sehen.

Bereits der Wegfall von Wechselkursanpassungen im europäischen Währungsraum hat weitgehende Auswirkungen. Die einheitliche Geldpolitik orientiert sich nicht mehr an den besonderen nationalen Erfordernissen. Finanz-, Wirtschafts- und Lohnpolitik bleiben zwar in nationaler Zuständigkeit, die Spielräume sind aber aufgrund der engen Verflechtung begrenzt.

### 1.3 Lehren aus der Vergangenheit

Um die Zukunft zu gestalten, ist ein Blick auf die Vergangenheit hilfreich. Am 8. Juni 1967 wurde vom Bundestag mit Zustimmung des Bundesrats das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz beschlossen. Es ist die Kodifizierung einer auf diskretionäre Maßnahmen ausgelegten, nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik, wie sie Ende der 60er Jahre politisch als sinnvoll und machbar angesehen wurde. Bekannt ist das „Magische Viereck“: Die Maßnahmen sollen zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und zu außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

In den 70er Jahren zeigten sich deutliche Grenzen der durch das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz ermöglichten diskretionären, antizyklischen Wirtschaftspolitik, nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Insbesondere führte die antizyklische Ausgabenpolitik zu kreditfinanzierten Mehrausgaben in wirtschaftlich schlechten Zeiten. Diese wurden dann im Boom nicht mehr zurückgeführt, mit dem bekannten Effekt: Die Staatsverschuldung stieg an. Zugleich haben umfassende Konjunkturprogramme in den 70er Jahren einen Anstieg der Arbeitslosigkeit immer nur kurzfristig aufhalten können. Langfristig sind Arbeitslosigkeit und Verschuldung mit jedem konjunkturellen Zyklus gestiegen. Überdies erwiesen sich die binnenwirtschaftlichen Eingriffsinstrumente aufgrund der starken außenwirtschaftlichen Verflechtungen der Bundesrepublik als nur bedingt wirksam. Trotz vieler darin enthaltener Instrumente mit bis heute unbestrittener Berechtigung (etwa: Zielkatalog des Gesetzes, darin verankerte Berichtspflichten/Jahreswirtschaftsbericht und Subventionsbericht) verlor das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz aufgrund dieser Schwächen an Bedeutung.

Dieser kurze Exkurs in die Vergangenheit der Stabilitäts- und Wachstumspolitik gibt bereits zwei grundlegende Hinweise für die Zukunft der

Stabilitäts- und Wachstumspolitik auf nationaler und europäischer Ebene:

- Kreditfinanzierte Mehrausgaben bzw. eine aktive antizyklische Ausgabenpolitik sind insbesondere bei bereits vorhandener hoher Staatsverschuldung problematisch.
- Nationale Alleingänge sind nur noch sehr eingeschränkt wirksam. Es stellt sich die Frage nach einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Koordinierung wichtiger Aspekte der Finanz- und Wirtschaftspolitik.

### 1.4 Auswirkungen der europäischen Integration

Im Zuge der fortschreitenden europäischen Integration nehmen beide Aspekte an Bedeutung zu. Durch die Währungsunion hat die wechselseitige Abhängigkeit der Wirtschaftsentwicklungen und der Wirtschaftspolitiken noch zugenommen. Auch die Volkswirtschaften in den EU-Mitgliedstaaten, die den Euro noch nicht eingeführt haben, verflechten sich noch intensiver mit der Eurozone. Die Beitrittsländer unternehmen vermehrte Anstrengungen, um den europäischen Bestimmungen zu entsprechen. Europa wächst weiter zusammen.

Bei engen internationalen Verflechtungen bleibt die Wirkung stabilitäts- und wachstumspolitischer Maßnahmen nicht auf das Inland beschränkt. Nicht nur in Deutschland würde die Wirkung nachfrage-seitiger Maßnahmen teilweise verpuffen, weil die zusätzliche Nachfrage zu einem erheblichen Teil über höhere Importe befriedigt wird. Um Trittbrettfahrer-Effekte zu begrenzen, müsste auch ein auf Deutschland zielender Impuls möglichst in Abstimmung mit den europäischen Partnern erfolgen. Dies stellt ein erhebliches Problem dar. Nicht alle Länder sind i. d. R. gleichermaßen stark von einer Wachstumsabschwächung betroffen, und die Spielräume für ein „aktives“ Gegensteuern sind von Land zu Land unterschiedlich.

Einer aktiven Stabilitäts- und Wachstumspolitik sind überdies durch die europäischen Vorgaben

klare Grenzen gesetzt. Rechtlich-organisatorische, ökonomische und politische Rahmenbedingungen für die Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland haben sich im Zuge der europäischen Integration verändert. Neben den Verträgen von Maastricht und in der Folge von Amsterdam und Nizza bestehen weitere finanz- und wirtschaftspolitisch relevante Vereinbarungen. Dazu gehören vor allem der Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie die Grundzüge der Wirtschaftspolitik.

## 1.5 Stabilitäts- und Wachstumspakt

Insbesondere der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt hat neue Rahmenbedingungen für die Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten geschaffen.

Hinter dem Pakt steht die Überzeugung, dass es zur dauerhaften Sicherung einer stabilen gemeinsamen Währung nicht nur einer koordinierten, sondern auch einer disziplinierten Haushalts- und Finanzpolitik aller Mitgliedstaaten bedarf. Sie trägt zur Vertrauensbildung bei Konsumenten und Investoren gleichermaßen bei. Zugleich erleichtert sie die Erreichung der Stabilitätsziele durch die Europäische Zentralbank. Nicht nur der Bund, sondern auch die Länder stehen hier in der Pflicht. Dies kommt in dem Nationalen Stabilitätspakt zum Ausdruck.

Entgegen immer wiederkehrender Einwände stellt der Stabilitäts- und Wachstumspakt keine starre Zahlenarithmetik dar. Er ist ein flexibles Regelwerk, das den Rahmen zur Bewältigung der finanz- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen der Zukunft mitgestaltet. Durch Konkretisierungen und Klarstellungen des bestehenden Regelwerkes werden kontinuierlich Anpassungen an veränderte Rahmenbedingungen vorgenommen (z. B.: Überarbeitung des „code of conduct“ – der Beschreibung von Inhalt und Format der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme – oder der Bericht der Finanzminister an den Europäischen Rat Brüssel im März 2003

über die „Verstärkung der haushaltspolitischen Koordinierung“).

Überdies enthält der Stabilitäts- und Wachstumspakt einen Krisenmechanismus für den Fall exogener Schocks bspw. als Folge von Naturkatastrophen. Der Spielraum für einen im Sinne des Stabilitäts- und Wachstumspaktes „atmenden Haushalt“ ist aber umso größer, je näher ein Land dem mittelfristigen Ziel eines ausgeglichenen Budgets bereits gekommen ist.

Die eingangs geschilderte wirtschaftliche Entwicklung hat für Deutschland und andere Euro-Länder zu Problemen bei der Einhaltung der Stabilitätskriterien geführt. Es hat sich gezeigt, dass in diesem Jahr die Defizitgrenze des Stabilitäts- und Wachstumspaktes von 3 % nicht eingehalten werden kann, da aus konjunkturellen Gründen auch im Interesse der anderen europäischen Volkswirtschaften die automatischen Stabilisatoren zur Wirkung kommen müssen. Auch in der gegenwärtig schwierigen Lage steht Deutschland weiterhin zum europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt. Gerade vor dem Hintergrund der langfristigen Glaubwürdigkeit müssen das langfristige Konsolidierungsziel und die konjunkturpolitisch notwendigen kurzfristigen Abweichungen von den Defizitzielen in Einklang gebracht werden.

## 1.6 Grundzüge der Wirtschaftspolitik

Neben dem Stabilitäts- und Wachstumspakt sind die Grundzüge der Wirtschaftspolitik ein Eckpfeiler der wirtschafts- und finanzpolitischen Koordinierung in Europa. Sie haben ihre Grundlage in Art. 99 EG-Vertrag und dienen der stärkeren Orientierung nationaler Politiken an gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen in Europa. In den Grundzügen verständigen sich die Mitgliedstaaten auf gemeinsame Orientierungen für die EU insgesamt sowie auf länderspezifische Empfehlungen über notwendige wirtschaftspolitische Maßnahmen und Reformschritte.

Rechtlich sind sie zwar nicht bindend, gleichwohl haben sie erhebliches politisches Gewicht. Die Grundzüge werden durch die Staats- und Regierungschefs gebilligt. Die Europäische Kommission bewertet in ihrem so genannten Umsetzungsbericht die Erfolge und Schwachstellen der Umsetzung empfohlener wirtschaftspolitischer Reformen in den einzelnen Mitgliedstaaten. Bei gravierenden Verstößen gegen die Empfehlungen in den Grundzügen kann der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) dem betroffenen Mitgliedstaat eine formelle Rüge erteilen. Insbesondere die allgemeinen Empfehlungen sollen sicherstellen, dass die Mitgliedstaaten im nationalen Rahmen Politiken verfolgen, die ein spannungsfreies, stimmiges Zusammenwirken bspw. der Wirtschafts- und Finanzpolitik auf EU-Ebene gewährleisten.

## 2 Handlungsoptionen der Stabilitäts- und Wachstumspolitik

Der Rahmen für zukünftige Maßnahmen der Stabilitäts- und Wachstumspolitik ist durch die vorangehenden Überlegungen und skizzierten Mechanismen eingegrenzt. Auch ein Blick auf die gegenwärtige finanzpolitische Lage verdeutlicht die Grenzen einer gestaltenden Finanzpolitik. Aktuell ist die finanzpolitische Situation in Deutschland durch hohe öffentliche Defizite gekennzeichnet. Die Struktur des Bundeshaushalts wird im Wesentlichen durch die Entwicklung der Ausgaben für die soziale Sicherung und für Zinsen geprägt. So machten im Jahr 2002 die Ausgaben für soziale Sicherung rd. 41,4 % der Bundesausgaben aus (107,3 Mrd. €). Für Zinsen wurden 2002 rd. 15,3 % des Bundeshaushalts aufgewandt (37,9 Mrd. €).

Angesichts der entstandenen Defizite und Staatsschulden muss bei kreditfinanzierten nachfrageseitigen Maßnahmen damit gerechnet werden, dass ein Teil der zusätzlichen Einkommen der inländischen privaten Haushalte nicht zuletzt in Erwartung künftiger Steuererhöhungen in die Ersparnis fließt. Ganz grundsätzlich

macht die skizzierte Struktur des Bundeshaushalts sehr deutlich, dass eine gestaltende Finanzpolitik zum Scheitern verurteilt ist, wenn es nicht gelingt, insbesondere die Ausgaben für soziale Sicherung in den Griff zu bekommen.

Mittelfristig besteht damit die Notwendigkeit, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren, um durch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (insbesondere Steuerbelastung, Lohnnebenkosten, Zinsen, Vertrauen) die Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven zu verbessern. Im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik ist es darüber hinaus essenziell, Vorsorge für die absehbaren demografischen Belastungen zu schaffen und die Einhaltung der europäischen Vereinbarungen sicherzustellen.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat in seinem Jahresgutachten 2002/2003 empfohlen, die Schwerpunkte einer Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung auf Reformen des Arbeitsmarktes, die Verbesserung der Qualität des Budgets und eine Stärkung der kommunalen Finanzkraft zu legen. Diese Schwerpunkte finden sich auch in der Agenda 2010 der Bundesregierung. In der gegenwärtigen Situation sind folgende – sich ergänzende – Maßnahmen sinnvoll:



### 2.1 Konsequente Umsetzung notwendiger Strukturreformen

Im Vordergrund müssen Verbesserungen auf der Angebotseite der Wirtschaft stehen. Vorrangig sind in Deutschland Maßnahmen zur Reform des Sozialsystems und des Arbeitsmarktes. Diese bilden darum auch den „Kern“ der Agenda 2010. Falls die in diesen Bereichen erforderlichen Reformen nicht umgesetzt werden, besteht die



Gefahr eines noch weiteren Anstiegs der Arbeitslosigkeit durch Reformversäumnisse. Für Volkswirtschaften mit geringen Vorräten an natürlichen Ressourcen ist daneben der weitere Aufbau von Humankapital und die Stärkung der Innovationsfähigkeit von besonderer Bedeutung.

## 2.2 Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren

Bereits in der Vergangenheit hat die Bundesregierung die automatischen Stabilisatoren (eingeschränkt) wirken lassen, um bestehende Konjunkturschwächen nicht weiter zu verschärfen. Dabei wurden konjunkturbedingte Einnahmeausfälle hingenommen, gleichzeitig wurde aber die Ausgabenlinie weitgehend beibehalten. Dieses Vorgehen wurde auch von wissenschaftlicher Seite überwiegend befürwortet. In diesem Zusammenhang entstehende vorübergehende Defiziterhöhungen bedeuten keine Abkehr vom Stabilitätspakt. Vor der aktuellen konjunkturellen Lage fordert auch die europäische Kommission die Mitgliedstaaten auf, die automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen. Gleichzeitig sollen jedoch die strukturellen Defizite verstärkt abgebaut werden.

## 2.3 Begrenztes Investitionsprogramm

Die Implementierung von staatlichen Programmen ist ein bekanntes Mittel, mit dem schon in der Vergangenheit versucht wurde, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu stabilisieren. Die Lehren aus der Vergangenheit haben die Grenzen einer derartigen Politik deutlich werden lassen. Aufgrund der o. g. Problematik ist der Spielraum hier gering.

Die Agenda 2010 enthält jedoch ein Programm, dessen Hauptziel es ist, die Kommunen in die Lage zu versetzen, notwendige Investitionen durchzuführen. Mit dem Programm verbundene positive konjunkturelle Effekte sind erwünscht und in der gegenwärtigen Situation hilfreich.

Ausgestaltung des Programms:

Über die Kreditanstalt für Wiederaufbau soll ein Investitionsvolumen in Höhe von insgesamt 15 Mrd. € mobilisiert werden (7 Mrd. € für ein kommunales Investitionsprogramm, 8 Mrd. € für die private Wohnungsbausanierung).

Das kommunale Programm ist bestimmt für längerfristige Projekte in den Bereichen Wasser und Abwasser, Abfallwirtschaft sowie kommunale und soziale Infrastruktur.

## 2.4 Steuerreformpaket ohne Abstriche umsetzen

Die beschlossenen weiteren Steuerreformstufen treten in Kraft. Das Steuerreformpaket insgesamt stellt eine erhebliche Strukturverbesserung des Steuersystems dar, durch seine umfassende Entlastungswirkung gibt es zugleich konjunkturelle Impulse.

Bei der Einkommensbesteuerung steigt der Grundfreibetrag in der Stufe 2004 von 7 235 € auf 7 426 €. Der Eingangssteuersatz wird von 19,9 % auf 17 % und der Höchststeuersatz von 48,5 % auf 47 % kräftig gesenkt. In der Stufe 2005 steigt der Grundfreibetrag nochmals auf dann 7 664 €. Der Eingangssteuersatz wird auf 15 % und der Höchststeuersatz auf 42 % weiter abgesenkt.



## 3 Mittel- und langfristige Ausrichtung der Stabilitäts- und Wachstumspolitik

Die Sicherung der sozialen Gerechtigkeit erfordert ebenso wie die aktive Gestaltung der Zukunft die Bereitschaft, in längeren Zeiträumen zu denken und zu handeln. Maßnahmen

zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen müssen in langfristige Politikkonzepte eingebettet sein. Eins treibt dabei das andere voran. Je positiver sich die Wirtschaft mithilfe geeigneter politischer Flankierung entwickelt, umso schneller kann die Rückführung und Beseitigung der Staatsverschuldung gelingen. Umgekehrt gilt: Eine klare, verlässliche Zielsetzung befördert die wirtschaftliche Entwicklung.

Die zukünftige Stabilitäts- und Wachstumspolitik sollte sich an drei wichtigen Leitlinien orientieren:

1. Die Finanzpolitik muss dem Ziel der Nachhaltigkeit verpflichtet bleiben. Zur Fortsetzung eines langfristig angelegten Abbaus der Neuverschuldung mit dem Ziel der Konsolidierung der Staatsfinanzen und der Erhöhung der finanzpolitischen Handlungsspielräume für die kommenden Generationen gibt es keine Alternative.
2. Die Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung müssen weiter verbessert werden. Die Umsetzung der Agenda 2010 ist dabei national wie international ein Prüfstein für die Fähigkeit, strukturelle Probleme anzugehen

und zu lösen. Es geht darum, unser Sozialsystem so auszugestalten, dass ein hohes Maß an sozialer Sicherheit mit verstärkten Anreizen zur Arbeitsaufnahme und mit langfristiger Finanzierbarkeit angesichts der demografischen Zeitbombe in Einklang gebracht werden.

3. Mit Blick auf die weltwirtschaftlichen Verflechtungen ist stets die Frage nach der Vorteilhaftigkeit koordinierten Vorgehens zu berücksichtigen. Koordinierung kann die aktive Gestaltung der nationalstaatlichen Verantwortlichkeiten nicht ersetzen. Grundsätzlich muss jeder Mitgliedstaat sein eigenes Haus in Ordnung halten. Gleichzeitig gilt es jedoch, das Wissen und die gemeinsamen Erkenntnisse, die sich aus der finanz- und wirtschaftspolitischen Koordinierung der EU-Ebene ergeben, im Interesse des Wachstums und der Beschäftigung in allen Mitgliedstaaten zu nutzen. Verstärkte Koordinierung sollte, so äußert sich auch der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen, grundsätzlich dann zum Tragen kommen, wenn davon ein „europäischer Mehrwert“ zu erwarten ist und die Ergebnisse dezentraler Entscheidungsfindung unbefriedigend sind<sup>1</sup>.

---

<sup>1</sup> Vgl. Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats zum Thema „Verstärkte Koordinierung der antizyklischen Finanzpolitik in Europa?“, Monatsbericht des BMF, August 2002.





# Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder<sup>1</sup> im 1. Quartal 2003

- 1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im 1. Quartal 41
- 2 Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 1. Quartals 2003 42
- 3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen 43

## 1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im 1. Quartal

Die bei Bund und Ländern eingegangenen Steuereinnahmen betrugen im 1. Quartal 2003 nach endgültigen Ergebnissen 89 122 Mio. €, das sind 2 647 Mio. € (-2,9 %) weniger als im 1. Quartal 2002.

Die Steuereinnahmen im 1. Quartal 2003 und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

Die rückläufige Entwicklung des Aufkommens bei den gemeinschaftlichen Steuern (-3,5 %) spiegelt sich in den Einzelergebnissen der veranlagten Einkommensteuer, der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag, der Steuern vom Umsatz und des Zinsabschlages:

Das kassenmäßige Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer lag um gut -1,8 Mrd. € unter dem vergleichbaren Vorjahreswert. Ursächlich für den starken Rückgang waren in erster Linie die zu Lasten der Einkommensteuer verbuchten Auszahlungen, insbesondere die Eigenheimzulage, deren Volumen aufgrund eines weiteren Bauförderjahrgangs um rd. 1,2 Mrd. € höher als im Vorjahr war. Die Auszahlung der Eigenheimzulage erfolgt zum größten Teil im März eines jeden Kalenderjahrs.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag setzte sich der Rückgang der Einnahmen infolge der Rückentwicklung der Dividendenausschüttungen auf ein Normalmaß weiter fort. Das Ergebnis des 1. Quartals ging um -38,2 % gegenüber dem in Folge der Systemumstellung bei der Körperschaftsteuer stark überhöhten Aufkommen des entsprechenden Vorjahreszeitraums zurück.

	1. Quartal Mio. €		Änderung ggü. Vorjahr	
	2003	2002	Mio. €	%
Gemeinschaftliche Steuern	68 182	70 627	-2 445	-3,5
Reine Bundessteuern	15 209	15 556	-346	-2,2
Reine Ländersteuern	5 050	4 899	151	3,1
Zölle	681	688	-7	-1,0
Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern)	89 122	91 769	-2 647	-2,9

<sup>1</sup> Einschließlich Gemeindesteuern der Stadtstaaten. Über die Einnahmen aus Gemeindesteuern berichtet das Statistische Bundesamt vierteljährlich. Diese Einnahmeergebnisse werden in der Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 4, „Steuerhaushalt“, im Rahmen eines Gesamtüberblicks über die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden veröffentlicht.

Die Steuern vom Umsatz verminderten sich im Vorjahresvergleich um -2,4 %. Während die Entwicklung der Umsatzsteuer (-5,8 %) die immer noch schwache Binnennachfrage widerspiegelt, ist der Anstieg des Aufkommens der Einfuhrumsatzsteuer (+9,9 %) auf einen Anstieg der Importe aus Nicht-EU-Staaten (z. B. Bevorratung mit Erdöl im Vorfeld des Irak-Krieges) zurückzuführen.

Das Aufkommen aus dem Zinsabschlag verringerte sich um -6,3 %, was hauptsächlich im Rückgang des durchschnittlichen Zinsniveaus begründet sein dürfte.

Trotz eines leichten Anstiegs (+0,7 %) der Einnahmen gegenüber dem Vorjahresquartal muss das Ergebnis bei der Lohnsteuer als unbefriedigend bezeichnet werden. Für dieses schwache Ergebnis ist in erster Linie die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt verantwortlich. Zu den konjunkturbedingten Beschäftigungsproblemen kamen im Januar und Februar noch die negativen Wirkungen der sehr kalten Witterung auf die Beschäftigung im Bausektor hinzu.

Eine erfreuliche Entwicklung war hingegen bei der Körperschaftsteuer zu beobachten. Hier ergab sich ein Aufkommensanstieg um knapp +1,8 Mrd. € auf 2,4 Mrd. €.

Das Aufkommen aus den reinen Bundessteuern verringerte sich um -2,2 %. Dabei ist insbesondere auf den starken Rückgang der Mineralölsteuer (-14,6 %) hinzuweisen, welcher im Wesentlichen durch eine überhöhte Vorjahresbasis hervorgerufen wird. Diese resultierte daraus, dass im Dezember 2001 fällige Mineralölsteuereinnahmen in einer Größenordnung von 1 Mrd. € erst im Januar 2002 verbucht wurden.

Weitere Einnahmenverluste mussten beim Solidaritätszuschlag (-5,1 %), insbesondere auf Grund der schwachen Ergebnisse bei veranlagter Einkommensteuer und Lohnsteuer, der Zwischenerzeugnissteuer (-13,2 %) und der Kaffee-

steuer (-16,8 %) hingenommen werden. Positive Entwicklungen zeigten dagegen u. a. die Versicherungssteuer (+6,5 %), die Tabaksteuer (+5,0 %), wobei vor allem die Tarifierhöhung in Folge des Gesetzes zur Finanzierung der Terrorbekämpfung ursächlich ist, und die Stromsteuer (+31,6 %) (Tarifierhöhung im Zuge der ökologischen Steuerreform).

Die reinen Ländersteuern stiegen im 1. Quartal 2003 um +3,1 %. Dabei schnitten Grunderwerbsteuer (+13,3 %) – hier dürften die geplanten Einschnitte bei der Eigenheimzulage ursächlich für den Anstieg sein –, Erbschaftsteuer (+12,5 %), Rennwett- und Lotteriesteuer (+1,3 %) und Feuerschutzsteuer (+11,7 %) im Vorjahresvergleich besser ab. Dagegen verzeichnete die Kraftfahrzeugsteuer ebenso einen Rückgang (-5,4 %) wie die Biersteuer (-4,4 %).

## 2 Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 1. Quartals 2003

Die Einnahmeergebnisse des Monats Januar 2003 lagen mit -9,9 % deutlich unter dem Vorjahresergebnis. Ursächlich hierfür war zum einen ein Einbruch bei den Steuern vom Umsatz (-9,1 %) aufgrund schwacher Einzelhandelsumsätze zum Jahresende 2002. Zum anderen schlug der oben beschriebene kassentechnische Effekt bei der Mineralölsteuer stark aufkommensmindernd zu Buche.

Im Februar 2003 verbesserten sich die Einnahmen mit einer Zunahme um +2,5 % deutlich. Neben einer positiveren Entwicklung bei Lohnsteuer (+2,4 %) und Steuern vom Umsatz (+3,8 %) zeigten sich bei Mineralöl- und Stromsteuer kräftige Zuwächse infolge der Steuersatzerhöhungen. Bei der Körperschaftsteuer verfestigte sich der seit einigen Monaten festzustellende Trend zur Aufkommensstabilisierung.

Im März 2003 stagnierten die Steuereinnahmen (-0,3 %). Dabei wurden Einnahmeverbesserungen

	1. Quartal Mio. €		Änderung ggü. Vorjahr	
	2003	2002	Mio. €	%
Bund (nach Bundes- ergänzungszuweisungen)	37 590	39 241	- 1 651	- 4,2
EU	5 506	5 551	- 45	- 0,8
Länder (nach Bundes- ergänzungszuweisungen)	41 115	41 779	- 664	- 1,6
Gemeinden	4 911	5 198	- 287	- 5,5
Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern)	89 122	91 769	- 2 647	- 2,9

bei den reinen Bundessteuern (+ 6,4 %) und den reinen Ländersteuern (+ 8,3 %) durch einen Rückgang bei den gemeinschaftlichen Steuern (- 3,1 %) aufgezehrt. Bei den gemeinschaftlichen Steuern selbst verlief die Entwicklung unterschiedlich: Die Steuern vom Umsatz enttäuschten erneut mit - 2,1 %. Die Auszahlung eines weiteren Förderjahrgangs bei der Eigenheimzulage führte zu einem hohen Kassenminus bei der veranlagten Einkommensteuer. Dagegen konnte die Körperschaftsteuer im ersten Vorauszahlungstermin des Jahres eine kräftige Zunahme verzeichnen.

### 3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Die Verteilung der Steuereinnahmen im 1. Quartal 2003 auf Bund, EU, Länder und

Gemeinden und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stellen sich wie in der Tabelle dar.

Die Stadtstaaten vereinnahmten darüber hinaus im 1. Quartal 2003 an Gemeindesteuern (ohne Berücksichtigung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und an den Steuern vom Umsatz sowie der Gewerbesteuerumlage) 783 Mio. €, das sind 179 Mio. € (- 18,6 %) weniger als im 1. Quartal 2002.

Die Einzelergebnisse der von Bund und Ländern verwalteten Steuern sowie deren Verteilung auf die Gebietskörperschaften im 1. Quartal 2003 und in den einzelnen Monaten finden sich im Internetangebot des BMF unter <http://www.bundesfinanzministerium.de/Steuer-und-Zoelle/Steuereinnahmen-459.htm>.



# Kindergeld – ein internationaler Vergleich mit den Staaten der EU

1	Die Familienpolitik im europäischen Kontext sowie Familienleistungen und Leistungen für Kinder in der EU	45
2	Kindergeldleistungen in den Staaten der EU	48
3	Zusammenfassung	48

## 1 Die Familienpolitik im europäischen Kontext sowie Familienleistungen und Leistungen für Kinder in der EU

Die Europäische Union verfügt über keine Zuständigkeit im Bereich der Sozial- und damit der Familienpolitik, sie ist vielmehr auf der jeweiligen nationalen Ebene angesiedelt. Definition von Familie und die Durchführung der Familienpolitik liegt allein in der Verantwortung der Mitgliedstaaten. In einer Mitteilung der Europäischen Kommission über die Familienpolitik (KOM (89) 363 endg. vom 8. August 1989) wird daher u. a. angeregt, die Dimension der Familie auf der Ebene der Gemeinschaftspolitik stärker zu berücksichtigen und dabei insbesondere dem Schutz der Kinder besondere Aufmerksamkeit zu widmen, ferner die Vereinbarkeit von Berufsleben und Familie durch eine gerechte Aufteilung der Verantwortung zu fördern sowie das Interesse für bestimmte Familien (insbesondere Alleinerziehende, kinderreiche und einkommensschwache Familien) zu verstärken. Der Informationsaustausch und die gemeinsamen Überlegungen unter den EU-Staaten führten 1989 zur Errichtung einer Europäischen Beobachtungsstelle für nationale Familienpolitik, die seit 1999 die Bezeichnung „Europäische Beobachtungsstelle für Familienangelegenheiten“ trägt und die Tendenzen sowie Entwicklungen der Familienpolitik in den einzelnen Mitgliedstaaten verfolgt sowie entsprechende Informationen herausgibt.

Der Begriff „Familie“ wird – wenn überhaupt – in den einzelnen EU-Staaten zum Teil unterschiedlich abgegrenzt. In einigen Ländern, wie z. B. in Italien, ist die Definition der Familie an die Eheschließung und in fast allen Ländern in irgendeiner Form (z. B. Abstammung, Adoptionsverhältnis) an ein Verwandtschaftsverhältnis, häufig auch an beides, gebunden. In Bezug auf die Frage, welche Rolle der Begriff „Familie“ für das System der staatlichen Familienleistungen spielt, gibt es dementsprechend erhebliche Unterschiede. Bei den Ländern, die keine konkrete Definition vorgenommen haben, wird nicht unbedingt auf den Begriff der „Familie“ Bezug genommen, sondern es wird (wie in den Niederlanden und in den meisten Fällen auch in Dänemark, Deutschland, Irland und im Vereinigten Königreich) auf den Begriff „Kind“ abgestellt.

Das bedeutendste Instrument der Familienpolitik sind die Geldleistungen, die bei weitem den größten Umfang einnehmen. Die Leistungen für Kinder werden gewöhnlich bis zum Alter von zwischen 16 und 19 Jahren, darüber hinaus bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen (Studium, Berufsausbildung oder Behinderung) bis zum Alter von 27 Jahren in Abhängigkeit vom Wohnsitz gewährt. Für den Bezugsberechtigten – also die Person, die für das Kind sorgt und erziehungsberechtigt ist, ohne dass es sich dabei unbedingt um ein leibliches Elternteil handeln muss – gelten in Bezug auf den Wohnort grundsätzlich dieselben Bedingungen wie für das Kind. Außerdem gelten normalerweise bestimmte Bedingungen hinsichtlich der Einkommenshöhe sowie teilweise auch bezüglich des Versicherungsschutzes (z. B. Krankheit). Daneben sind in verschiedenen Ländern für folgende Fälle Zuschläge oder besondere Leistungen vorgesehen:

- für allein erziehende Eltern/Erziehungsbeauftragte (z. B. eine „Extra“-Leistung in Dänemark oder Leistungen für Alleinerziehende in Frankreich und Schweden);
- für behinderte Kinder (z. B. in Dänemark, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien und Österreich);

## Kindergeldzahlungen in den EU-Staaten

Land	Altersgrenze	Normalsätze (monatlich)	Abstufungen/Zusatzleistungen (monatlich)
Belgien	Regel: 18 Ausbildg./Studium: 25 Behinderung: 21 <sup>1</sup>	1. Kind: 71,18 € 2. Kind: 131,71 € 3. Kind und folgende: 196,66 €	nach Alter verschiedene Zuschläge (z. B. bei Behinderung, Arbeitslosigkeit etc.)
Dänemark	Regel: 18	0– 3 Jahre: 140 € 3– 7 Jahre: 127 € 7– 18 Jahre: 100 €	besondere Zulage für Kinder von Alleinerziehenden und solche, deren Eltern im Ruhestand sind und eine Sozialrente beziehen
Deutschland	Regel: 18 <sup>2</sup> Ausbildg./Studium: 27 <sup>3</sup> Behinderung: keine Altersbegrenzung	1. bis 3. Kind: 154 € 4. Kind und folgende: 179 €	keine
Finnland	Regel: 17	1. Kind: 90 € 2. Kind: 110,50 € 3. Kind: 131 € 4. Kind: 151,50 € 5. Kind und folgende: 172 €	bei Alleinerziehenden: + 33,60 € pro Kind
Frankreich	20 <sup>4</sup>	2 Kinder: 109,40 € 3. Kind und folgende: 140,17 €	Zuschläge nach Alter: über 11 Jahre: + 30,77 € über 16 Jahre: + 54,70 € ausgenommen das 1. Kind in Familien mit weniger als 3 Kindern
Griechenland	Regel: 18 Ausbildg./Studium: 22 Behinderung: keine Begrenzung	1 Kind: 5,87 € 2 Kinder: 18 € 3 Kinder: 40 € 4 Kinder: 48 € für jedes weitere Kind: + 8,07 €	Erhöhung des Kindergeldes um 3,67 € mtl. pro Kind bei behinderten Kindern, Waisen und – unter bestimmten Voraussetzungen – bei Alleinerziehenden
Irland	Regel: 16 Ausbildg./Studium: 19 Behinderung: 19	1. und 2. Kind: 117,60 € 3. Kind und folgende: 147,30 € bei Drillingen, Vierlingen etc.: für jedes Kind das Doppelte des Betrages für das 1. Kind; bei Zwillingen: das 1,5-fache des Betrages für das 1. Kind	keine
Italien	Regel: 18 Behinderung: keine Begrenzung bei schwerer Behinderung	Richten sich nach Kinderzahl und Einkommen Bsp.: zwei Kinder: Jahreseink. ≤ 11 122 € = 250 € Jahreseink. zw. 26 965 und 29 604 € = 39 € KG entfällt bei Einkommen > 42 807 €	siehe „Normalsätze“
Luxemburg	Regel: 18 Ausbildg./Studium: 27 Behinderung: keine Begrenzung bei schwerer Behinderung	1 Kind: 168,15 € 2 Kinder: 399,28 € 3 Kinder: 727,26 € jedes weitere Kind: 327,85 €	Zuschläge nach Alter: Kinder ab 6 Jahren: + 14,65 € Kinder ab 12 Jahren: + 43,96 €
Niederlande	Regel: 17 Ausbildg./Studium: 18 bis 24, wenn kein Anspruch auf Studienbeihilfe besteht	Ab 1.1.1995 geborene Kinder: Unter 6 Jahren: 56,29 € 6– 11 Jahre: 68,35 € 12– 17 Jahre 80,42 € vor 1.1.1995 geborene Kinder: <sup>5</sup> Grundbetrag pro Kind zwischen 12 und 17 Jahren in Familien mit 1 Kind: 80,42 € 2 Kindern: 90,84 € 3 Kindern: 94,31 € 4 Kindern: 101,95 € 5 Kindern: 106,53 € 6 Kindern: 109,58 € Kinder 6– 11 Jahre: 85 % der Grundbeträge	nach Alter: Doppelte Beträge möglich z. B. bei Ausbildung/Behinderung und nicht im Haushalt lebend  im Übrigen: siehe „Normalsätze“

Land	Altersgrenze	Normalsätze (monatlich)	Abstufungen/Zusatzleistungen (monatlich)
Österreich	Regel: 19 <sup>6</sup> Ausbildg./Studium: 26 <sup>7</sup>	Grundbetrag: 105,40 € <sup>8</sup> 2. Kind: + 12,80 € 3. Kind und folgende: + 25,50 € erhebl. behinderte Kinder: 131 € Mehrkinderzuschlag: 36,40 € für 3. und folgende Kinder bei Unterschreitung best. Einkommengrenzen (2002: 38 720 €). Für Kinder ab 18 Jahren kein Anspruch, wenn eigenes z.v.E. 8 725 € übersteigt.	Erhöhung des Grundbetrages:  ab 10. Lebensjahr: auf 123,60 € ab 19. Lebensjahr: auf 145,40 €
Portugal	Regel: 16 Ausbildung/Studium/ Behinderung: 24 Verlängerung um bis zu 3 Jahre bei schwerer Behinderung	Je nach Familieneinkommen sowie Alter und Rangfolge der Kinder: z. B. Familieneink. ≤ 1,5 Min- destlöhne: Kinder bis 12 Monate 1. und 2. Kind: 87,29 € 3. Kind und folgende: 131,03 € Kinder über 12 Monate: 1. und 2. Kind: 26,24 € 3. Kind und folgende: 39,36 € z. B. Familieneink. > 8 Mindest- löhne: Kinder bis 12 Monate 1. und 2. Kind: 40,35 € 3. Kind und folgende: 52,52 € Kinder über 12 Monate: 1. und 2. Kind: 15,41 € 3. Kind und folgende: 20,05 €	nach Familieneinkommen: es existieren 4 Einkommen- stufen: bis 1,5 Mindestlöhne, 1,5 bis 4 Mindestlöhne, 4 bis 8 Mindestlöhne und mehr als 8 Mindestlöhne  Beispiele: Siehe „Normalsätze“  Zuschläge für behinderte Kinder
Schweden	Regel: 16 <sup>9</sup>	102 € Mehrkinderzulage: Für das 3. Kind: 27 € Für das 4. Kind: 82 € Für das 5. Kind und folgende: 102 €	Keine
Spanien	Regel: 18 Behinderung: keine Begrenzung bei mind. 65 % Behinderung	Nicht Behinderte: 24,25 € Behinderte: 48,47 € Kinder über 18 Jahre: Behinderung ≥ 65 %: 251 € Behinderung ≥ 75 %: 376,50 €	Kindergeld entfällt bei Famili- eneinkommen > 7 954,07 € Pro Jahr (+ 15 % ab dem 2. Kind für jedes weitere Kind)
Vereinigtes Königreich	Regel: 16 Ausbildg./Studium: 19	Ältestes anspruchsberechtigtes Kind: 107 € Jedes sonstige Kind: 72 €	Keine

Quelle: Europäische Kommission; Missoc-Bericht 2002

<sup>1</sup> Keine Altersbegrenzung für Personen, die am 1. Juli 1987 das 21. Lebensjahr vollendet hatten.

<sup>2</sup> Verlängerung möglich bis zum 21. Lebensjahr für diejenigen, die ohne Beschäftigung und bei einem Arbeitsamt als Arbeitssuchende gemeldet sind.

<sup>3</sup> Nach Vollendung des 18. Lebensjahres kein Anspruch bei Einkünften und Bezügen des Kindes von mehr als 7 188 € im Jahr.

<sup>4</sup> Wenn das Einkommen des Kindes nicht 55 % des Mindestlohnes übersteigt.

<sup>5</sup> Die Kinder, die nach dem 1.10.1994 das Alter von 6 oder 12 Jahren erreichten.

<sup>6</sup> Kein Anspruch für Kinder ab 18, deren eigenes zu versteuerndes Einkommen 8 725 € übersteigt.

<sup>7</sup> Ausnahme: Schwangere, Frauen mit Kind, Präsenzdienner, behinderte Kinder: 27 Jahre; arbeitssuchende Kinder: 21 Jahre; erwerbsunfähige Kinder: unbegrenzt.

<sup>8</sup> Die Familienbeihilfe wird ab 1.1.2003 für alle Kinder ab dem vollendeten dritten Lebensjahr um 7,30 € pro Monat angehoben, ebenso die Familienbeihilfe für erheblich behinderte Kinder ab 1.1.2003 um 7,30 € pro Monat.

<sup>9</sup> Vergleichbare Beihilfe bei Kindern, die eine weiterführende Schule besuchen.

- für kinderreiche Familien (z. B. in Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien und Österreich);
- für Mehrlingsgeburten (z. B. in Spanien, Frankreich und Irland sowie in Finnland und Schweden, wobei dort zusätzlich eine Verlängerung der Anspruchsdauer vorgesehen ist) und
- für Familien mit geringem Einkommen und meistens drei oder mehr Kindern (z. B. in Frankreich und Irland).

Die Finanzierung dieser Leistungen wird entweder vollständig vom Staat geleistet (z. B. in Luxemburg oder in den Niederlanden) oder über ein gemischtes System (Steuern, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge) gesichert. In den meisten Staaten werden die Leistungen auf monatlicher Basis, zum Teil jedoch auch als einmalige Zahlung gewährt.

Zu den Familien- bzw. Kinderleistungen gehören u. a. auch steuerliche Vergünstigungen und Kindergeldzahlungen. Bezüglich der steuerlichen Vergünstigungen besteht in einigen Ländern die Möglichkeit, die zu zahlende Einkommensteuer zu reduzieren. So wird beispielsweise in Griechenland die Steuer um einen bestimmten Betrag reduziert, abhängig von der Anzahl der Kinder. In Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Spanien und im Vereinigten Königreich wird dagegen das zu versteuernde Einkom-

men um einen bestimmten Betrag reduziert, wobei wiederum verschiedene Ausgestaltungsformen existieren (z. B. wird in Frankreich das zu versteuernde Familieneinkommen durch die Anzahl der Familienmitglieder geteilt).

## 2 Kindergeldleistungen in den Staaten der EU

Die Tabelle auf S. 46/47 gibt einen Überblick über die Kindergeldzahlungen in den einzelnen EU-Staaten. Dabei sind nicht nur die jeweiligen Normalbeträge, sondern auch die entsprechenden Voraussetzungen, wie Altersgrenze, Abstufungen nach Alter bzw. Familieneinkommen und Ausnahmeregelungen dargestellt.

## 3 Zusammenfassung

Bezogen auf die Normalsätze zahlt Deutschland im europäischen Vergleich nach Luxemburg das höchste Kindergeld. Doch auch unter Berücksichtigung verschiedener Kindergeldzuschläge, die in anderen EU-Staaten unter bestimmten Bedingungen gezahlt werden, kommen die Familien in Deutschland beim Kindergeld günstiger weg als in den meisten anderen EU-Staaten. Hinsichtlich weiterer kindbezogenen Leistungen in Deutschland wird auf den Beitrag „Kosten der staatlichen kindbezogenen Leistungen“ verwiesen.



# Kosten der staatlichen kindbezogenen Leistungen

1	Einführung und Zusammenfassung	49
2	Steuermindereinnahmen der staatlichen Förderung	49
3	Sozialpolitische Leistungen für Kinder	51
4	Finanzielle Leistungen des Staates für Familien	53

## 1 Einführung und Zusammenfassung

Die Bundesregierung hat seit ihrem Amtsantritt im Herbst 1998 die finanzielle Situation von Familien mit Kindern erheblich verbessert. Dies betrifft sowohl die Leistungen des Bundes zu Gunsten von Familien als auch die familienpolitischen Komponenten in der Einkommensbesteuerung. Insbesondere sind hier zu nennen der dreimalige Anstieg des Kindergeldes auf jetzt 154 € monatlich, die Anhebung des Kinderfreibetrages für den existenziellen Sachbedarf eines Kindes, der neue Freibetrag für die Betreuung und Erziehung oder Ausbildung eines Kindes und die Verbesserungen beim Erziehungsgeld und beim BAföG. In dieser Legislaturperiode steht vor allem die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Vordergrund. Zum Ausbau der verlässlichen Kinderbetreuung in Ganztagschulen stellt die Bundesregierung insgesamt 4 Mrd. € zur Verfügung (S. 52).

Im Vergleich mit den anderen EU-Staaten nimmt Deutschland beim Kindergeld einen Spitzenplatz ein. Dies verdeutlicht der in diesem Monatsbericht abgedruckte Beitrag „Kindergeld – ein internationaler Vergleich mit den Staaten der EU“.

Die Gesamtaufwendungen für die staatlichen kindbezogenen Leistungen betragen im Jahr 2003 im steuerlichen Bereich rund 40,8 Mrd. € (davon Bund: ca. 17,3 Mrd. €) und im sozialen Bereich rund 47,7 Mrd. € (davon Bund: ca. 21,5 Mrd. €). Die Kosten der beitragsfreien Mit-

versicherung von Kindern in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung (geschätzt ca. 12,2 Mrd. €) sind dabei berücksichtigt. Insgesamt betragen die staatlichen kindbezogenen Leistungen damit rd. 88,5 Mrd. €, das sind durchschnittlich rund 400 € je Kind im Monat.

## 2 Steuermindereinnahmen der staatlichen Förderung

### – Kindergeld (§ 62 ff. EStG)

Das Kindergeld wird einkommensunabhängig als Steuervergütung monatlich an alle Eltern gezahlt. Es ist nach Kinderzahl gestaffelt und beträgt seit dem 1. Januar 2002 für erste, zweite und dritte Kinder monatlich 154 €, für vierte und weitere Kinder monatlich 179 €. Kindergeld gibt es für alle Kinder bis zum 18. Lebensjahr, darüber hinaus bei Vorliegen bestimmter weiterer Voraussetzungen für Kinder in Ausbildung bis zum 27. Lebensjahr, für Kinder ohne Arbeitsplatz bis zum 21. Lebensjahr und zeitlich unbegrenzt für Kinder, die wegen Behinderung außerstande sind, sich selbst zu unterhalten.

Die Steuermindereinnahmen durch das Kindergeld betragen im Jahr 2003 ca. 34,6 Mrd. €.

### – Kinderfreibetrag (§ 32 Abs. 6 EStG) und Kinderbetreuungskosten (§ 33c EStG)

Der steuerliche Kinderfreibetrag beläuft sich für jedes Kind eines Elternpaares derzeit auf jährlich 3 648 €. Zusätzlich zum Kinderfreibetrag wurde ab dem Veranlagungszeitraum 2002 ein einheitlicher Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf eines Kindes von jährlich 2 160 € eingeführt. Die Freibeträge für Kinder wirken sich nur in den Fällen steuerlich aus, in denen das gezahlte Kindergeld die erforderliche steuerliche Freistellung von Einkommen in Höhe des sächlichen Existenzminimums sowie des Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarfs eines Kindes nicht

vollständig herbeiführt (Familienleistungsausgleich – § 31 EStG). Außerhalb des Familienleistungsausgleiches wird seit dem 1. Januar 2002 für Kinder unter 14 Jahren ein Abzug für nachgewiesene erwerbsbedingte Betreuungskosten von 1 500 € zugelassen, soweit diese Betreuungskosten einen Betrag von 1 548 € übersteigen.

Die Steuermindereinnahmen für die Freibeträge für Kinder und die Kinderbetreuungskosten belaufen sich auf rund 1,8 Mrd. € im Jahr 2003.

#### – **Haushaltsfreibetrag (§ 32 Abs. 7 EStG)**

Den Haushaltsfreibetrag können unverheiratete Steuerpflichtige geltend machen, wenn sie einen Freibetrag für Kinder oder Kindergeld erhalten und das Kind in ihrer Wohnung im Inland gemeldet ist. Er beträgt in den Jahren 2002 und 2003 2 340 € jährlich und vermindert sich ab 2004 auf 1 188 € jährlich. Ab dem 1. Januar 2005 wird es dann keinen Haushaltsfreibetrag mehr geben.

Die Steuermindereinnahmen für den Haushaltsfreibetrag betragen ca. 716 Mio. € im Jahr 2003.

#### – **Freibetrag zur Abgeltung eines Sonderbedarfs bei Berufsausbildung (§ 33a Abs. 2 EStG)**

Für Eltern volljähriger, auswärts untergebrachter Kinder in Schul- oder Berufsausbildung kommt ein Freibetrag zur Abgeltung eines Sonderbedarfs bei Berufsausbildung in Betracht. Voraussetzung ist, dass für das Kind Anspruch auf einen Freibetrag für Kinder oder Kindergeld besteht. Der Freibetrag beträgt 924 € im Jahr.

Die Steuermindereinnahmen belaufen sich auf 184 Mio. € im Jahr 2003.

#### – **Kinderkomponente im Eigenheimzulagengesetz (§ 9 Abs. 5, § 17 EigZulG, § 34 f EStG)**

Neben der auf acht Jahre angelegten Grundförderung für selbst genutztes Wohneigentum

im Rahmen des Eigenheimzulagengesetzes von jährlich max. 2 556 € für Neubauten und max. 1 278 € für Altbauten gibt es als besondere Unterstützung für Familien die Kinderzulage. Sie orientiert sich am Grundförderzeitraum und beträgt pro Kind und Jahr 767 €. Daneben existiert noch aus der auslaufenden Förderung nach §§ 10e, 34f EStG das zu zahlende Baukindergeld in Höhe von 512 €.

Im Übrigen kann neben dem Fördergrundbetrag für die Anschaffung von Geschäftsanteilen an einer eigentumsorientierten Wohnungsbaugenossenschaft von max. 1 227 € noch eine Kinderzulage von 256 € je Kind über acht Jahre beansprucht werden.

Die Steuermindereinnahmen für diese Kinderkomponenten betragen im Jahr 2003 ca. 3,5 Mrd. €.

#### – **Behinderten-Pauschbetrag (§ 33b Abs. 5 EStG) und Höchstbetrag wegen Beschäftigung einer Hilfe im Haushalt (§ 33a Abs. 3 Nr. 1b und Nr. 2 EStG)**

Eltern behinderter Kinder, die für das Kind Kindergeld oder einen Freibetrag erhalten, können den Behinderten-Pauschbetrag des Kindes auf Antrag auf sich übertragen lassen, wenn ihn das Kind nicht in Anspruch nimmt. Die Höhe des Pauschbetrages richtet sich nach dem dauernden Grad der Behinderung. Es können außerdem Aufwendungen für eine Haushaltshilfe bis 924 € abgesetzt werden, wenn das Kind schwer behindert ist.

Die Steuermindereinnahmen können auf Grund fehlender Datenbasis für behinderte Kinder nicht getrennt ermittelt werden.

#### – **Kinderzulage im Rahmen der Altersvorsorgezulage (§ 85 EStG)**

Seit dem 1. Januar 2002 wird der Aufbau einer zusätzlichen privaten Altersvorsorge durch Zulagen und Steuerabzug gefördert. Für jedes Kind steht den Eltern nach Zahlung eines Mindest-

eigenbeitrages eine Kinderzulage in Höhe von 46 € zu. Die Kinderzulage steigt gestaffelt bis zum Jahr 2008 auf 185 € je Kind.

Die Steuermindereinnahmen lassen sich derzeit noch nicht beziffern.



### 3 Sozialpolitische Leistungen für Kinder

#### – Erziehungsgeld

In den ersten sechs Lebensmonaten eines Kindes wird das Erziehungsgeld für Mütter oder Väter grundsätzlich in voller Höhe (307 €/Monat) gewährt. Jedoch entfällt der Anspruch auf Erziehungsgeld, wenn die Einkommensgrenzen bei Eltern mit einem Kind 51 130 €, bei Alleinerziehenden 38 350 € überschreiten. Ab dem siebten Lebensmonat des Kindes wird das Erziehungsgeld einkommensabhängig gewährt, längstens jedoch bis zum Ende des 2. Lebensjahrs des Kindes. Die hier zu Grunde zu legenden Einkommensgrenzen sind mit der Erziehungsgeldnovelle für ab dem 1. Januar 2001 geborene Kinder auf 16 470 € für Eltern mit einem Kind bzw. auf 13 498 € für Alleinstehende mit einem Kind erhöht worden. Für jedes weitere ab 2003 geborene Kind erhöhen sich die Einkommensgrenzen um 3 140 €. Bei Überschreiten dieser Einkommensgrenzen vermindert sich das Erziehungsgeld in Abhängigkeit von der Höhe des Einkommens bis hin zum völligen Wegfall. Bei den Einkommensgrenzen handelt es sich um das erziehungsgeldrechtliche Nettoeinkommen. Alternativ können Eltern das sog. Budget-Angebot in Höhe von 460 € monatlich bis zum Ende des 1. Lebensjahres des Kindes wählen. Für das Budget-Angebot sind die Einkommensgrenzen ab dem 7. Lebensmonat entscheidend.

Die Ausgaben nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz belaufen sich auf ca. 3,3 Mrd. € im Jahr 2003 und werden zu 100 % vom Bund getragen.

#### – Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

Für Schülerinnen und Schüler sowie für Studentinnen und Studenten wird Ausbildungsförderung nach dem Ausbildungsförderungsreformgesetz als Zuschuss gewährt. Studentinnen und Studenten erhalten die Förderung hälftig als Darlehen. Die Bedarfssätze für Studierende, die nicht bei den Eltern wohnen, betragen 521 € monatlich bei Vollförderung und 585 € bei Vollförderung bei überdurchschnittlicher Miete. Die Ausbildungsförderung ist einkommensabhängig. Ihre Höhe verringert sich oberhalb von Einkommensfreigrenzen mit steigendem Einkommen der Auszubildenden, ihrer Ehepartner und Eltern.

Die Kosten nach dem BAföG betragen rund 1,91 Mrd. € im Jahr 2003. Der Bund trägt davon 65 %.

#### – Unterhaltsvorschussgesetz

Alleinerziehende, die vom anderen Elternteil keinen oder nicht mindestens Unterhalt in Höhe des Regelbetrages nach der Regelbetrag-Verordnung für ihre Kinder bekommen, erhalten für Kinder bis zum zwölften Lebensjahr Unterhaltsvorschuss. Der Unterhaltsvorschuss beträgt monatlich bis zu 111 € bei Kindern bis zu sechs Jahren und bis zu 151 € bei Kindern von sechs bis zwölf Jahren. Bei den genannten Beträgen ist das Kindergeld zur Hälfte angerechnet. Die Leistungen werden bis zu 72 Monaten gewährt.

Die Kosten belaufen sich 2003 auf rund 750 Mio. €, davon trägt der Bund 1/3.

#### – Anrechnung von Kindererziehungszeiten und Beitragszahlung für Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung

Für Mütter oder Väter der Geburtsjahrgänge ab 1921 in den alten und ab 1927 in den neuen

Bundesländern werden als Pflichtbeitragszeit in der Rentenversicherung gutgeschrieben:

- bei Geburt der Kinder bis zum 31. Dezember 1991: 1 Jahr pro Kind,
- bei Geburt der Kinder ab dem 1. Januar 1992: 3 Jahre pro Kind Kindererziehungszeit.
- Die Beiträge für Kindererziehungszeiten zahlt der Bund an die gesetzliche Rentenversicherung, im Jahr 2003 handelt es sich um Zahlungen in Höhe von rund 11,875 Mrd. €.



#### – Stiftung Mutter und Kind

In Beratungsstellen erhalten Schwangere in Notlagen sowohl Informationen über alle zur Verfügung stehenden staatlichen und privaten Hilfen als auch personale Unterstützung und Begleitung zur Bewältigung der Schwierigkeiten und zur Entwicklung einer Lebensperspektive. Von dort werden auch materielle Hilfen vermittelt, die die Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“ gewährt.

Die Aufwendungen des Bundes für die Stiftung betragen rund 92 Mio. € im Jahr 2003.

#### – Beitragsfreie Mitversicherung von Kindern in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung (§ 10 Abs. 2 SGB V, § 25 Abs. 2 SGB XI)

Kinder sind grundsätzlich bis zur Vervollendung des 18. Lebensjahres, bei Schul- oder Berufsausbildung bis zum 25. Lebensjahr, in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung als Familienangehörige beitragsfrei mitversi-

chert. Die Statistik weist gut 20 Millionen mitversicherte Familienangehörige in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung aus, davon rund 16 Millionen im Alter unter 20 Jahre.

Die auf diesen Personenkreis entfallenden Leistungsaufwendungen lassen sich nicht genau beziffern. Die beitragsfreie Mitversicherung von Familienangehörigen, die oft als „versicherungsfremd“ bezeichnet wird, umfasst ein Volumen von mindestens 25 Mrd. €, davon entfallen ca. 12,2 Mrd. € auf Kinder.

#### – Kinderbetreuung

Es gibt Kinderbetreuungsangebote in Krippen, Kindergärten und Horten. Zur Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern in diesen Tageseinrichtungen haben Eltern einen finanziellen Beitrag zu leisten. Die Elternbeiträge sind sozial gestaffelt. Seit dem 1. Januar 1996 hat jedes Kind vom vollendeten dritten Lebensjahr an bis zum Schuleintritt einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz; für die übrigen Kinder sind von den örtlichen Trägern Plätze nach Bedarf vorzuhalten.

Die Ausgaben für Tageseinrichtungen für Kinder belaufen sich auf rund 7,7 Mrd. € (Sozialbericht 2001) und werden – entsprechend der finanzverfassungsrechtlichen Zuständigkeit – von Ländern und Kommunen getragen.

Die Bundesregierung stellt 2003 bis 2007 insgesamt 4 Mrd. € zum Ausbau von Ganztagschulen zur verlässlichen Kinderbetreuung zur Verfügung. Außerdem sollen den Kommunen 1,5 Mrd. € aus Sozialhilfeeinsparungen, die ihnen aus der im Rahmen der Gemeindefinanzreform angestrebten Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe in der Trägerschaft des Bundes entstehen, zum Ausbau der Ganztagsbetreuung für Kinder unter drei Jahren belassen werden.

## – Sozialhilfe

Wer seinen Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen oder Vermögen bestreiten kann, hat einen Rechtsanspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz. Sozialhilfe wird individuell geleistet. Die Leistungen umfassen den laufenden Regelbedarf, einmalige Leistungen sowie Leistungen für Unterkunft und Heizung. Alleinerziehende erhalten in bestimmten Fällen einen Mehrbedarfzuschlag zum Sozialhilferegelsatz. Dieser beträgt 40 % mit einem Kind unter sieben Jahren oder mit zwei oder drei Kindern unter 16 Jahren und 60 % mit vier oder mehr Kindern unter 16 Jahren.

Die Ausgaben der Sozialhilfeträger (Länder/Kommunen) für Kinder werden in der amtlichen Sozialhilfestatistik nicht gesondert ausgewiesen. Nach Schätzung des Bundesfinanzministeriums belaufen sie sich auf etwa 3,6 Mrd. €.

## – Kinderkomponente bei Lohnersatzleistungen

Die Höhe des Arbeitslosengeldes beträgt bei Arbeitslosen, die mindestens ein Kind haben, 67 % des pauschalierten letzten Nettoarbeitsentgelts, bei den übrigen Arbeitslosen 60 %. Die ggfs. anschließende Arbeitslosenhilfe beträgt bei Arbeitslosen mit mindestens einem Kind 57 % des letzten pauschalierten Nettoarbeitsentgelts, bei Arbeitslosen ohne Kinder 53 %. Entsprechende Kinderkomponenten gibt es bei weiteren, quantitativ weniger bedeutsamen Lohnersatzleistungen (z. B. Kurzarbeitergeld, Unterhaltsgeld bei beruflicher Weiterbildung, Übergangsgeld für Rehabilitanden).

Die Spaltung der Leistungssätze ist vor Jahren eingeführt und vergrößert worden, um angesichts damals wenig entwickelter Familienleistungen Arbeitslose mit Kindern zum Teil von Einsparungen auszunehmen.

Die Kosten der Kinderkomponente belaufen sich auf rund 600 Mio. € jährlich beim Arbeitslo-

sengeld (Bundesanstalt für Arbeit) und auf rund 300 Mio. € jährlich bei der Arbeitslosenhilfe (Bund).

## – Waisenrenten

Voll- oder Halbwaisen erhalten Hinterbliebenenrenten bis zum 18. oder bei Ausbildung bis zum 27. Lebensjahr.

Die Kosten betragen ca. 1,3 Mrd. € im Jahr 2003 (Sozialbericht 2001).

## – Kindergeld für nicht unbeschränkt Steuerpflichtige

Personen, die im Inland nicht unbeschränkt steuerpflichtig sind, erhalten kein steuerliches Kindergeld. Soweit bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind (z. B. Versicherungspflicht bei der Bundesanstalt für Arbeit oder Wohnsitz im Inland bei EU – Bürgern, die Angehörige von NATO-Truppen sind), wird ihnen das Kindergeld als Sozialleistung durch die Bundesanstalt für Arbeit ausgezahlt.

Die Ausgaben hierfür belaufen sich in 2003 auf ca. 120 Mio. €.

# 4 Finanzielle Leistungen des Staates für Familien

Während in Kapitel 1 die kindbezogenen Leistungen dargestellt wurden, lassen sich die Leistungen für Familien im Jahr 2003 wie in den Tabellen 1 und 2 dargestellt zusammenfassen.

60 Mrd. € insgesamt, davon 42 Mrd. € Steuermindereinnahmen und 18 Mrd. € Ausgaben. In dieser Tabelle über Familienleistungen sind die kommunalen Ausgaben (Sozialhilfe, Kinderbetreuungskosten in Tageseinrichtungen) und die Aufwendungen der Sozialversicherungsträger (beitragsfreie Mitversicherung von Familienangehörigen) nicht enthalten.

Die Deutsche Bundesbank beziffert im Monatsbericht April 2002<sup>2</sup> den Umfang der Leistungen für Familien mit Kindern im Jahr 2000 unter Einbeziehung der Sachleistungen der Gebietskörperschaften (u. a. für Schulen, Jugend-

hilfe) auf 150 Mrd. €. Laut einer Studie des Instituts für Weltwirtschaft Kiel<sup>3</sup> summieren sich die familienpolitischen Maßnahmen unter Einschluss sämtlicher Leistungen von Ländern und Kommunen (Wohnungsbauförderung, Hochschulen) auf insgesamt 180 Mrd. €.

<sup>2</sup> Deutsche Bundesbank: Staatliche Leistungen für die Förderung von Familien – Monatsbericht April 2002, S. 21.

<sup>3</sup> Institut für Weltwirtschaft Kiel: Familienförderung in Deutschland (A. Rosenschon), November 2001, S. 35.

**Tabelle 1: Finanzielle Auswirkungen familienpolitischer Maßnahmen  
– Beträge in Mio. € –**

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
<b>Steuern und Ausgaben insgesamt</b>	<b>32 478</b>	<b>36 013</b>	<b>39 485</b>	<b>40 190</b>	<b>47 595</b>	<b>54 431</b>	<b>55 159</b>	<b>59 138</b>	<b>60 027</b>
- Steuern	12 059	26 212	29 971	30 597	34 926	37 343	37 782	41 523	42 017
- Ausgaben	20 419	9 801	9 514	9 593	12 669	17 088	17 377	17 615	18 010
<b>Summe Steuern:</b>	<b>12 059</b>	<b>26 212</b>	<b>29 971</b>	<b>30 597</b>	<b>34 926</b>	<b>37 343</b>	<b>37 782</b>	<b>41 523</b>	<b>42 017</b>
Kinderbetreuungskosten <sup>1</sup>	74	89	97	102	107	–	–	128	160
Kinderfreibetrag 2000 und 2001 zzgl. Betreuungsfreibetrag, ab 2002 zzgl. Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf	8 385	41	51	51	51	716	767	1 432	1 636
Kindergeld als Steuervergütung <sup>2</sup>	–	22 141	25 444	25 554	29 450	30 939	31 254	34 615	34 615
Kinderkomponente bei Eigenheimförderung <sup>3</sup>	1 196	1 278	1 667	2 122	2 508	2 873	3 081	3 287	3 488
Ausbildungsfreibeträge ab 2002 Freibetrag zur Abgeltung eines Sonderbedarfs bei Berufsausbildung <sup>4</sup>	578	649	649	654	665	665	634	184	184
Haushaltsfreibetrag	844	895	920	946	946	946	869	665	716
Unterstützung naher Angehöriger (Unterhaltsfreibetrag) <sup>4</sup>	501	588	593	598	608	608	578	588	588
Pflegepauschbetrag <sup>4</sup>	64	74	74	74	74	74	72	72	72
Aufwendungen für Beschäftigung einer Haushaltshilfe u. a. <sup>4</sup>	105	120	123	123	128	128	123	128	128
Realsplitting <sup>3,5</sup>	312	337	353	373	389	394	404	424	430

<sup>1</sup> Ab 2002: § 33 c EStG – neu.

<sup>2</sup> Nach dem JStG 1996 wird ab 1996 das Kindergeld als Steuervergütung gezahlt.

<sup>3</sup> Neue Schätzung der Kinderzulage in der Eigenheimzulage ab 2000 vom Dezember 2002.

<sup>4</sup> Ab 1995 neue Schätzung auf der Basis der ESt-Statistik 1995.

<sup>5</sup> Für dauernd getrennt lebende oder geschiedene Ehegatten.

**Tabelle 2: Finanzielle Auswirkungen familienpolitischer Maßnahmen  
– Ausgaben in Mio. € –**

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	Soll 2002	Soll 2003
<b>Summe Ausgaben:</b>	20 419	9 801	9 514	9 593	12 669	17 088	17 377	17 615	18 010
Bundeskindergeldgesetz <sup>1</sup>	10 892	442 <sup>8</sup>	145 <sup>8</sup>	83 <sup>8</sup>	96 <sup>8</sup>	112	105	102	124
Mutterschutzgesetz hier: Mutterschaftsgeld	5	4	3	3	3	3	3	3	3
Bundeserziehungs- geldgesetz	3 698	3 553	3 639	3 653	3 517	3 406	3 322	3 310	3 300
Unterhaltsvorschussgesetz <sup>2</sup>	809	796	826	853	785	755	696	678	750
Stiftung „Mutter und Kind“ <sup>3</sup>	102	102	102	92	92	92	92	92	92
Hilfsfonds für schwangere Frauen in Not <sup>4</sup>	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Bundesausbildungsför- derungsgesetz <sup>5,6</sup>	1 458	1 391	1 233	1 201	1 224	1 267	1 626	1 815	1 866
darunter Studenten (Zuschüsse und Darlehen)	1 111	1 047	889	845	847	885	1 130	1 292	1 332
darunter: Darlehen	555	528	453	437	425	442	565	646	666
Schüler	347	345	344	355	377	382	496	523	534
Beitragszahlung des Bundes für Kindererziehungszeiten <sup>7</sup>	3 456	3 512	3 565	3 709	6 954	11 453	11 533	11 615	11 875

<sup>1</sup> Ab 1996 wird nach dem JStG 1996 das Kindergeld als Steuervergütung gezahlt.

<sup>2</sup> Brutto-Ausgaben Bund und Länder (Bundeshaushalt: 50 %; ab 2000 33 1/3 %); ab 1992 einschl. neue Bundesländer.

<sup>3</sup> Ab 1993 einschl. neue Bundesländer.

<sup>4</sup> Nur neue Bundesländer.

<sup>5</sup> Finanzierungsschlüssel Bund-Länder 65 : 35.

<sup>6</sup> Ab 2000 wird der Bundesanteil an BAföG-Staatsdarlehen über die DtA bereitgestellt. Der Bund übernimmt Zinszuschüsse und die Erstattung von Darlehensausfällen an die DtA (Soll 2003: 50 Mio. €); Darlehensanteil geschätzt.

<sup>7</sup> Bis 1998 Aufwendungen der gesetzlichen Rentenversicherung aus der Anrechnung von Kindererziehungszeiten und der Erbringung von Kindererziehungsleistungen.

<sup>8</sup> Kindergeld für Anspruchsberechtigte nach § 1 BKGG; Kindergeldnachzahlungen und Kindergeldzuschlag gem. Übergangsregelung in § 19 BKGG.







## Zigarettenschmuggel – eine fast unendliche Geschichte

Die Bekämpfung des Zigarettenschmuggels gehört seit Jahren zu den traditionellen Aufgabenbereichen des Zolls – neben Ermittlungen wegen Subventionsbetruges auf den Gebieten der europäischen Marktordnungsregelungen, der Bekämpfung des Rauschgiftschmuggels sowie der Überwachung der Verbote und Beschränkungen beim Warenverkehr über die Grenzen.

Der Bereich des Schmuggels und Handels mit unversteuerten Zigaretten steht bei den von Betrug und Unregelmäßigkeiten besonders betroffenen Waren EU-weit an vorderer Stelle. So werden die Steuerausfälle pro Jahr auf mehr als 5 Mrd. € geschätzt.

Das zeigen schon die Sicherstellungszahlen: Im Jahre 2002 hat die deutsche Zollverwaltung rund 462 Mio. Stück Zigaretten beschlagnahmt und 7 768 Ermittlungsverfahren eingeleitet. Bei den 2002 eingeleiteten Strafverfahren wurden bisher Schmuggelmengen in der Größenordnung von 1,285 Mrd. Zigaretten ermittelt.

Die Zigarettenschmuggler können große Gewinne realisieren. So bringt der Verkauf von 10 Mio. Zigaretten – das ist der Inhalt eines am Zoll

vorbeigeschmuggelten 40 Fuß-Containers – auf dem Schwarzmarkt Gewinne bis zu ½ Mio. €, denn es werden letztlich rund 1 Mio. € Steuern gespart.

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und politischen Veränderungen in Osteuropa hat sich der Schmuggel mit Zigaretten zu einem bedeutenden Kriminalitätsfeld entwickelt. In der Europäischen Union spielt der Zigarettenschmuggel vor allem auch in Italien, Großbritannien und Spanien eine bedeutende Rolle, wobei der Schmuggel in Italien und Spanien die längste Tradition hat. Die Bekämpfung des international organisierten Schmuggels hat für diese nationalen Zollverwaltungen und für die Kommission der EU höchste Priorität.

In der Zeit vor 1990 gab es in Deutschland quasi keinen nennenswerten Zigarettenschmuggel, abgesehen von kleineren Schmuggeleien an der deutschen Westgrenze sowie unter Ausnutzung der Intershop-Läden in Ost-Berlin.

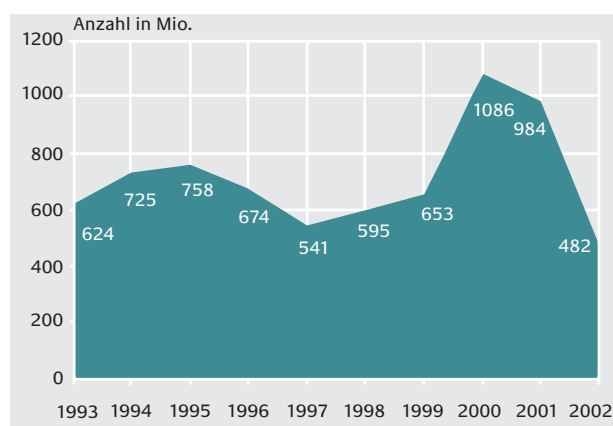
Dies änderte sich schlagartig zu Beginn der 90er Jahre. Der Absatz der Schmuggelzigaretten erfolgte anfangs fast ausschließlich in den neuen Bundesländern vor allem im offenen Straßenhandel über organisierte vietnamesische Verteilerbanden.

Auch heute noch spielen die vietnamesischen Staatsbürger in Deutschland beim illegalen Handel mit Schmuggelzigaretten eine Rolle. Ursächlich dafür ist, dass sich in der Zeit des Zusammenbruchs der DDR etwa 40 000 vietnamesische Vertragsarbeiter in der ehemaligen DDR befanden. Sie waren in ghettoartigen Wohnblocks untergebracht und von der deutschen Bevölkerung weitgehend isoliert.

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands entfiel die Lebensgrundlage für diese Vertragsarbeiter. Sie versuchten, sich neue Verdienstmöglichkeiten zu erschließen und stiegen in großer Zahl in den illegalen Zigarettenhandel ein.

Nachdem 1995 ein deutsch-vietnamesisches Rückübernahme-Abkommen vereinbart wurde,

### Anzahl der beschlagnahmten Zigaretten 1993–2002



konnten etwa 6 000 vietnamesische Staatsangehörige nach Vietnam zurückgeführt werden.

Die Herkunft der un versteuerten Zigaretten war in vielen Fällen offensichtlich: Die Angehörigen der in Auflösung befindlichen Truppen der ehemaligen Sowjetunion hatten nach wie vor ein großzügiges Bezugsrecht für steuerfreie Zigaretten. Das Bezugsrecht wurde in fast allen Fällen in vollem Umfang ausgeschöpft und zum illegalen Handel ausgenutzt. Damit landeten innerhalb kürzester Zeit sehr große Mengen un versteuerten Zigaretten auf dem Markt, so dass deren Beschaffung für Kaufinteressenten unproblematisch war. Den Nachschub und den Handel mit un versteuerten Zigaretten kontrollierten sehr schnell Banden mit mafiosen Strukturen.

Ferner nutzten kriminelle Organisationen Schwachstellen des zollrechtlichen Versandverfahrens, welches die Abwicklung in Europa angesichts anhaltend steigender Ex- und Importe von Waren erleichterte. Üblicherweise waren damals für LKW-Ladungen 50 000 DM Sicherheit zu leisten. Ein voll beladener LKW mit Zigaretten hatte aber einen „Steuerwert“ von ca. 2 Mio. DM.

Die Täter fälschten Zollpapiere mit nachgemachten Zollstempeln oder bestachen Zollbeamte, so dass der Eindruck erweckt wurde, die LKW-Ladung mit den Zigaretten sei exportiert worden; tatsächlich war sie in den Wäldern Ostdeutschlands von vietnamesischen Banden abgeladen und dem illegalen Handel in Deutschland zugeführt worden. Erst nachdem 1995 international abgestimmte Änderungen des Versandrechts umgesetzt waren, verschwand diese Variante.

Als Antwort auf den zunehmend organisierten Zigaretten schmuggel intensivierte der Zollfahndungsdienst seine Aktivitäten. Neben gemeinsamen Operationen mit der Polizei gegen den illegalen Straßenhandel führten die Zollfahndungsämter zunächst regionale Aktionen gegen Händler und Käufer durch. Im Juli 1992 gründete das

ZKA die Sonderkommission „Blauer Dunst“. Hierbei handelte es sich um eine mobile Einheit, die sich ausschließlich der Bekämpfung des illegalen Handels und Schmuggels mit Zigaretten in den neuen Bundesländern widmete.

Durch den Einsatz der SOKO „Blauer Dunst“ machte die Zollfahndung der Bevölkerung ihre Präsenz bei der Bekämpfung der Zigarettenkriminalität mit ihren vielgestaltigen Auswirkungen deutlich. Die SOKO stellte über einen Zeitraum von sechs Jahren ca. 275 Mio. Zigaretten und 740 Kraftfahrzeuge sicher. Nachdem sich das Verhalten der Täter veränderte und sich weg vom offenen Straßenhandel in konspirativere Bereiche verlagerte, wurde die Sonderkommission Ende 1998 aufgelöst.

Die Bekämpfung des Zigaretten schmuggels erfolgt heute durch mehrere Organisationseinheiten. So werden im Bereich der Außengrenzen der Grenzaufsichtsdienst und im Binnenland die mobilen Kontrollgruppen sowie der Steueraufsichtsdienst tätig, während Ermittlungen durch den hierfür zuständigen Zollfahndungsdienst geführt werden.

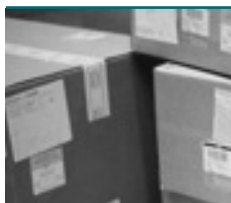
In Berlin ist die Zusammenarbeit zwischen Zollfahndung und Polizei seit 1999 durch eine „Gemeinsame Ermittlungsgruppe Zigaretten“ besonders intensiv ausgestaltet. Diese Ermittlungsgruppe setzt sich aus Vertretern der Polizei Berlin, des Landeskriminalamtes Brandenburg, des Bundesgrenzschutzes und des Zollfahndungsamtes Berlin-Brandenburg zusammen.

Der Zigaretten schmuggel ist kein deutsches Phänomen, sondern vielmehr ein internationales und vor allem ein europäisches. Einer der Gründe sind die höchst unterschiedlichen Steuersätze der verschiedenen Staaten. 2002 wurden 152 Millionen der insgesamt sichergestellten Menge von 462 Millionen bei Aufgriffsmengen von unter 20 000 Stück entdeckt. Diese Zigaretten waren überwiegend für den deutschen Markt bestimmt. Die Grenzzollstellen entdeckten im Reiseverkehr

weitere 24 Millionen Stück Zigaretten, die überwiegend in PKW, Reisebussen, Wohnmobilen sowie im Flugverkehr oder per Bahn eingeschmuggelt wurden.

Eine weitere Million Zigaretten wurde an der grünen Grenze sichergestellt. Im Binnenland stellte die Zollverwaltung 38 Mio. Stück Zigaretten sicher, die auf Umschlagelplätzen, in Lagerhallen und auf Transportwegen im Verteilerbereich gehandelt wurden.

Seit Jahren werden die größten Zigarettenmengen in Großbritannien, Italien, Deutschland und Spanien beschlagnahmt. Dabei ist der Zigaretten-smuggel in Ländern wie Spanien oder Italien schon seit langer Zeit ein etablierter Faktor der dortigen Volkswirtschaften.



Im Vereinigten Königreich wurde die Tabaksteuer erheblich angehoben, eine Schachtel Zigaretten kostet heute bis zu sieben €. Die britischen Ermittlungsbehörden stellen seit der drastischen Erhöhung der Tabaksteuer Jahr für Jahr mehr als eine Milliarde Zigaretten sicher. Deutschland wird dabei in vielen Fällen von den Schmuggelorganisationen als Transitland benutzt. So beschlagnahmt der deutsche Zollfahndungsdienst alljährlich große Mengen Zigaretten, die für die Benelux-Staaten, für skandinavische Länder und vor allem für Großbritannien bestimmt sind. So konnten von den in 2002 insgesamt entdeckten 247 Millionen Stück Zigaretten unter Tarnladungen aufgrund der Zigarettenmarken 173 Millionen Stück eindeutig als für den britischen Schmuggelmarkt bestimmt zugeordnet werden.

Der internationale Zigaretten-smuggel weist heute mehr denn je Erscheinungsformen der Or-

ganisierten Kriminalität auf. Die Organisatoren haben ihren Sitz häufig in Mittel- und Osteuropa, aber auch in der Schweiz und in Zypern. Bevorzugte Abgangsländer für Schmuggelzigaretten unter Tarnladungen waren auch im Jahre 2002 Polen und Litauen.

Als der deutsche Zollfahndungsdienst zu Beginn der 90er Jahre mit dem rapide wachsenden Zigaretten-smuggel konfrontiert wurde, ermittelte er noch vorwiegend gegen Einzeltäter beziehungsweise gegen einzelne Personen. Heute richten sich die Ermittlungen vor allem gegen die Organisationsstrukturen der international operierenden Banden und damit gegen die großen international arbeitenden Schmuggler- und Verteilerstrukturen. Hierzu bedarf es häufig eines sehr hohen Ermittlungsaufwandes. Neben der ständigen internationalen Zusammenarbeit durch Verbindungsbeamte werden befristete, international koordinierte Aktionen gegen den organisierten Zigaretten-smuggel durchgeführt.

Diese Operationen zeichnen sich gegenüber der üblichen Kontrolltätigkeit der Zollbehörden dadurch aus, dass in einem festgelegten Zeitraum international koordinierte, verschärfte Kontrollen in allen teilnehmenden Staaten durchgeführt werden. Ein weiteres charakteristisches Merkmal für diese Sonderkontrollmaßnahmen ist, dass alle Informationen über verdächtige Warenbewegungen, über sichergestellte Waren oder über vorgefundene Verstecke in Beförderungsmitteln an ein Lagezentrum gemeldet werden, das diese Informationen aufnimmt, analysiert und an alle anderen teilnehmenden Staaten weiterleitet. Zudem können alle Teilnehmerstaaten über dieses Lagezentrum nationale und internationale Fahndungssysteme befragen und die von ihnen als verdächtig eingestuften Personen, Firmen und Fahrzeuge auf eventuelle Datenbestände hin überprüfen.

Die Tätergruppierungen haben ihre Schmuggelmethoden immer weiter verbessert und verfügen zur Unterstützung ihrer ohnehin schon

konspirativen Vorgehensweisen über modernstes technisches und kaufmännisches „Know-how“.

Bei den klassisch unter Tarnladungen geschmuggelten Zigarettentransporten handelt es sich entweder um falsch deklarierte Ladungen oder um als „leer“ angemeldete Fahrzeuge. Dabei nutzen die Täter verstärkt den legalen gewerblichen grenzüberschreitenden Warenverkehr und deklarieren die Ladungen als Möbel, als Holzprodukte oder als Textilien, um den Anschein regulärer Warentransporte zu erwecken. Die Versandverfahren werden hinsichtlich der vorgetauschten Ware ordnungsgemäß erledigt, häufig unter Verwendung gefälschter Stempel. Oft werden auch Manipulationen an Zollverschlüssen festgestellt. Wiederholt wurden auch besonders präparierte Fahrzeuge oder Fahrzeugladungen entdeckt, deren Verstecke nicht nur für eine Schmuggelfahrt konstruiert wurden. So wurden z. B. eigens Dämmpaneele aus Stahlblech konstruiert, die auch mehrfach mit Schmuggelzigaretten gefüllt werden konnten.



Die nach Deutschland eingeschmuggelten Zigarettensorten werden sowohl in Deutschland als auch in den übrigen Mitgliedstaaten der EU sowie in Drittländern, und zwar insbesondere in den USA, in Osteuropa oder in asiatischen Ländern produziert. Die sichergestellten Zigarettensorten sind überwiegend unversteuert und unverzollt. Sie werden über bedeutende Handelszentren wie Hamburg oder Antwerpen weitergeleitet und dann häufig vor dem (Rück-) Schmuggel umgepackt, um so die Transportwege zu verschleiern.

Häufig werden auch Zigarettensorten mit offiziellen Steuerbanderolen osteuropäischer Länder sichergestellt, denn die Vermarktung dieser billig versteuerten Ware lohnt sich noch für die Schmugg-

ler, da der Einkaufspreis von versteuerten Zigarettensorten in Osteuropa erheblich unter den regulären Marktpreisen der EU-Länder liegt. Von den unter Tarnladungen eingeschmuggelten und für den deutschen Markt bestimmten Zigarettensorten waren ca. 45 % mit Steuerzeichen – vor allem aus Russland und aus der Ukraine kommend – versehen.

Erwerb, Schmuggel und Absatz von unversteuerten Zigarettensorten werden überwiegend von international operierenden Gruppierungen gesteuert, die arbeitsteilig vorgehen und die ihre jeweiligen Aktionsbereiche innerhalb ihrer Gruppen streng voneinander abschotten. Verantwortliche Drahtzieher des Zigarettenschmuggels und des illegalen Handels mit Zigarettensorten operieren aus dem sicheren Ausland und koordinieren von dort die in Deutschland agierenden Täter. Den anschließenden Vertrieb der eingeschmuggelten Zigarettensorten übernehmen überwiegend osteuropäische oder deutsche Staatsangehörige, zum Teil nach wie vor auch vietnamesische Staatsbürger.

Den ehemals offenen Straßenverkauf findet man heute kaum noch. Wenn überhaupt, dann wird er sehr verdeckt abgewickelt. Häufig wird ein regelrechter Bestellverkauf mit Zustellservice und verdeckter „Lieferung frei Haus“ festgestellt. Die Brennpunkte des illegalen Zigarettensortenshandels finden sich in den Ballungsräumen großer Städte oder in Randbereichen städtischer Regionen wie etwa dem Ruhrgebiet.

In Deutschland werden auch nach wie vor gefälschte Zigarettensorten sichergestellt, die vor allem aus Asien stammen und über Deutschland weiter in andere Länder transportiert werden sollen. Im Jahre 2002 ist der Anteil an gefälschten Zigarettensorten gegenüber dem Vorjahr allerdings zurückgegangen. Ähnliche Erkenntnisse melden auch die Zollbehörden in Frankreich und Großbritannien.

Der Rückgang an sichergestellten Schmuggelzigarettensorten ist nach Auswertung einzelner Aufgriffe auch darauf zurückzuführen, dass die Täter keine großen Mengen Zigarettensorten mehr in Einzel-

transporten versenden. Um ihren finanziellen Verlust im Falle einer Entdeckung zu minimieren, gehen sie vielmehr dazu über, große Partien Schmuggelware zu stückeln und mit noch höherem Aufwand als zuvor zu verstecken.

Zudem meiden die Schmuggler die bisher bekannte Transportroute über Litauen und Polen nach Deutschland, auf der sie sich offenbar einem hohen Entdeckungsrisiko ausgesetzt sehen. Sie benutzen vielmehr bisher weniger bekannte Transportrouten z. B. über Mittelmeeranrainerstaaten.

Zigaretten wurden auf LKW oder auf Schiffen – zeitweilig waren es auch Flugzeuge – aus der EU in Richtung Slowenien ausgeführt. Von dort aus wurden die Zigaretten dann auf dem Seeweg in die Hafenstadt Bar in Montenegro verbracht.

Tatsächlich wurden diese Zigaretten anschließend mit Schnellbooten über die Adria nach Italien eingeschmuggelt und von dort zum Teil wieder in andere Länder der EU weitergeleitet.

Verantwortlich für diesen groß angelegten Schmuggel, vom Ankauf der Export-Zigaretten bis zur Belieferung der Schnellboote auf der Adria, sind Treuhänderfirmen, die hauptsächlich in der Schweiz und in Liechtenstein ansässig sind.

In einem einzigen aktuellen Ermittlungsverfahren, das sich gegen nur einen Treuhänder richtet, wurden inzwischen etwa 20 zwischengeschaltete Tarnfirmen in der Schweiz und in Liechtenstein ermittelt, über die die finanziellen Transaktionen verschleiert wurden.

Die Identifizierung dieser Firmen sowie die Verfolgung der für den Schmuggel eingesetzten Gelder ist äußerst zeitaufwändig. Erforderliche Rechtshilfen dauern wegen der Rechtsmittelmöglichkeiten der Betroffenen sehr lange, unter Umständen ist zwischenzeitlich Verjährung eingetreten.

Die intensivierte Zusammenarbeit der Ermittlungsbehörden sowie ein forciertes Austausch von

Erkenntnissen auf internationaler Ebene haben deutliche Spuren hinterlassen. Einige der Beitrittsländer – so z. B. Litauen – verzeichneten im Jahre 2002 eine Verdreifachung ihrer Aufgriffsmengen. Die Schmuggelware, die vor dem Erreichen der EU-Außengrenze abgefangen wird, ist damit bereits frühzeitig und vor Eintritt in die EU entdeckt.

Im Jahre 2002 beliefen sich die Einnahmen aus der Tabaksteuer auf 13,77 Mrd. €; sie lagen damit um 13,9 % höher als im Vorjahr. Insgesamt wurden gegenüber dem Vorjahr 1,8 % mehr (145 Milliarden) Zigaretten mit Steuerzeichen bezogen.

Trotz der erzielten Erfolge bei der Bekämpfung des Zigaretten Schmuggels rechnet der Zollfahndungsdienst nicht mit einer spürbaren Entspannung, sondern angesichts der beschlossenen Erhöhung der Tabaksteuer sowie der Erweiterung der EU im kommenden Jahr eher mit einer Verschärfung der Lage. Solange bei den Käufern unversteuerten Zigaretten ein Unrechtsbewusstsein fehlt und solange der Zigaretten Schmuggel als Kavaliersdelikt betrachtet wird, bleibt der Nährboden für dieses Kriminalitätsfeld erhalten.

Auch anhaltend steigende Handelsströme erschweren die damit schwieriger werdenden Kontrollmöglichkeiten im grenzüberschreitenden Warenverkehr sowie den Kampf gegen den international organisierten Zigaretten Schmuggel. Folgende Zahlen sprechen für sich: 2002 wurden alleine 140 Mio. PKW und 9,2 Mio. LKW an den deutschen Drittlandsgrenzen gezählt. An großen Autobahnzollämtern wird im Durchschnitt alle 75 Sekunden ein LKW zollrechtlich komplett abgefertigt. Im Hamburger Hafen werden im Durchschnitt täglich 10 000 Container umgeschlagen und der Flughafen Frankfurt am Main hat ein tägliches Passagieraufkommen von mehr als 130 000 Reisenden sowie ein Frachtaufkommen von täglich rund 5 000 Tonnen.

Die ständige Ausweitung des internationalen Verkehrsaufkommens nutzen die Organisationen zum Einfuhrschmuggel. Es bleibt schwierig, diese

Strukturen entscheidend und dauerhaft zu zerschlagen. Die Gewinnmöglichkeiten sind so erheblich, dass einzelne Rückschläge durchaus zu verkraften sind. Auffällig gewordene Mitglieder der Tätergruppierungen werden schnell nachbesetzt und die bestehenden Strukturen werden weiterhin zur Begehung von Straftaten, auch andere als dem Zigarettenschmuggel, genutzt. Die Drahtzieher im Hintergrund machen hohe Gewinne, die sie in weitere kriminelle Aktivitäten investieren oder die sie mit Hilfe von Geldwäsche in den legalen Wirtschaftskreislauf zu bringen versuchen.

Vornehmliche Aufgabe des Zollfahndungsdienstes ist die Bekämpfung der mittleren und schweren Zollkriminalität sowie der Organisier-

ten Kriminalität. Dabei ist die Abschöpfung der kriminell erlangten Vermögenswerte von besonderer Bedeutung. Sie treffen den Lebensnerv der organisierten Verbrecher. Damit liegt der Fokus des Zollfahndungsdienstes bei der Bekämpfung des Zigarettenschmuggels weniger auf einer kurzfristigen Steigerung der absoluten Sicherstellungszahlen an geschmuggelten Zigaretten in Deutschland. Vielmehr ist beabsichtigt, mit Hilfe der anhängigen Ermittlungsverfahren die Strukturen der international operierenden Schmuggelorganisationen zu identifizieren und zu analysieren, damit die Warenströme an geschmuggelten Zigaretten in die Staaten der EU zu unterbinden sowie die vorhandenen Verteilerstrukturen zu zerschlagen.



# Das Controlling-Projekt im Bundesministerium der Finanzen

Von Dr. Marc Hansmann, Kienbaum Management Consultants GmbH und Dr. Michael Kemper, Bundesministerium der Finanzen

1	Controlling-Ansatz des BMF	63
2	Das Zielesystem des BMF	63
2.1	Aufbau des Zielesystems	63
2.2	Leitbild	64
3	Starke Umsetzungsorientierung	65

## 1 Controlling-Ansatz des BMF

„Wer nicht weiß, wohin er möchte, wird auch nirgendwo ankommen.“ (Lewis Carroll, Alice im Wunderland)

Controlling hat als Steuerungsinstrument dann Erfolg, wenn es einer klaren, strategischen Ausrichtung folgt. Diese Ausrichtung hat sich das BMF durch ein Leitbild gegeben, das zu Beginn des Controlling-Projektes innerhalb von drei Monaten erarbeitet wurde. Controlling im BMF meint das Steuern in den Leitbildkategorien und zielt auf die langfristige Umsetzung des Leitbildes. Die Kosten- und Leistungsrechnung ist in das neue Steuerungssystem des BMF integriert. Sie ist nicht ein Synonym für Controlling, sondern ein Informationsinstrument des Controlling. Die Ziele weisen den Weg. Das Controlling dient der Navigation zum Ziel, während die Kosten- und Leistungsrechnung den zurückgelegten Weg und die dabei verbrauchten Ressourcen misst.

Mit diesem Ansatz und seiner konsequenten Umsetzung baut das BMF ein spezifisch auf seine Bedürfnisse zugeschnittenes Controlling-System auf. Nach mittlerweile drei Jahren Projektlaufzeit haben mehr als 80 % der Organisationseinheiten des Hauses ihre Ziele definiert und ca. 1800 Beschäftigte buchen regelmäßig ihre

Arbeitszeit auf die Produkte der Kosten- und Leistungsrechnung. Bis Ende diesen Jahres wird Controlling flächendeckend im BMF eingeführt sein.

In diesem Artikel wird beschrieben,

- wie das Zielesystem des BMF aufgebaut ist
- und in welchen Schritten das Controlling umgesetzt wird.

## 2 Das Zielesystem des BMF

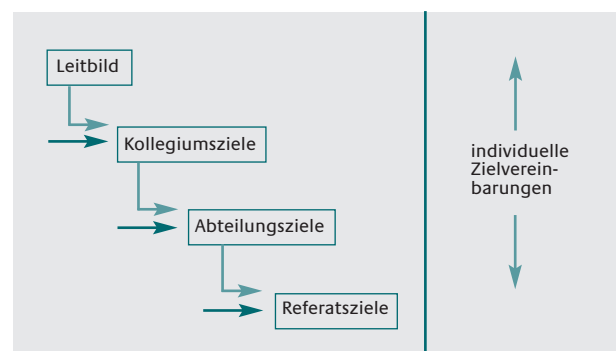
Die Ziele der Arbeit, unterschiedliche Zielvorstellungen und Zielkonflikte werden transparent und entschieden. Das stellt Anforderungen an die Führungskräfte aller Ebenen, aber auch an die Beschäftigten.

### 2.1 Aufbau des Zielesystems

Das Leitbild stellt im Zielprozess den Rahmen für die Ziele der verschiedenen Hierarchieebenen dar. Unter dem Leitbild stehen die Kollegiumsziele, also die Ziele des Ministers und seiner Staatssekretäre. Die Kollegiumsziele dienen zur strategischen Ausrichtung des Hauses.

Die nächsten beiden Zielebenen sind die Abteilungen und die Referate. Die Referate – als unterste Arbeitseinheit – leiten ihre Zielsetzungen nicht ausschließlich von der Abteilungsebene ab, sondern definieren auch eigene Ziele. Das wird durch die horizontalen Pfeile in Abbildung 1 verdeutlicht. Der Prozess der Zieldefinitionen

### Abb. 1: Aufbau des Zielesystems



zwischen den Hierarchieebenen verläuft top-down und bottom-up. Die endgültige Fassung der Abteilungsziele wird auf einer zweitägigen Klausurtagung von der Abteilungsleitung und den Referatsleiter/innen erarbeitet.

Die operativen Ziele sollen messbar sein. Das Messen der Zielerreichung und das Gespräch über die Ergebnisse erhöhen die Verbindlichkeit der Zielsetzung. Für die ministerielle Arbeit machen quantitative Messgrößen häufig wenig Sinn. Hier kann mit der Selbsteinschätzung der für das Ziel verantwortlichen Arbeitseinheit gearbeitet werden. Ziele zur Mitarbeiterzufriedenheit und zum Thema „Führung und Steuerung“ werden in Form einer jährlichen Mitarbeiterbefragung gemessen.

Individuelle Zielvereinbarungen ergänzen das Zielesystem und werden zwischen den Beschäftigten und ihren direkten Vorgesetzten geschlossen, sind aber nicht Gegenstand des Controlling.

## 2.2 Leitbild

Die Einbettung in ein an Zielen ausgerichtetes Controlling-System ermöglicht die systematische

Umsetzung des Leitbilds. Die Ziele jeder Organisationseinheit des BMF untergliedern sich in die in Abbildung 2 gezeigten fünf Leitbildkategorien:

Das Leitbild stellt den Bereich „Führung und Steuerung“ ins Zentrum. Das ist einleuchtend; denn ein ausgefeiltes Zielesystem würde nichts nützen, wenn niemand steuern will. Das Leitbild fordert, dass die Führungskräfte „den Führungsauftrag auf allen Ebenen annehmen und erfüllen“. Weiter heißt es im Leitbild: „In der Wahrnehmung von Führungsaufgaben sind wir den Zielen der Auftragserfüllung, der Adressatenorientierung, der Wirtschaftlichkeit und der Mitarbeiterzufriedenheit in besonderem Maße verpflichtet.“ Das sind die Bereiche, in denen gesteuert werden soll. Es geht also nicht einseitig um Kostenreduzierung, wie das sonst häufig bei Controlling-Projekten der Fall ist.

Vielmehr will das Bundesministerium der Finanzen

- die bereits hohe Qualität der Auftragserfüllung steigern,
- die Orientierung an den externen und internen Adressaten fördern,
- die Wirtschaftlichkeit heben und
- die Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhöhen.

### Abb. 2: Struktur des BMF-Leitbildes



Stand bisher fast ausschließlich die Auftrags-erfüllung im Mittelpunkt, soll zukünftig mit Hilfe eines austarierten Zielesystems gesteuert werden. Natürlich sind zwischen den Zielbereichen Konflikte möglich. Diese werden innerhalb des Zielesystems ausgeglichen. Im Übrigen sind die Zielkonflikte nicht so grundsätzlich, wie gemeinhin angenommen. So besteht zwischen der Wirtschaftlichkeit und der Mitarbeiterzufriedenheit nicht zwangsläufig ein Zielkonflikt. Die Mitarbeiterzufriedenheit ist in unwirtschaftlich arbeitenden Verwaltungseinheiten niedrig, da nicht zielführende, nur der Bürokratie geschuldete oder gar Doppel-Arbeiten frustrieren. Zweifellos sinkt die Mitarbeiterzufriedenheit auch, wenn der Arbeitsdruck zu groß wird und die



Beschäftigten berechnete Qualitätsansprüche zurückstellen müssen. Das austarierte Zielesystem soll dabei helfen, den Mittelweg zu finden. Dies ist im Kern das Konzept einer so genannten Balanced Scorecard, angepasst an die Bedürfnisse der öffentlichen Verwaltung.

### 3 Starke Umsetzungsorientierung

Die Umsetzbarkeit ist es, die über die Qualität eines Controllingkonzepts entscheidet. Diese Umsetzung ist im BMF weit fortgeschritten. Im Roll-out fehlt nur noch eine Abteilung. In welchen Schritten Controlling konkret umgesetzt wird, verdeutlicht Abbildung 3.

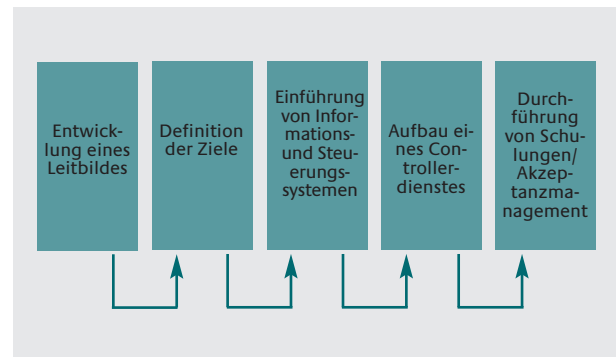
Die ersten beiden Schritte – die Entwicklung des Leitbilds und die Definition der Ziele – sind bereits beschrieben worden. Die damit verbundenen Reflexions-, Diskussions- und Entscheidungsprozesse werden allgemein begrüßt. Zur Nachhaltigkeit dieser Prozesse sind erforderlich:

#### – Informations- und Steuerungssysteme

Um die Messergebnisse zur Zielerreichung festhalten und dokumentieren zu können, wurde ein eigens für das BMF entwickeltes Ziele-Management-System eingeführt. Dieses IT-System ist Web-basiert, kann also über das Intranet aufgerufen werden. Es wird bedient von den Controllern und von einem Beschäftigten je Referat. Die Führungskräfte haben jederzeit Zugriff auf die standardisierten Berichte über den Stand der Zielerfüllung.

Die regelmäßige Messung des Stands der Zielerreichung wird kombiniert mit der Abbildung des Ressourcenverbrauchs. Diese Informationen liefert die Kosten- und Leistungsrechnung, die mit SAP-Software umgesetzt wird. Um Datenfriedhöfe zu vermeiden, wird darauf geachtet, dass die Anzahl von Produkten überschaubar bleibt und die Informationen tatsächlich steuerungsrelevant sind.

### Abb. 3: Schritte zur Umsetzung des Controllingkonzepts



#### – Controller-Dienst

Der Controller-Dienst setzt sich zusammen aus dem Zentralcontrolling, das direkt beim Amtschef angesiedelt ist, und einem direkt dem Abteilungsleiter unterstellten Controller je Abteilung. Die Aktivitäten der mittlerweile in allen Abteilungen ernannten Abteilungscontroller werden im regelmäßig tagenden Controller-Kreis koordiniert.

Die Beratung der Führungskräfte ist die Kernaufgabe der Controller. Dabei ist das Berichtswesen von zentraler Bedeutung. Ein so genanntes Controller-Tool hilft den Abteilungscontrollern, die Berichte individuell für die Führungskräfte ihrer Abteilung zu gestalten und auszuwerten. Ferner sollen die Controller den Prozess der Zieldefinitionen moderieren und die Ursachen eventueller Zielabweichungen analysieren. Die Controller gewährleisten zudem den Betrieb des Ziele-Management-Systems, der Kosten- und Leistungsrechnung und der IT.

#### – Schulungen und Akzeptanzmanagement

Die Schulungen der Führungskräfte und Controller spielen eine zentrale Rolle für die Nachhaltigkeit des Steuerungssystems. Zum einen geht es um die inhaltliche Vermittlung der Controlling-Themen. Zum anderen leisten

die Schulungen einen wichtigen Beitrag zur Akzeptanz des Controlling-Systems.

Das Akzeptanzmanagement erschöpft sich jedoch nicht in Schulungen. Mit regelmäßigen Informationsveranstaltungen und einem umfassenden Intranetauftritt werden die Beschäftigten über den Stand des Projekts informiert. So werden dort u. a. alle Ziele- und Produktkataloge veröffentlicht. Neben dieser Transparenz ist es der sehr arbeitsintensive Projektansatz, der zur Akzeptanz führt: Das Projektteam definiert mit jeder Arbeitseinheit deren jeweilige Ziele und Produkte in ein- bis zweitägigen Workshops und dies in doppelter Besetzung. Ein BMF-Mitglied des Projektteams tritt immer in Verbin-

dung mit einem Berater auf. Das interne Mitglied kennt die Abläufe im BMF, während der Berater umfassende Controlling-Kenntnisse einbringt. Bei den Workshops herrscht stets eine Klausuratsphäre, damit die Referate und Abteilungen ihre Ziele und Produkte abseits des Tagesgeschäfts ohne Zeitdruck definieren können.

Die intensive Akzeptanzarbeit legt die Grundlagen für ein funktionierendes Controlling-System. So umgesetzt, wird Controlling im BMF nachhaltig wirken und nicht bloß eine Modewelle der Verwaltungsreform sein.

Kontakt: [marc.hansmann@kienbaum.de](mailto:marc.hansmann@kienbaum.de) und [michael.kemper@bmf.bund.de](mailto:michael.kemper@bmf.bund.de)



## Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	70
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	90
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	94



# Statistiken und Dokumentationen

## Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1	Kreditmarktmittel des Bundes nach Eingliederung der Sondervermögen	70
2	Gewährleistungen	71
3	Bundeshaushalt 1998 bis 2003	71
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1999 bis 2003	72
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2003	74
6	Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1997 bis 2003	78
7	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2003	80
8	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	82
9	Entwicklung der öffentlichen Schulden	83
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	84
11	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	85
12	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	86
13	Steuerquote im internationalen Vergleich	87
14	Abgabenquote im internationalen Vergleich	88
15	Entwicklung der EU-Haushalte von 1998 bis 2003	89

## Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1	Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2003 im Vergleich zum Jahressoll 2003	90
2	Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2003	90
3	Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder Ende des Monats April 2003	91
4	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder Ende des Monats April 2003	92

## Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	94
2	Preise	94
3	Außenwirtschaft	95
4	Einkommensverteilung	95
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	96
6	Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	97
7	Arbeitslosenzahlen im internationalen Vergleich	98
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern	99
9	Entwicklung von DAX und Dow Jones	100
10	Übersicht Weltfinanzmärkte	101

# Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Kreditmarktmittel nach Eingliederung der Sondervermögen<sup>1</sup>

### I. Schuldenart

	Stand: 30. April 2003 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand: 31. Mai 2003 <sup>*</sup> Mio. €
Anleihen	440 362	2 000	0	442 362
Bundesobligationen	138 609	7 000	7 669	137 939
Bundesschatzbriefe	15 457	127	1 172	14 412
Bundesschatzanweisungen	82 306	5 000	0	87 306
Unverzinsliche Schatzanweisungen	28 740	4 919	4 444	29 215
Finanzierungsschätze	1 322	63	115	1 271
Schuldscheindarlehen	32 977	565	968	32 574
Medium Term Notes Treuhand	368	0	0	368
<b>Gesamte umlaufende Schuld</b>	<b>740 141</b>			<b>745 447</b>

### II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 30. April 2003 Mio. €	Stand: 31. Mai 2003 <sup>*</sup> Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	145 542	142 665
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	237 505	237 002
langfristig (mehr als 4 Jahre)	357 093	365 781
<b>Gesamte umlaufende Schuld</b>	<b>740 141</b>	<b>745 447</b>

\* Vorläufig.

<sup>1</sup> Unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen Erblastenteilungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle und Bundeseisenbahnvermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999.

## 2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2003 in Mrd. €	Ausnutzung am 31. März 2003 in Mrd. €	Ausnutzung am 31. März 2002 in Mrd. €
Ausfuhr	117,0	103,0	102,7
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	33,3
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschafts- bereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	41,9	28,2	27,8
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	98,0	51,3	70,0

## 3 Bundeshaushalt 1998 bis 2003

### Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	1998 Ist	1999 Ist	2000 Ist Mrd. €	2001 Ist	2002 Ist	2003 Soll
Ermittlung des Finanzierungssaldos						
<b>1. Ausgaben</b>	<b>233,6</b>	<b>246,9</b>	<b>244,4</b>	<b>243,1</b>	<b>249,3</b>	<b>248,2</b>
Veränderung gegen Vorjahr in %	3,4	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	- 0,4
<b>2. Einnahmen</b>	<b>204,7</b>	<b>220,6</b>	<b>220,5</b>	<b>220,2</b>	<b>216,6</b>	<b>228,9</b>
Veränderung gegen Vorjahr in %	5,8	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	5,7
darunter:						
Steuereinnahmen	174,6	192,4	198,8	193,8	192,0	203,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	3,1	10,2	3,3	- 2,5	- 0,9	5,9
<b>3. Finanzierungsdefizit</b>	<b>- 28,9</b>	<b>- 26,2</b>	<b>- 23,9</b>	<b>- 22,9</b>	<b>- 32,7</b>	<b>- 19,3</b>
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
<b>4. Bruttokreditaufnahme (-)</b>	<b>124,4</b>	<b>144,1</b>	<b>149,7</b>	<b>130,0</b>	<b>175,3</b>	<b>206,4</b>
<b>5. Tilgungen (+)</b>	<b>95,5</b>	<b>118,0</b>	<b>125,9</b>	<b>107,2</b>	<b>143,4</b>	<b>187,6</b>
<b>6. Nettokreditaufnahme</b>	<b>- 28,9</b>	<b>- 26,1</b>	<b>- 23,8</b>	<b>- 22,8</b>	<b>- 31,9</b>	<b>- 18,9</b>
<b>7. Münzeinnahmen</b>	<b>- 0,1</b>	<b>- 0,1</b>	<b>- 0,1</b>	<b>- 0,1</b>	<b>- 0,9</b>	<b>- 0,4</b>
<b>8. Finanzierungsdefizit in % der Ausgaben</b>	<b>- 28,9 12,4</b>	<b>- 26,2 10,6</b>	<b>- 23,9 9,8</b>	<b>- 22,9 9,4</b>	<b>- 32,7 13,1</b>	<b>- 19,3 7,8</b>
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	29,2	28,6	28,1	27,3	24,1	26,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	1,3	- 2,0	- 1,7	- 3,1	- 11,7	10,8
darunter:						
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,6	3,6	3,6	3,6	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.  
Stand: März 2003.

## 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1999 bis 2003

Ausgabeart	1999 Ist	2000 Ist	2001 Ist Mio. €	2002 Soll	2002 Ist	2003 Soll
<b>Ausgaben der laufenden Rechnung</b>						
<b>Personalausgaben</b>	<b>26 963</b>	<b>26 517</b>	<b>26 807</b>	<b>27 132</b>	<b>26 986</b>	<b>27 028</b>
Aktivitätsbezüge	20 705	20 275	20 440	20 620	20 498	20 485
Ziviler Bereich	8 387	8 196	8 414	8 374	8 469	8 415
Militärischer Bereich	12 318	12 079	12 026	12 246	12 028	12 070
Versorgung	6 258	6 242	6 367	6 513	6 488	6 563
Ziviler Bereich	2 555	2 572	2 598	2 591	2 605	2 515
Militärischer Bereich	3 703	3 670	3 770	3 922	3 883	4 048
<b>Laufender Sachaufwand</b>	<b>20 432</b>	<b>20 822</b>	<b>18 503</b>	<b>16 069</b>	<b>17 058</b>	<b>17 323</b>
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 655	1 641	1 619	1 592	1 643	1 518
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 750	7 335	7 985	7 331	8 155	8 059
Sonstiger laufender Sachaufwand	11 028	11 846	8 899	7 147	7 260	7 747
<b>Zinsausgaben</b>	<b>41 087</b>	<b>39 149</b>	<b>37 627</b>	<b>38 887</b>	<b>37 063</b>	<b>37 885</b>
an andere Bereiche	41 087	39 149	37 627	38 887	37 063	37 885
Sonstige	41 087	39 149	37 627	38 887	37 063	37 885
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	41 042	39 104	37 582	38 841	37 019	37 840
an Ausland	3	3	3	4	3	4
<b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b>	<b>129 156</b>	<b>126 846</b>	<b>132 359</b>	<b>143 443</b>	<b>143 514</b>	<b>139 596</b>
an Verwaltungen	16 311	16 106	13 257	14 859	14 936	15 521
Länder	5 568	5 650	5 580	5 921	6 062	6 324
Gemeinden	242	194	241	221	236	181
Sondervermögen	10 499	10 259	7 435	8 715	8 635	9 014
Zweckverbände	2	2	2	2	2	2
an andere Bereiche	112 845	110 740	119 102	128 584	128 578	124 075
Unternehmen	13 484	13 271	16 674	16 865	16 253	16 135
Renten, Unterstützungen u. Ä. an natürliche Personen	24 305	21 455	20 668	22 451	22 319	19 551
an Sozialversicherung	71 651	72 590	78 143	85 511	86 276	84 577
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	749	746	672	783	814	777
an Ausland	2 652	2 674	2 940	2 965	2 911	3026
an Sonstige	5	4	5	5	5	10
<b>Summe Ausgaben der laufenden Rechnung</b>	<b>217 639</b>	<b>213 333</b>	<b>215 296</b>	<b>225 532</b>	<b>224 622</b>	<b>221 853</b>
<b>Ausgaben der Kapitalrechnung<sup>1</sup></b>						
<b>Sachinvestitionen</b>	<b>7 110</b>	<b>6 732</b>	<b>6 905</b>	<b>6 803</b>	<b>6 746</b>	<b>6 840</b>
Baumaßnahmen	5 976	5 580	5 551	5 586	5 358	5 301
Erwerb von beweglichen Sachen	819	779	882	787	960	981
Grunderwerb	314	373	473	430	427	557
<b>Vermögensübertragungen</b>	<b>17 831</b>	<b>19 506</b>	<b>17 085</b>	<b>14 351</b>	<b>14 550</b>	<b>16 117</b>
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	17 225	16 579	16 509	13 905	13 959	15 717
an Verwaltungen	10 275	10 011	9 496	5 980	6 336	8 151
Länder	10 166	9 925	9 431	5 878	6 268	5 528
Gemeinden und Gemeindeverbände	109	86	65	102	68	80
Sondervermögen	0	0	0	0	0	2 543
an andere Bereiche	6 950	6 568	7 013	7 924	7 623	7 566
Sonstige – Inland	5 074	4 729	5 370	6 028	5 819	5 650
Ausland	1 876	1 839	1 643	1 897	1 803	1 917
Sonstige Vermögensübertragungen	606	2 926	577	446	592	400
an Verwaltungen	– 6	0	0	0	0	0
Länder	– 6	0	0	0	0	0
an andere Bereiche	611	2 926	577	446	592	400
Unternehmen – Inland	222	101	167	0	44	0
Sonstige – Inland	186	2 542	183	196	351	169
Ausland	203	284	227	250	196	231



## 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1999 bis 2003

Ausgabeart	1999 Ist	2000 Ist	2001 Ist Mio. €	2002 Soll	2002 Ist	2003 Soll
<b>Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen</b>	<b>4 290</b>	<b>4 835</b>	<b>3 859</b>	<b>4 334</b>	<b>3 369</b>	<b>4 104</b>
Darlehensgewährung	3 661	4 205	3 185	3 699	2 729	3 554
an Verwaltungen	487	197	166	147	154	101
Länder	485	195	166	147	154	101
Gemeinden	1	1	0	1	0	0
an andere Bereiche	3 174	4 008	3 019	3 552	2 574	3 452
Sonstige Inland (auch Gewährleistungen)	1 981	2 998	1 841	2 564	1 543	2 452
Ausland	1 194	1 010	1 178	988	1 031	1 000
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	629	630	674	634	640	551
Inland	1	19	24	52	53	8
Ausland	628	611	651	583	587	542
<b>Summe Ausgaben der Kapitalrechnung<sup>1</sup></b>	<b>29 231</b>	<b>31 072</b>	<b>27 850</b>	<b>25 487</b>	<b>24 664</b>	<b>27 061</b>
<b>Globale Mehr-/Minderausgaben</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1 481</b>	<b>0</b>	<b>- 714</b>
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>246 869</b>	<b>244 405</b>	<b>243 145</b>	<b>252 500</b>	<b>249 286</b>	<b>248 200</b>
<sup>1</sup> Darunter: Investive Ausgaben	28 625	28 146	27 273	25 041	24 073	26 661

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2003

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
<b>0 Allgemeine Dienste</b>	<b>48 490</b>	<b>44 417</b>	<b>24 735</b>	<b>13 491</b>	<b>0</b>	<b>6 191</b>
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	8 473	8 097	3 991	1 391	0	2 715
02 Auswärtige Angelegenheiten	5 710	2 827	471	111	0	2 244
03 Verteidigung	28 337	27 951	16 118	11 015	0	818
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 644	2 372	1 720	631	0	21
05 Rechtsschutz	317	295	220	67	0	8
06 Finanzverwaltung	3 008	2 876	2 215	275	0	385
<b>1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>11 343</b>	<b>8 307</b>	<b>459</b>	<b>664</b>	<b>0</b>	<b>7 184</b>
13 Hochschulen	2 170	1 106	7	4	0	1 094
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 229	1 229	0	0	0	1 229
15 Sonstiges Bildungswesen	438	352	9	76	0	268
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	6 832	5 360	443	578	0	4 339
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	674	260	1	6	0	254
<b>2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolge- aufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>107 355</b>	<b>106 439</b>	<b>160</b>	<b>365</b>	<b>0</b>	<b>105 914</b>
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosen- versicherung	82 177	82 177	0	0	0	82 177
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohl- fahrtspflege u. Ä.	6 407	6 397	0	0	0	6 397
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	4 638	4 395	0	241	0	4 153
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	12 773	12 630	43	52	0	12 535
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	112	112	0	0	0	112
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 249	729	117	72	0	540
<b>3 Gesundheit und Sport</b>	<b>1 037</b>	<b>765</b>	<b>209</b>	<b>369</b>	<b>0</b>	<b>187</b>
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	464	440	110	273	0	57
312 Krankenhäuser und Heilstätten	0	0	0	0	0	0
319 Übrige Bereiche aus 31	464	440	110	273	0	57
32 Sport	133	82	0	4	0	78
33 Umwelt- und Naturschutz	214	142	64	39	0	40
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	227	100	35	53	0	12
<b>4 Wohnungswesen, Städtebau, Raum- ordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>1 893</b>	<b>839</b>	<b>2</b>	<b>5</b>	<b>0</b>	<b>832</b>
41 Wohnungswesen	1 393	796	0	2	0	794
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	2	2	0	2	0	0
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	54	41	2	0	0	38
44 Städtebauförderung	443	0	0	0	0	0
<b>5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>1 210</b>	<b>640</b>	<b>25</b>	<b>124</b>	<b>0</b>	<b>491</b>
52 Verbesserung der Agrarstruktur	802	302	0	2	0	300
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	157	157	0	57	0	99
533 Gasölverbilligung	0	0	0	0	0	0
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	157	157	0	57	0	99
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	252	282	25	65	0	92
<b>6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>10 278</b>	<b>4 745</b>	<b>47</b>	<b>383</b>	<b>0</b>	<b>4 314</b>
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	367	342	0	239	0	103
621 Kernenergie	103	103	0	0	0	103
622 Erneuerbare Energieformen	0	0	0	0	0	0
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	264	239	0	239	0	0
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	2 931	2 912	0	5	0	2 907
64 Handel	92	92	0	58	0	34
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	4 582	1 094	0	0	0	1 094
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	6 861	1 373	47	55	0	1 270

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2003

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>1</sup>	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehensge- währung, Erwerb von Beteiligungen	<sup>1</sup> Darunter: Investive Ausgaben
<b>0 Allgemeine Dienste</b>	<b>4 072</b>	<b>1 121</b>	<b>1 408</b>	<b>1 543</b>	<b>4 027</b>
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	376	374	1	0	376
02 Auswärtige Angelegenheiten	2 884	51	1 291	1 542	2 880
03 Verteidigung	386	271	115	0	345
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	272	272	0	0	272
05 Rechtsschutz	22	22	0	0	22
06 Finanzverwaltung	132	131	1	1	132
<b>1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>3 035</b>	<b>115</b>	<b>2 920</b>	<b>0</b>	<b>3 035</b>
13 Hochschulen	1 064	1	1 063	0	1 064
14 Förderung von Schülern, Studenten	0	0	0	0	0
15 Sonstiges Bildungswesen	86	14	72	0	86
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	1 472	100	1 372	0	1 472
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	414	0	413	0	414
<b>2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>916</b>	<b>13</b>	<b>899</b>	<b>4</b>	<b>565</b>
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	0	0	0	0	0
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	10	0	10	0	10
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	244	3	239	2	12
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	143	3	137	3	23
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	0	0	0	0	0
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	520	7	513	0	520
<b>3 Gesundheit und Sport</b>	<b>272</b>	<b>162</b>	<b>110</b>	<b>0</b>	<b>269</b>
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	24	15	9	0	24
312 Krankenhäuser und Heilstätten	0	0	0	0	0
319 Übrige Bereiche aus 31	24	15	9	0	24
32 Sport	50	0	50	0	50
33 Umwelt- und Naturschutz	71	29	42	0	69
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	126	118	8	0	126
<b>4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>1 054</b>	<b>0</b>	<b>943</b>	<b>110</b>	<b>1 054</b>
41 Wohnungswesen	597	0	487	110	597
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	0	0	0	0	0
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	14	0	14	0	14
44 Städtebauförderung	443	0	443	0	443
<b>5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>570</b>	<b>11</b>	<b>557</b>	<b>2</b>	<b>570</b>
52 Verbesserung der Agrarstruktur	500	0	500	0	500
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	0	0	0	0	0
533 Gasölverbilligung	0	0	0	0	0
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	0	0	0	0	0
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	70	11	57	2	70
<b>6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>5 533</b>	<b>1</b>	<b>3 532</b>	<b>2 000</b>	<b>5 533</b>
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	25	0	25	0	25
621 Kernenergie	0	0	0	0	0
622 Erneuerbare Energieformen	0	0	0	0	0
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	25	0	25	0	25
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	19	0	19	0	19
64 Handel	0	0	0	0	0
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	3 488	0	3 488	0	3 488
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	5 489	1	3 488	2 000	5 489

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2003

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
<b>7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>10 291</b>	<b>3 188</b>	<b>1 043</b>	<b>1 518</b>	<b>0</b>	<b>627</b>
72 Straßen	6 900	907	0	760	0	147
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 368	680	459	184	0	37
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personen- nahverkehr	336	1	0	0	0	1
75 Luftfahrt	153	152	45	8	0	99
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 157	1 072	540	196	0	336
<b>8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sonder- vermögen</b>	<b>16 303</b>	<b>11 797</b>	<b>27</b>	<b>181</b>	<b>0</b>	<b>11 589</b>
81 Wirtschaftsunternehmen	10 303	5 880	27	33	0	5 820
832 Eisenbahnen	4 341	90	0	0	0	90
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	5 962	5 789	27	33	0	5 730
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 999	5 917	0	149	0	5 769
873 Sondervermögen	5 769	5 769	0	0	0	5 769
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	231	149	0	149	0	0
<b>9 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>40 001</b>	<b>40 715</b>	<b>340</b>	<b>222</b>	<b>37 885</b>	<b>2 269</b>
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	2 268	2 268	0	0	0	2 268
92 Schulden	37 924	37 924	0	39	37 885	0
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	– 191	523	340	183	0	1
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>	<b>248 200</b>	<b>221 853</b>	<b>27 048</b>	<b>17 323</b>	<b>37 885</b>	<b>139 596</b>

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2003

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>1</sup>	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehensge- währung, Erwerb von Beteiligungen	<sup>1</sup> Darunter: Investive Ausgaben
<b>7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>7 103</b>	<b>5 329</b>	<b>1 773</b>	<b>1</b>	<b>7 103</b>
72 Straßen	5 994	4 562	1 431	1	5 994
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	688	688	0	0	688
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personen- verkehr	335	0	335	0	335
75 Luftfahrt	1	1	0	0	1
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	86	78	7	0	86
<b>8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sonder- vermögen</b>	<b>4 506</b>	<b>88</b>	<b>3 974</b>	<b>444</b>	<b>4 505</b>
81 Wirtschaftsunternehmen	4 424	22	3 958	444	4 424
832 Eisenbahnen	4 251	0	3 853	398	4 251
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	173	22	105	46	173
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	82	66	16	0	81
873 Sondervermögen	0	0	0	0	0
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	82	66	16	0	81
<b>9 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	0	0	0	0	0
92 Schulden	0	0	0	0	0
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	0	0	0	0	0
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>	<b>27 061</b>	<b>6 840</b>	<b>16 117</b>	<b>4 104</b>	<b>26 661</b>

## 6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1997 bis 2003<sup>1</sup>

	1997	1998	1999	2000	2001 <sup>4</sup>	2002 <sup>4</sup>	2003 <sup>4</sup>
	Mrd. €						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt<sup>2,3</sup></b>							
Ausgaben	571,0	580,6	597,2	597,8	603,3	609	618
Einnahmen	522,8	551,8	570,3	564,0	556,0	548	566
Finanzierungssaldo	- 48,1	- 28,8	- 26,9	- 33,7	- 47,3	- 61	- 52
darunter:							
Bund							
Ausgaben	226,0	233,6	246,9	244,4	243,1	249,3	248
Einnahmen	193,5	204,7	220,6	220,5	220,2	216,6	228 <sup>1/2</sup>
Finanzierungssaldo	- 32,4	- 28,9	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 19 <sup>1/2</sup>
Länder (West)							
Ausgaben	186,3	188,3	190,1	193,6	200,1	200	205 <sup>1/2</sup>
Einnahmen	173,9	179,3	186,3	187,9	179,0	177	186
Finanzierungssaldo	- 12,4	- 8,9	- 3,9	- 5,7	- 21,2	- 23	- 19 <sup>1/2</sup>
Gemeinden (West)							
Ausgaben	116,2	115,7	117,5	119,8	122,7	124	125
Einnahmen	114,2	118,3	119,8	121,6	119,3	118	118
Finanzierungssaldo	- 2,0	2,6	2,4	1,8	- 3,4	- 6	- 7
Länder (Ost)							
Ausgaben	61,3	61,1	61,1	60,8	60,1	61	64
Einnahmen	54,2	55,8	56,6	56,5	55,7	53 <sup>1/2</sup>	59
Finanzierungssaldo	- 7,1	- 5,3	- 4,4	- 4,4	- 4,4	- 7 <sup>1/2</sup>	- 4 <sup>1/2</sup>
Gemeinden (Ost)							
Ausgaben	27,7	26,8	26,3	25,3	25,2	25	27
Einnahmen	26,9	26,3	26,1	25,5	24,7	24	26
Finanzierungssaldo	- 0,8	- 0,4	- 0,2	0,1	- 0,5	- <sup>1/2</sup>	- 1
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>							
Ausgaben	•	1,7	2,9	0,1	0,9	1	1 <sup>1/2</sup>
Einnahmen	•	5,5	3,4	- 1,1	- 1,4	- 1 <sup>1/2</sup>	3
darunter:							
Bund							
Ausgaben	- 3,0	3,4	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	- <sup>1/2</sup>
Einnahmen	0,4	5,8	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	5 <sup>1/2</sup>
Länder (West)							
Ausgaben	•	1,1	1,0	1,8	3,4	0	2 <sup>1/2</sup>
Einnahmen	•	3,1	3,9	0,9	- 4,7	- 1	5
Gemeinden (West)							
Ausgaben	•	- 0,4	1,5	2,0	2,5	1	1
Einnahmen	•	3,6	1,3	1,5	- 1,9	- 1	- 0
Länder (Ost)							
Ausgaben	•	- 0,3	- 0,1	- 0,4	- 1,2	1	5
Einnahmen	•	3,0	1,5	- 0,3	- 1,4	- 4	11
Gemeinden (Ost)							
Ausgaben	•	- 3,2	- 1,9	- 3,5	- 0,7	- 1	7 <sup>1/2</sup>
Einnahmen	•	- 2,1	- 1,0	- 2,3	- 3,2	- 2	7 <sup>1/2</sup>

## 6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1997 bis 2003<sup>1</sup>

	1997	1998	1999	2000	2001 <sup>4</sup>	2002 <sup>4</sup>	2003 <sup>4</sup>
	Mrd. €						
	Anteil in %						
<b>Finanzierungssaldo</b>							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 2,6	- 1,5	- 1,4	- 1,7	- 2,3	- 3	- 2½
darunter:							
Bund	- 1,7	- 1,5	- 1,3	- 1,2	- 1,1	- 1,6	- 1
Länder (West)	- 0,7	- 0,5	- 0,2	- 0,3	- 1,0	- 1	- 1
Gemeinden (West)	- 0,1	0,1	0,1	0,1	- 0,2	- ½	- ½
Länder (Ost)	- 0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- ½	- 0
Gemeinden (Ost)	- 0,0	- 0,0	- 0,0	0,0	- 0,0	- 0	- 0
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 8,4	- 5,0	- 4,5	- 5,6	- 7,8	- 10	- 8½
darunter:							
Bund	- 14,4	- 12,4	- 10,6	- 9,8	- 9,4	- 13,1	- 8
Länder (West)	- 6,7	- 4,8	- 2,0	- 3,0	- 10,6	- 11½	- 9½
Gemeinden (West)	- 1,8	2,2	2,0	1,5	- 2,8	- 5	- 5½
Länder (Ost)	- 11,6	- 8,7	- 7,2	- 7,2	- 7,3	- 12	- 7
Gemeinden (Ost)	- 2,8	- 1,7	- 0,7	0,6	- 1,9	- 2½	- 3
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	30,5	30,1	30,2	29,4	29,1	29	28½
darunter:							
Bund	12,1	12,1	12,5	12,0	11,7	11,8	11½
Länder (West)	10,0	9,8	9,6	9,5	9,7	9½	9½
Gemeinden (West)	6,2	6,0	5,9	5,9	5,9	6	6
Länder (Ost)	3,3	3,2	3,1	3,0	2,9	3	3
Gemeinden (Ost)	1,5	1,4	1,3	1,2	1,2	1	1

<sup>1</sup> 2003: Soll-Eckwerte und Nachtragshaushalt des Bundes. <sup>2</sup> Mit LAF, ERP, EU, FDE, Entschädigungsfonds, ELF, BEV, Versorgungsrücklage des Bundes und Fonds „Aufbauhilfe“, <sup>3</sup> Ohne Krankenhäuser, <sup>4</sup> 2001: Ist; 2002: Ist Bund; 2003 = Schätzung. Stand: März 2003.

## 7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2003

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
Ist-Ergebnisse										
<b>I. Gesamtübersicht</b>										
<b>Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>42,1</b>	<b>80,2</b>	<b>140,8</b>	<b>148,2</b>	<b>194,4</b>	<b>205,4</b>	<b>218,4</b>	<b>233,9</b>	<b>240,9</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	2,4	5,2	.	5,7	6,3	7,1	3,0
<b>Einnahmen</b>	Mrd.€	<b>42,6</b>	<b>63,3</b>	<b>122,4</b>	<b>137,9</b>	<b>169,8</b>	<b>178,2</b>	<b>198,3</b>	<b>199,7</b>	<b>215,1</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	- 0,7	12,7	.	5,0	11,3	0,7	7,7
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd.€	<b>0,6</b>	<b>- 16,9</b>	<b>- 18,4</b>	<b>- 10,3</b>	<b>- 24,6</b>	<b>- 27,2</b>	<b>- 20,1</b>	<b>- 34,2</b>	<b>- 25,9</b>
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 18,1	- 9,8	- 23,9	- 26,6 <sup>2</sup>	- 19,7	- 33,8	- 25,6
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,7	- 0,6	- 0,4	- 0,4	- 0,3
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>										
<b>Personalausgaben</b>	Mrd.€	<b>6,6</b>	<b>13,0</b>	<b>20,5</b>	<b>21,1</b>	<b>22,1</b>	<b>24,9</b>	<b>26,3</b>	<b>27,0</b>	<b>26,9</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	2,1	3,0	4,5	12,8	5,7	2,4	- 0,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,6	14,3	11,4	12,1	12,1	11,5	11,2
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4</sup>	%	24,3	21,5	18,7	18,8	.	16,7	16,0	15,7	14,8
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd.€	<b>1,1</b>	<b>2,7</b>	<b>16,5</b>	<b>16,4</b>	<b>17,5</b>	<b>20,3</b>	<b>22,4</b>	<b>23,4</b>	<b>27,1</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	4,0	- 0,6	6,7	15,7	10,6	4,5	15,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	11,7	11,1	9,0	9,9	10,3	10,0	11,3
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4</sup>	%	35,1	35,9	53,5	52,6	.	51,4	43,5	44,9	46,6
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>7,2</b>	<b>13,1</b>	<b>17,1</b>	<b>18,5</b>	<b>20,1</b>	<b>31,4</b>	<b>33,7</b>	<b>33,3</b>	<b>31,3</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	0,4	8,4	8,4	56,7	7,0	- 1,1	- 6,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	12,1	12,5	10,3	15,3	15,4	14,2	13,0
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4</sup>	%	34,4	35,4	33,8	34,5	.	37,3	34,7	35,3	34,0
<b>Steuereinnahmen<sup>1</sup></b>	Mrd.€	<b>40,2</b>	<b>61,0</b>	<b>112,6</b>	<b>126,4</b>	<b>132,3</b>	<b>162,5</b>	<b>180,4</b>	<b>182,0</b>	<b>193,8</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	1,5	12,2	4,7	22,8	11,0	0,9	6,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	80,0	85,3	68,1	79,1	82,6	77,8	80,4
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	92,0	91,6	77,9	91,2	91,0	91,2	90,1
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen <sup>4</sup>	%	54,0	49,2	45,1	46,2	.	48,0	48,2	47,4	48,3
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd.€	<b>- 0,0</b>	<b>- 15,3</b>	<b>- 18,1</b>	<b>- 9,8</b>	<b>- 23,9</b>	<b>- 26,6</b>	<b>- 19,7</b>	<b>- 33,8</b>	<b>- 25,6</b>
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,9	6,6	.	12,9	9,0	14,5	10,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	106,0	53,1	.	84,6	58,7	101,7	81,9
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4,5</sup>	%	0,0	55,8	63,6	57,2	.	39,6	33,6	47,4	47,2
<b>Nachrichtlich: Schuldenstand<sup>4</sup></b>										
öffentliche Haushalte <sup>3</sup>	Mrd.€	59,2	129,4	459,6	472,8	536,2	595,9	680,8	766,5	841,1
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	225,2	242,9	250,8	277,2	299,6	310,2	350,4

<sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Übergangsfinanzierung von 4,8 Mrd. €.

<sup>3</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>4</sup> Stand Februar 2003; 2002 vorläufiges Ist, 2003 = Schätzung

<sup>5</sup> Für 2002 und 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo



## 7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2003

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Ist-Ergebnisse										Soll
<b>I. Gesamtübersicht</b>										
<b>Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>237,6</b>	<b>232,9</b>	<b>225,9</b>	<b>233,6</b>	<b>246,9</b>	<b>244,4</b>	<b>243,1</b>	<b>249,3</b>	<b>248,2</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,4	- 2,0	- 3,0	3,4	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	- 0,4
<b>Einnahmen</b>	Mrd.€	<b>211,7</b>	<b>192,8</b>	<b>193,5</b>	<b>204,7</b>	<b>220,6</b>	<b>220,5</b>	<b>220,2</b>	<b>216,6</b>	<b>228,9</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,5	- 9,0	0,4	5,8	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	5,7
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd.€	<b>- 25,8</b>	<b>- 40,1</b>	<b>- 32,5</b>	<b>- 28,9</b>	<b>- 26,2</b>	<b>- 23,9</b>	<b>- 22,9</b>	<b>- 32,7</b>	<b>- 19,3</b>
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 25,6	- 40,0	- 32,6	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 18,9
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,2	- 0,1	0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,4
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>										
<b>Personalausgaben</b>	Mrd.€	<b>27,1</b>	<b>27,0</b>	<b>26,8</b>	<b>26,7</b>	<b>27,0</b>	<b>26,5</b>	<b>26,8</b>	<b>27,0</b>	<b>27,0</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	0,5	- 0,1	- 0,7	- 0,7	1,2	- 1,7	1,1	0,7	0,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,4	11,6	11,9	11,4	10,9	10,8	11,0	10,8	10,9
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4</sup>	%	14,4	14,3	16,2	16,1	16,1	15,8	15,9	15,7	15,5
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd.€	<b>25,4</b>	<b>26,0</b>	<b>27,3</b>	<b>28,7</b>	<b>41,1</b>	<b>39,1</b>	<b>37,6</b>	<b>37,1</b>	<b>37,9</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 6,2	2,3	4,9	5,2	43,1	- 4,7	- 3,9	- 1,5	2,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,7	11,2	12,1	12,3	16,6	16,0	15,5	14,9	15,3
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4</sup>	%	38,7	39,0	40,6	42,1	58,9	58,2	56,8	55,9	55,7
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>34,0</b>	<b>31,2</b>	<b>28,8</b>	<b>29,2</b>	<b>28,6</b>	<b>28,1</b>	<b>27,3</b>	<b>24,1</b>	<b>26,7</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,8	- 8,3	- 7,6	1,3	- 2,0	- 1,7	- 3,1	- 11,7	10,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,3	13,4	12,8	12,5	11,6	11,5	11,2	9,7	10,7
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4</sup>	%	37,0	36,1	35,2	35,5	35,7	35,5	34,2	33,1	33,7
<b>Steuereinnahmen<sup>1</sup></b>	Mrd.€	<b>187,2</b>	<b>173,1</b>	<b>169,3</b>	<b>174,6</b>	<b>192,4</b>	<b>198,8</b>	<b>193,8</b>	<b>192,0</b>	<b>203,3</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 3,4	- 7,5	- 2,2	3,1	10,2	3,3	- 2,5	- 0,9	5,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	78,8	74,3	74,9	74,7	77,9	81,3	79,7	77,0	81,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,4	89,8	87,5	85,3	87,2	90,1	88,0	88,7	88,8
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>4</sup>	%	44,9	42,3	41,5	41,0	42,5	42,5	43,4	43,6	43,7
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd.€	<b>- 25,6</b>	<b>- 40,0</b>	<b>- 32,6</b>	<b>- 28,9</b>	<b>- 26,1</b>	<b>- 23,8</b>	<b>- 22,8</b>	<b>- 31,9</b>	<b>- 18,9</b>
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,8	17,2	14,4	12,4	10,6	9,7	9,4	12,8	7,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	75,3	128,3	113,0	98,8	91,2	84,4	83,7	132,4	70,9
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4,5</sup>	%	51,2	70,4	64,3	88,6	82,3	81,0	57,9	52,2	36,3
<b>Nachrichtlich: Schuldenstand<sup>4</sup></b>										
öffentliche Haushalte <sup>3</sup>	Mrd.€	1 010,4	1 070,4	1 119,1	1 153,4	1 183,1	1 198,2	1 203,9	1 252,5	1 302,5
darunter: Bund	Mrd.€	364,3	385,7	426,0	488,0	708,3	715,6	697,3	719,4	738,0

<sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Übergangsfinanzierung von 4,8 Mrd. €.

<sup>3</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>4</sup> Stand Februar 2003; 2002 vorläufiges Ist, 2003 = Schätzung

<sup>5</sup> Für 2002 und 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo

## 8 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten<sup>1</sup>

(Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1971	23,9	36,5	22,6	34,2
1972	23,6	36,8	23,6	35,7
1973	24,7	38,7	24,1	37,0
1974	24,6	39,2	23,9	37,4
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1976	24,2	40,4	23,4	38,9
1977	25,1	41,2	24,5	39,8
1978	24,6	40,5	24,4	39,4
1979	24,4	40,4	24,3	39,3
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,4	39,6	22,5	38,8
1992	22,8	40,4	23,2	40,0
1993	22,9	41,1	23,2	40,6
1994	22,9	41,5	23,1	40,8
1995	22,5	41,3	23,1	41,2
1996	22,9	42,3	22,3	40,9
1997	22,6	42,3	21,8	40,4
1998 <sup>3</sup>	23,1	42,4	22,1	40,2
1999 <sup>3</sup>	24,2	43,2	22,9	40,8
2000 <sup>3</sup>	24,6	43,2	23,0	40,7
2001 <sup>3</sup>	23,0	41,5	21,6	39,1
2002 <sup>4</sup>	22,6	41,0	21	38 1/2
2003 <sup>4</sup>	23 1/2	42	21 1/2	39

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>3</sup> Vorläufige Ergebnisse; Stand: Februar 2003.

<sup>4</sup> Schätzung; Stand: Februar 2003.

## 9 Entwicklung der öffentlichen Schulden

	2000	2001	2002 <sup>5</sup>	2003 <sup>5</sup>
Schulden (Mrd. €) <sup>1</sup>				
Öffentliche Haushalte insgesamt <sup>2</sup>	1 198,2	1 203,9	1 252 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	1 302 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Bund	715,6	697,3	719,4	738
Länder (West) <sup>3</sup>	278,4	299,8	323	343 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Länder (Ost) <sup>3</sup>	54,8	57,9	62	66
Gemeinden (West) <sup>4</sup>	67,3	67,0	70	73 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Gemeinden (Ost) <sup>4</sup>	15,6	15,6	16 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	17
Sonderrechnungen	58,3	59,1	59,2	61
Schulden in % der Gesamt-Schulden				
Bund	59,7	57,9	57 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	56 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Länder (West) <sup>3</sup>	23,2	24,9	26	26 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Länder (Ost) <sup>3</sup>	4,6	4,8	5	5
Gemeinden (West) <sup>4</sup>	5,6	5,6	5 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	5 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Gemeinden (Ost) <sup>4</sup>	1,3	1,3	1 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	1 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Sonderrechnungen	4,9	4,9	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Schulden in % des BIP				
Öffentliche Haushalte insgesamt <sup>2</sup>	59,0	58,1	59 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	60
Bund	35,3	33,7	34,1	34
Länder (West) <sup>3</sup>	13,7	14,5	15 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	16
Länder (Ost) <sup>3</sup>	2,7	2,8	3	3
Gemeinden (West) <sup>4</sup>	3,3	3,2	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Gemeinden (Ost) <sup>4</sup>	0,8	0,8	1	1
Sonderrechnungen	2,9	2,9	2,8	3
Maastricht-Kriterium „Schuldenstand“ in % des BIP	60,2	59,5	61	61 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>

<sup>1</sup> Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).

<sup>2</sup> Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Gemeindeverbände, Sonderrechnungen, Zweckverbände.

<sup>3</sup> Länder (West) einschließlich Berlin, Länder (Ost) ohne Berlin.

<sup>4</sup> Ohne Schulden der Krankenhäuser und Eigenbetriebe.

<sup>5</sup> Stand: Februar 2003

Stand: März 2003

## 10 Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1, 2</sup>

Jahr	Steueraufkommen			Anteile am Steueraufkommen insgesamt	
	insgesamt	davon		Direkte Steuern	Indirekte Steuern
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern		
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1971	88,2	47,8	40,4	54,2	45,8
1972	100,7	56,2	44,5	55,8	44,2
1973	114,9	67,0	48,0	58,3	41,7
1974	122,5	73,7	48,8	60,2	39,8
1975	123,7	72,8	51,0	58,8	41,2
1976	137,1	82,2	54,8	60,0	40,0
1977	153,1	95,0	58,1	62,0	38,0
1978	163,2	98,1	65,0	60,1	39,9
1979	175,3	102,9	72,4	58,7	41,3
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003 <sup>2</sup>	449,8	215,0	234,8	47,8	52,2
2004 <sup>2</sup>	464,3	225,3	239,0	48,5	51,5
2005 <sup>2</sup>	468,7	224,9	243,8	48,0	52,0
2006 <sup>2</sup>	492,1	243,6	248,5	49,5	50,5
2007 <sup>2</sup>	510,8	257,1	253,7	50,3	49,7

<sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind:  
Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (vom 01.07.1992 bis 31.12.1994); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

<sup>2</sup> Steuerschätzung vom 13. bis 15. Mai 2003.

Stand: Mai 2003

## 11 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden

Land	in % des BIP						Projektion		
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004
Deutschland <sup>1</sup>	- 2,9	- 1,2	- 2,1	- 3,5	- 1,4	- 2,8	- 3,6	- 3,4	- 2,9
Belgien	- 8,6	- 8,9	- 5,4	- 4,3	0,1	0,2	0,1	- 0,2	- 0,1
Dänemark	- 3,2	- 2,0	- 1,0	- 2,3	2,6	2,9	2,0	1,8	2,1
Griechenland	- 2,6	- 11,6	- 15,9	- 10,2	- 1,9	- 1,9	- 1,2	- 1,1	- 1,0
Spanien	- 2,5	- 6,2	- 4,2	- 6,6	- 0,9	- 0,1	- 0,1	- 0,4	- 0,1
Frankreich	0,0	- 2,8	- 1,5	- 5,5	- 1,4	- 1,6	- 3,1	- 3,7	- 3,5
Irland	- 11,6	- 10,2	- 2,2	- 2,1	4,3	1,1	- 0,3	- 0,6	- 0,9
Italien	- 8,7	- 12,5	- 11,0	- 7,6	- 2,9	- 2,6	- 2,3	- 2,3	- 3,1
Luxemburg	- 0,4	6,3	4,7	2,1	6,1	6,4	2,6	- 0,2	- 1,2
Niederlande	- 4,1	- 3,5	- 4,9	- 4,2	1,5	0,1	- 1,1	- 1,6	- 2,4
Österreich	- 1,7	- 2,4	- 2,4	- 5,3	- 1,9	0,3	- 0,6	- 1,1	- 0,4
Portugal	- 8,4	- 10,1	- 4,9	- 5,5	- 3,1	- 4,2	- 2,7	- 3,5	- 3,2
Finnland	3,3	2,8	5,3	- 3,9	6,9	5,1	4,7	3,3	3,0
Schweden	- 3,9	- 3,7	4,0	- 7,4	3,4	4,5	1,3	0,8	0,2
Vereinigtes Königreich	- 3,4	- 2,9	- 0,9	- 5,8	1,5	0,8	- 1,3	- 2,5	- 2,5
Euro-Zone	- 3,4	- 4,9	- 4,4	- 5,1	- 1,0	- 1,6	- 2,2	- 2,5	- 2,4
EU-15	- 3,4	- 4,5	- 3,5	- 5,2	- 0,3	- 0,9	- 1,9	- 2,3	- 2,2
Japan	- 4,3	- 0,8	2,8	- 4,7	- 7,4	- 6,1	- 6,7	- 7,0	- 7,0
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,4	- 3,1	1,5	- 0,5	- 3,3	- 4,8	- 4,6

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: „Europäische Wirtschaft“ Nr. 4/2003, (Herausgeber EU-Kommission).

Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2003 (ohne UMTS-Erlöse). [Ab 1995 nach ESA 95].

2000 bis 2001: Ist-Zahlen; 2002 bis 2004: aktuelle Projektion der EU-Kommission.

<sup>1</sup> Nationale Berechnungen für Deutschland 2002: - 3,6 %; Projektion für 2003: - 2,8 % [Stand März 2003].

Stand: April 2003

## 12 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP								
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004
Deutschland	31,7	41,7	43,5	57,0	60,2	59,5	60,8	62,7	63,0
Belgien	78,6	122,3	129,2	134,0	109,6	108,5	105,3	102,7	98,9
Dänemark	36,5	70,0	57,8	69,3	47,4	45,4	45,2	42,7	39,9
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	106,2	107,0	104,9	101,0	97,0
Spanien	16,8	42,3	43,6	63,9	60,5	56,9	54,0	52,5	50,5
Frankreich	19,8	30,8	35,1	54,6	57,2	56,8	59,1	61,8	63,1
Irland	75,2	109,6	101,5	82,7	39,3	36,8	33,3	33,3	33,3
Italien	58,2	81,9	97,2	123,2	110,6	109,5	106,7	106,0	104,7
Luxemburg	9,3	9,7	4,4	5,6	5,6	5,6	5,3	4,1	3,4
Niederlande	46,0	70,1	77,0	77,2	55,8	52,8	52,6	52,4	52,8
Österreich	36,2	49,2	57,2	69,2	66,8	67,3	68,7	68,5	66,8
Portugal	32,3	61,5	58,3	64,3	53,3	55,6	58,1	59,4	60,2
Finnland	11,5	16,2	14,3	57,1	44,5	43,8	42,7	42,3	41,4
Schweden	40,3	62,4	42,3	73,6	52,8	54,4	52,6	50,9	49,5
Vereinigtes Königreich	53,2	52,7	34,0	51,8	42,1	38,9	38,4	39,0	39,8
Euro-Zone	34,9	52,4	58,6	73,0	70,2	69,2	69,2	69,9	69,6
EU-15	38,0	53,2	54,4	70,2	64,1	62,9	62,7	63,5	63,2
Japan	k. A.	67,7	64,6	80,4	135,7	144,8	154,4	162,4	168,6
USA	k. A.	59,0	66,6	74,5	57,7	57,7	59,2	61,5	62,0

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: „Europäische Wirtschaft“ Nr. 4/2003(Herausgeber EU-Kommission). Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2003. Für USA und Japan: IWF „Weltwirtschaftsausblick“ Nr. 73, April 2003.

k. A. – keine Angaben.

Stand: April 2003

## 13 Steuerquote im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern in % des BIP						
	1970	1980	1985	1990	1995	2000	2001 <sup>2</sup>
Deutschland <sup>3,4</sup>	22,4	24,3	23,4	22,7	23,1	23,0	21,6
Deutschland <sup>3</sup>	22,5	24,6	23,6	22,3	23,3	23,1	21,7
Belgien	24,7	30,2	31,2	28,8	29,9	31,5	31,1
Dänemark	37,7	43,2	45,7	45,7	47,8	46,5	46,8
Finnland	29,0	29,2	33,1	35,1	32,6	34,9	33,9
Frankreich	21,7	23,3	24,8	24,0	25,2	29,0	28,9
Griechenland	15,7	16,2	18,4	20,5	21,9	26,4	29,4
Irland	26,4	26,9	29,9	28,5	28,0	26,8	24,9
Italien	16,2	18,9	22,5	26,1	28,2	30,0	29,6
Japan	15,5	17,8	18,9	21,4	17,7	17,2	–
Kanada	27,9	27,5	28,2	31,6	30,7	30,7	30,0
Luxemburg	17,2	28,5	33,0	29,8	30,8	31,0	30,8
Niederlande	23,2	27,0	23,8	26,9	24,4	25,3	25,6
Norwegen	28,9	33,7	34,3	30,8	31,8	31,2	35,7
Österreich	25,8	27,5	28,6	27,2	26,5	28,8	30,7
Portugal	14,7	17,0	19,7	21,3	23,7	25,6	–
Schweden	33,0	33,8	36,4	39,0	33,7	39,0	37,3
Schweiz	17,2	20,1	20,5	20,6	20,8	23,7	22,6
Spanien	10,2	11,9	16,3	21,4	21,0	22,8	22,6
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	31,0	30,7	28,7	31,2	31,0
Vereinigte Staaten	23,2	21,1	19,5	19,8	20,7	22,7	–

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

<sup>2</sup> Vorläufig.

<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

<sup>4</sup> In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2000, Paris 2001.

Stand: November 2002.

## 14 Abgabenquote im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP						
	1970	1980	1985	1990	1995	2000	2001 <sup>2</sup>
Deutschland <sup>3,4</sup>	33,5	39,7	39,2	38,0	41,2	40,7	39,1
Deutschland <sup>3</sup>	32,3	37,5	37,2	35,7	38,2	37,9	36,4
Belgien	34,5	42,4	45,6	43,2	44,6	45,6	45,3
Dänemark	39,2	43,9	47,4	47,1	49,4	48,8	49,0
Finnland	31,9	36,2	40,1	44,8	45,0	46,9	46,3
Frankreich	34,1	40,6	43,8	43,0	44,0	45,3	45,4
Griechenland	22,4	24,2	28,6	29,3	31,7	37,8	40,8
Irland	28,8	31,4	35,0	33,5	32,7	31,1	29,2
Italien	26,1	30,4	34,4	38,9	41,2	42,0	41,8
Japan	20,0	25,1	27,2	30,1	27,7	27,1	–
Kanada	30,8	30,7	32,6	35,9	35,6	35,8	35,2
Luxemburg	24,9	40,2	44,8	40,8	42,0	41,7	42,4
Niederlande	35,8	43,6	42,6	43,0	41,9	41,4	39,9
Norwegen	34,5	42,7	43,3	41,8	41,5	40,3	44,9
Österreich	34,6	39,8	41,9	40,4	41,6	43,7	45,7
Portugal	19,4	24,1	26,6	29,2	32,5	34,5	–
Schweden	38,7	47,5	48,5	53,6	47,6	54,2	53,2
Schweiz	22,5	28,9	30,2	30,6	33,1	35,7	34,5
Spanien	16,3	23,1	27,8	33,2	32,8	35,2	35,2
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	37,7	36,8	34,8	37,4	37,4
Vereinigte Staaten	27,7	27,0	26,1	26,7	27,6	29,6	–

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

<sup>2</sup> Vorläufig.

<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

<sup>4</sup> In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2000, Paris 2001.

Stand: November 2002.



## 15 Entwicklung der EU-Haushalte von 1998 bis 2003

	1998	1999	2000	2001	2002	2003
<b>Ausgabenseite</b>						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	80,71	80,31	83,44	79,99	95,66	97,50
davon:						
Agrarpolitik	38,81	39,78	40,51	41,53	44,26	44,78
Strukturpolitik	28,37	26,66	27,59	22,46	32,13	33,17
Interne Politiken	4,88	4,47	5,37	5,30	6,16	6,20
Externe Politiken	4,07	4,59	3,84	4,23	4,67	4,84
Verwaltungsausgaben	4,22	4,51	4,74	4,86	5,18	5,36
Reserven	0,27	0,30	0,19	0,21	0,68	0,43
Ausgleichszahlungen/Vorbeitritt	0,10	0,00	1,20	1,40	2,60	2,71
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	0,6	- 0,5	3,9	- 4,1	19,6	1,9
davon:						
Agrarpolitik	- 4,5	2,5	1,8	2,5	6,6	1,2
Strukturpolitik	8,9	- 6,0	3,5	- 18,6	43,1	3,2
Interne Politiken	- 1,0	8,4	20,1	- 1,3	16,2	0,6
Externe Politiken	2,0	12,8	- 16,3	10,2	10,4	3,6
Verwaltungsausgaben	2,2	6,9	5,1	2,5	6,6	3,5
Reserven	- 6,9	11,1	- 36,7	10,5	223,8	- 36,8
Ausgleichszahlungen/Vorbeitritt	- 52,4	- 100,0		16,7	85,7	- 4,2
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	48,1	49,5	48,5	51,9	46,3	45,9
Strukturpolitik	35,2	33,2	33,1	28,1	33,6	34,0
Interne Politiken	6,0	5,6	6,4	6,6	6,4	6,4
Externe Politiken	5,0	5,7	4,6	5,3	4,9	5,0
Verwaltungsausgaben	5,2	5,6	5,7	6,1	5,4	5,5
Reserven	0,3	0,4	0,2	0,3	0,7	0,4
Ausgleichszahlungen/Vorbeitritt	0,1	0,0	1,4	1,8	2,7	2,8
<b>Einnahmenseite</b>						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	84,53	86,90	92,72	94,28	95,66	97,50
davon:						
Zölle	12,16	11,71	13,11	12,83	10,30	10,71
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,95	2,15	2,16	1,82	1,42	1,43
MwSt-Eigenmittel	33,09	31,33	35,19	30,69	22,60	24,12
BSP-Eigenmittel	35,03	37,51	37,58	34,46	46,60	59,40
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	4,9	2,8	6,7	1,7	1,5	1,9
davon:						
Zölle	- 0,7	- 3,7	12,0	- 2,1	- 19,7	4,0
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,0	10,3	0,5	- 15,7	- 22,0	0,7
MwSt-Eigenmittel	- 3,7	- 5,3	12,3	- 12,8	- 26,4	6,7
BSP-Eigenmittel	30,3	7,1	0,2	- 8,3	35,2	27,5
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	14,4	13,5	14,1	13,6	10,8	11,0
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,3	2,5	2,3	1,9	1,5	1,5
MwSt-Eigenmittel	39,1	36,1	38,0	32,6	23,6	24,7
BSP-Eigenmittel	41,4	43,2	40,5	36,6	48,7	60,9

**Bemerkungen:**

1998 bis 2001 Ist-Angaben gemäß EU-Haushaltsrechnung und ERH-Jahresbericht.

2002 Sollansatz gemäß EU-Haushalt einschließlich Nachtragshaushalte Nr. 1 bis 5/2002.

2003 Sollansatz gemäß EU-Haushalt.

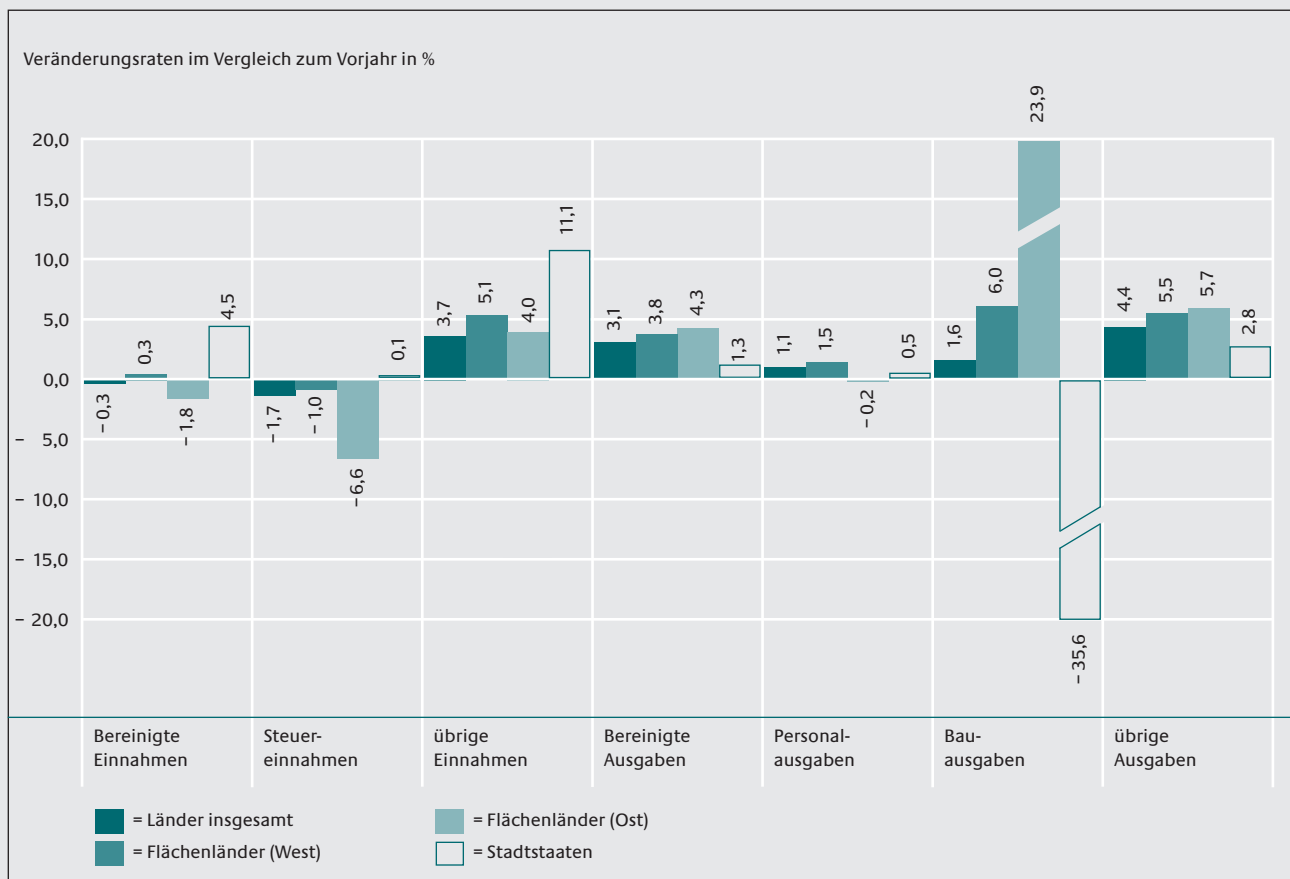
Stand: Februar 2003.

# Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

## 1 Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2003 im Vergleich zum Jahressoll 2003

in Mio. €	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
<b>Bereinigte Einnahmen</b>	<b>163 663</b>	<b>46 408</b>	<b>51 569</b>	<b>12 650</b>	<b>28 838</b>	<b>8 575</b>	<b>238 070</b>	<b>65 788</b>
darunter:								
Steuereinnahmen	127 604	35 945	23 896	6 672	16 750	4 964	168 249	47 580
übrige Einnahmen	36 059	10 463	27 673	5 978	12 088	3 611	69 820	18 208
<b>Bereinigte Ausgaben</b>	<b>176 686</b>	<b>58 734</b>	<b>54 789</b>	<b>16 880</b>	<b>34 906</b>	<b>12 156</b>	<b>260 381</b>	<b>85 925</b>
darunter:								
Personalausgaben	71 329	24 682	13 799	4 560	11 911	4 240	97 039	33 483
Bausausgaben	2 621	539	1 953	340	802	144	5 376	1 023
übrige Ausgaben	102 736	33 513	39 037	11 980	22 193	7 772	157 966	51 419
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>- 13 018</b>	<b>- 12 326</b>	<b>- 3 220</b>	<b>- 4 230</b>	<b>- 6 049</b>	<b>- 3 581</b>	<b>- 22 286</b>	<b>- 20 137</b>

## 2 Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2003



### 3 Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder Ende des Monats April 2003; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	April 2002			März 2003			April 2003		
		Bund	Länder <sup>3</sup>	Ins-gesamt	Bund	Länder <sup>3</sup>	Ins-gesamt	Bund	Länder <sup>3</sup>	Ins-gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>59 795</b>	<b>65 974</b>	<b>121 097</b>	<b>40 855</b>	<b>51 714</b>	<b>89 591</b>	<b>59 595</b>	<b>65 788</b>	<b>121 307</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	51 138	48 411	99 549	36 195	37 386	73 581	49 754	47 580	97 333
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	50 244 <sup>4</sup>	17 322	67 566	51 335 <sup>4</sup>	26 038	77 373	63 633 <sup>4</sup>	29 472	93 105
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>88 631</b>	<b>83 380</b>	<b>167 339</b>	<b>72 440</b>	<b>66 439</b>	<b>135 901</b>	<b>92 032</b>	<b>85 925</b>	<b>173 881</b>
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	8 899	33 114	42 013	7 075	25 903	32 977	9 192	33 483	42 675
122	Bauausgaben	997	1 006	2 003	674	649	1 323	987	1 023	2 010
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	603	603	–	– 128	– 128	–	– 132	– 132
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	46 948	13 248	60 196	42 389	13 423	55 812	58 397	16 530	74 927
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>– 28 836</b>	<b>– 17 406</b>	<b>– 46 241</b>	<b>– 31 586</b>	<b>– 14 724</b>	<b>– 46 310</b>	<b>– 32 437</b>	<b>– 20 137</b>	<b>– 52 574</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	122	122	–	531	531	–	1 080	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	29	29	–	58	58	–	58	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	93	93	–	474	474	–	1 022	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshaupthasse/Landeshaupthasse <sup>2</sup>	3 298	3 437	6 735	9 112	12 162	21 274	7 477	12 094	19 570
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	– 2 958	– 2 958	–	– 3 899	– 3 899	–	– 3 757	– 3 757
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	– 1 150	– 1 150	–	– 1 425	– 1 425	–	– 1 751	– 1 751
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	16 880	6 284	23 164	12 843	7 159	20 002	7 252	7 661	14 914
32	Vorschüsse	–	8 356	8 356	–	9 141	9 141	–	9 690	9 690
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	–	9 474	9 474	–	7 321	7 321	–	7 489	7 489
34	Saldo (31–32+33)	16 880	7 402	24 282	12 843	5 338	18 181	7 252	5 461	12 713
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 8 657	– 10 582	– 19 240	– 9 631	– 2 074	– 11 705	– 17 708	– 7 067	– 24 775
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	8 657	9 598	18 255	9 631	4 263	13 894	17 708	7 816	25 523
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	188	188	–	119	119	–	51	51
56	Zusammen	8 657	9 786	18 443	9 631	4 382	14 013	17 708	7 867	25 574
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	– 797	– 797	0	2 308	2 308	0	799	799
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit	–	2 106	2 106	–	1 367	1 367	–	1 409	1 409
72	Nicht zum Bestand der Bundeshaupthasse/Landeshaupthasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	1 812	1 812	–	1 649	1 649	–	1 677	1 677

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

<sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung.

<sup>3</sup> Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland.

<sup>4</sup> Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung.

## 4 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder Ende des Monats April 2003; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland <sup>6</sup>
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>8 467,6</b>	<b>9 797,8<sup>9</sup></b>	<b>2 318,7</b>	<b>4 891,3</b>	<b>1 540,8</b>	<b>5 427,6</b>	<b>12 042,8</b>	<b>3 174,4</b>	<b>836,0</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	6 446,8	7 655,1	1 202,3	3 949,3	684,1	3 725,9	9 886,5	2 067,2	532,7
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	126,7	–	113,7	242,1	–	113,0	19,1
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	3 022,0	1 630,1 <sup>7</sup>	1 544,3	–	775,0	3 493,0	4 082,0	1 803,2	318,6
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>10 001,6</b>	<b>11 303,5<sup>9</sup></b>	<b>3 057,4</b>	<b>6 356,8</b>	<b>2 183,4</b>	<b>6 923,6</b>	<b>16 518,7</b>	<b>4 199,1</b>	<b>1 179,4</b>
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	4 677,4	5 216,1	841,4	2 450,1	658,1	2 666,0 <sup>3</sup>	6 270,6 <sup>3</sup>	1 726,8	497,6
122	Bauausgaben	114,2	186,0	57,8	91,9	31,3	67,8	6,1 <sup>4</sup>	19,3	14,4
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	412,1	598,6	–	528,8	–	–	547,2	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	569,3	599,9 <sup>8</sup>	881,1	789,6	369,9	1 245,5	3 970,7	1 405,1	346,1
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>– 1 534,0</b>	<b>– 1 505,7<sup>9</sup></b>	<b>– 738,7</b>	<b>– 1 465,5</b>	<b>– 642,6</b>	<b>– 1 496,0</b>	<b>– 4 475,9</b>	<b>– 1 024,7</b>	<b>– 343,5</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	422,4	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	55,2	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	367,2	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>	2 458,3	1 150,8	748,5	– 806,1	414,2	2 252,0	110,9	362,4	– 31,5
<b>2</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)</b>	<b>– 471,5</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>– 329,2</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	– 471,5	–	–	– 329,2	–	–	–	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	204,6	–	– 325,7	0,5	–	–	–	–	–
<b>3</b>	<b>Verwahrungen, Vorschüsse usw.</b>	<b>1 510,8</b>	<b>904,5</b>	<b>203,7</b>	<b>1 693,7</b>	<b>260,0</b>	<b>59,9</b>	<b>1 961,8</b>	<b>512,3</b>	<b>133,6</b>
31	Verwahrungen	2 579,5	2 843,1	2,1	365,8	0,1	695,7	1 229,1	201,9	14,5
32	Vorschüsse									
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	200,7	4 451,3	–	576,7	16,3	1 101,4	115,2	2,3	25,7
34	Saldo (31–32+33)	– 868,0	2 512,7	201,6	1 904,6	276,2	465,6	847,9	312,8	144,8
<b>4</b>	<b>Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)</b>	<b>– 210,6</b>	<b>0,0</b>	<b>– 114,3</b>	<b>– 695,6</b>	<b>47,8</b>	<b>1 221,6</b>	<b>–</b>	<b>– 349,5</b>	<b>– 230,2</b>
<b>5</b>	<b>Schwebende Schulden</b>									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	–	582,0	167,0	–	3 578,0	350,0	230,2
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	51,0	–	–	–	–
56	Zusammen	–	–	0,0	582,0	218,0	–	3 578,0	350,0	230,2
<b>6</b>	<b>Kassenbestand insgesamt (4+56)</b>	<b>– 210,6<sup>5</sup></b>	<b>0,0</b>	<b>– 114,3<sup>5</sup></b>	<b>– 113,6<sup>5</sup></b>	<b>265,8</b>	<b>1 221,6</b>	<b>61,0</b>	<b>0,5</b>	<b>0,0</b>
<b>7</b>	<b>Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)</b>									
71	Innerer Kassenkredit	–	–	–	–	–	1 077,1	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	1 101,4	113,4	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. – <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. – <sup>3</sup> Ohne Mai-Bezüge. – <sup>4</sup> Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. – <sup>5</sup> Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen. – <sup>6</sup> Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und das Saarland. – <sup>7</sup> Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. €. – <sup>8</sup> Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 0,0 Mio. €. – <sup>9</sup> Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (= Sondervermögen nach Artikel 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 9 755,6 Mio. €, die Ausgaben 11 245,5 Mio. € und der Finanzierungssaldo – 1 489,9 Mio. €.

Stand: Mai 2003

## 4 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder Ende des Monats April 2003; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen <sup>6</sup>	Hamburg	Länder <sup>6</sup> zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>								
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>4 217,8</b>	<b>2 283,5</b>	<b>2 144,7</b>	<b>2 288,9</b>	<b>5 341,5</b>	<b>902,6</b>	<b>2 307,2</b>	<b>65 787,6</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	2 328,5	1 199,6	1 681,3	1 257,0	2 730,0	428,9	1 804,6	47 579,8
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	267,8	151,1	–	137,1	952,1	72,9	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	628,1	1 592,0	1 444,0	860,1	5 990,0	535,0	1 754,2	29 471,6
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>								
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>5 105,8</b>	<b>3 251,0</b>	<b>2 625,2</b>	<b>3 282,2</b>	<b>7 014,9</b>	<b>1 636,5</b>	<b>3 481,2</b>	<b>85 924,7</b>
121	darunter: Personalausgaben								
	(inklusive Versorgung)	1 423,3	831,1	1 177,7	806,2	2 580,6	424,4	1 235,4	33 482,8
122	Bausubstanz	156,4	32,9	38,9	61,8	26,3	27,4	90,3	1 022,8
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	–	–	–	–	–23,4	–132,3
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	675,7	89,1	1 150,8	640,3	3 675,8	121,0	–	16 529,9
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>– 888,0</b>	<b>– 967,6</b>	<b>– 480,5</b>	<b>– 993,3</b>	<b>– 1 673,4</b>	<b>– 733,9</b>	<b>– 1 174,0</b>	<b>– 20 137,3</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	657,5	–	–	–	–	–	–	1 079,9
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	2,5	–	–	–	–	–	–	57,7
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	655,0	–	–	–	–	–	–	1 022,2
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>	–46,8	763,8	219,5	219,8	2 120,2	401,6	1 756,2	12 093,8
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	– 655,0	–	–	–340,3	–	–251,5	–651,3	–3 756,5
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	–	–	–	–162,9	–1 750,8
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	615,7	183,0	–	32,8	–866,2	244,1	211,6	7 661,3
32	Vorschüsse	41,3	233,4	–	14,3	–	–12,1	1 481,1	9 689,8
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	318,7	56,4	–	6,6	94,4	128,3	395,2	7 489,2
34	Saldo (31–32+33)	893,1	6,0	–	25,1	–771,8	384,5	–874,3	5 460,8
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 41,7	– 197,7	– 260,9	– 1 088,7	– 325,0	– 199,3	– 1 106,3	– 7 067,4
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	12,0	–	–	1 086,2	347,0	288,1	1 175,0	7 815,5
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	51,0
56	Zusammen	12,0	–	0,0	1 086,2	347,0	288,1	1 175,0	7 866,5
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	– 29,7 <sup>5</sup>	– 197,7 <sup>5</sup>	– 260,9 <sup>5</sup>	– 2,5 <sup>5</sup>	22,0	88,6	68,7	798,9
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit	–	–	–	5,7	–	–	326,5	1 409,3
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	0,9	94,4	–15,6	382,8	1 677,3

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. – <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. – <sup>3</sup> Ohne Mai-Bezüge. – <sup>4</sup> Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. – <sup>5</sup> Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen. –

<sup>6</sup> Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und das Saarland. – <sup>7</sup> Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. €. – <sup>8</sup> Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 0,0 Mio. €. – <sup>9</sup> Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (= Sondervermögen nach Artikel 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 9 755,6 Mio. €, die Ausgaben 11 245,5 Mio. € und der Finanzierungssaldo – 1 489,9 Mio. €.

Stand: Mai 2003

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland <sup>1</sup>		Erwerbs- quote <sup>2</sup>	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote <sup>3</sup>	Bruttoinlandsprodukt (real)			
	Mio.	Verän- derung in % p. a.	in %	Mio.	in %	gesamt Veränderung in % p. a.	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	Investitions- quote <sup>4</sup> in %
1991	38,5	.	51,3	2,2	5,4	.	.	.	23,8
1992	37,9	- 1,5	50,7	2,6	6,4	2,2	3,8	2,7	24,0
1993	37,4	- 1,3	50,2	3,1	7,6	- 1,1	0,3	1,6	23,0
1994	37,3	- 0,2	50,4	3,3	8,1	2,3	2,5	2,6	23,1
1995	37,4	0,2	50,2	3,2	7,9	1,7	1,5	2,8	22,4
1996	37,3	- 0,3	50,4	3,5	8,6	0,8	1,1	2,2	21,8
1997	37,2	- 0,2	50,7	3,9	9,5	1,4	1,6	2,0	21,4
1998	37,6	1,1	51,1	3,7	8,9	2,0	0,9	1,3	21,4
1999	38,1	1,3	51,4	3,4	8,2	1,8	0,6	1,3	21,6
2000	38,7	1,6	51,8	3,1	7,5	3,0	1,4	2,3	21,6
2001 <sup>5</sup>	38,8	0,2	51,8	3,1	7,4	0,6	0,4	1,4	20,3
1996/1991	37,4	- 0,6	50,4	3,1	7,7	1,2	1,8	2,4	22,9
2000/1995	37,8	0,7	51,1	3,5	8,5	1,8	1,1	1,8	21,6

<sup>1</sup> Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

<sup>2</sup> Erwerbstätige im Inland + Erwerbslose in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

<sup>3</sup> Erwerbslose in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

<sup>4</sup> Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

<sup>5</sup> Erste vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); Bundesanstalt für Arbeit; eigene Berechnungen.

## 2 Preise<sup>1</sup>

Jahr	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage	Konsum der privaten Haushalte	Preisindex für die Lebens- haltung <sup>2,3</sup> Veränderung in % p. a.	Lohnstück- kosten <sup>4</sup>	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Verdienst je Arbeitnehmer
1991	.	.	.	.	.	.	.	.
1992	5,0	2,2	4,5	4,4	5,0	6,4	7,4	10,4
1993	3,7	1,7	3,2	3,8	4,5	3,8	2,5	4,4
1994	2,5	0,4	2,4	2,5	2,7	0,5	4,9	2,0
1995	2,0	1,2	1,8	1,8	1,7	2,1	3,8	3,2
1996	1,0	- 0,4	1,1	1,7	1,4	0,2	1,8	1,4
1997	0,7	- 1,8	1,2	2,0	1,9	- 0,7	2,1	0,3
1998	1,1	2,0	0,6	1,1	1,0	0,2	3,1	1,0
1999	0,5	0,4	0,4	0,3	0,6	0,6	2,3	1,4
2000	- 0,4	- 4,5	1,1	1,4	1,9	- 0,2	2,6	1,6
2001 <sup>5</sup>	1,3	- 0,1	1,3	1,8	2,5	1,2	1,9	1,8
1996/1991	2,8	1,0	2,6	2,8	3,1	2,6	4,1	4,2
2000/1995	0,6	- 0,9	0,9	1,3	1,3	0,0	2,4	1,1

<sup>1</sup> Preisbasis 1995.

<sup>2</sup> Gerechnet nach Messzahlen des jeweiligen Originalbasisjahres.

<sup>3</sup> Alle privaten Haushalte.

<sup>4</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).

<sup>5</sup> Erste vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

### 3 Außenwirtschaft

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €		Anteile am BIP in %		
1991	.	.	- 3,54	- 17,83	26,3	26,5	- 0,2	- 1,2
1992	0,2	0,3	- 3,97	- 12,78	24,5	24,8	- 0,2	- 0,8
1993	- 4,8	- 6,5	2,87	- 9,93	22,8	22,6	0,2	- 0,6
1994	8,6	8,0	5,53	- 22,73	23,6	23,3	0,3	- 1,3
1995	7,8	6,4	11,62	- 16,60	24,5	23,8	0,6	- 0,9
1996	5,2	3,6	19,07	- 7,44	25,3	24,3	1,0	- 0,4
1997	12,6	11,7	25,67	- 1,67	27,9	26,5	1,4	- 0,1
1998	7,1	7,0	28,08	- 5,21	29,0	27,6	1,5	- 0,3
1999	4,8	7,2	16,81	- 15,39	29,7	28,9	0,9	- 0,8
2000	16,5	18,5	7,97	- 3,92	33,7	33,3	0,4	- 0,2
2001 <sup>1</sup>	5,6	1,0	39,08	9,99	35,0	33,1	1,9	0,5
1996/1991	3,3	2,2	7,02	- 13,90	24,1	23,7	0,4	- 0,8
2000/1995	9,1	9,5	19,52	- 6,73	29,1	28,1	1,0	- 0,3

<sup>1</sup> Erste vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

### 4 Einkommensverteilung

Jahr	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens-einkommen	Arbeitnehmerentgelte (Inländer)	Lohnquote unbereinigt <sup>1</sup>	Lohnquote bereinigt <sup>2</sup>	Bruttolöhne und Gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (netto) <sup>3</sup>	Arbeitsproduktivität (je Erwerbstätigen Inland)
	Veränderung in % p. a.			in %	in %		Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	72,5	72,5	.	.	.
1992	6,5	1,6	8,3	73,7	74,0	10,4	4,1	3,8
1993	1,1	- 2,6	2,4	74,7	75,2	4,4	0,9	0,3
1994	3,7	7,4	2,5	73,8	74,5	2,0	- 2,3	2,5
1995	4,3	6,1	3,6	73,3	74,1	3,2	- 1,0	1,5
1996	1,7	3,9	0,9	72,8	73,6	1,4	- 1,8	1,1
1997	1,7	5,0	0,4	71,8	72,8	0,3	- 3,2	1,6
1998	2,7	4,1	2,1	71,5	72,5	1,0	0,1	0,9
1999	1,5	- 1,4	2,7	72,3	73,1	1,4	1,5	0,6
2000	2,8	2,6	2,9	72,3	73,1	1,6	0,8	1,4
2001 <sup>4</sup>	1,7	1,2	1,9	72,5	73,2	1,8	1,3	0,4
1996/1991	3,4	3,2	3,5	73,7	74,3	4,2	0,0	1,8
2000/1995	2,1	2,8	1,8	72,1	73,0	1,1	- 0,5	1,1

<sup>1</sup> Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

<sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

<sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (1995 = 100).

<sup>4</sup> Erste vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

## 5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %								
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004
Deutschland	1,0	2,0	5,7	1,7	2,9	0,6	0,2	0,4	2,0
Belgien	4,4	1,7	3,1	2,4	3,7	0,8	0,7	1,2	2,3
Dänemark	- 0,6	3,6	1,0	2,8	2,8	1,4	1,6	1,5	2,2
Griechenland	0,7	2,5	0,0	2,1	4,2	4,1	4,0	3,6	3,8
Spanien	1,3	2,3	3,8	2,8	4,2	2,7	2,0	2,0	3,0
Frankreich	1,6	1,5	2,6	1,7	3,8	1,8	1,2	1,1	2,3
Irland	3,1	3,1	7,6	10,0	10,0	5,7	6,0	3,3	4,5
Italien	3,5	3,0	2,0	2,9	3,1	1,8	0,4	1,0	2,1
Luxemburg	0,8	2,9	5,3	1,3	8,9	1,0	0,4	1,1	2,7
Niederlande	1,2	3,1	4,1	3,0	3,3	1,3	0,3	0,5	1,7
Österreich	2,2	2,4	4,7	1,6	3,5	0,7	1,0	1,2	2,0
Portugal	4,6	2,8	4,0	4,3	3,7	1,6	0,5	0,5	2,0
Finnland	5,1	3,1	0,0	4,1	5,5	0,6	1,6	2,2	2,9
Schweden	1,7	2,2	1,1	4,0	4,4	1,1	1,9	1,4	2,7
Vereinigtes Königreich	- 2,1	3,6	0,8	2,9	3,1	2,1	1,8	2,2	2,6
Euro-Zone	1,9	2,2	3,6	2,2	3,5	1,5	0,9	1,0	2,3
EU-15	1,3	2,5	3,0	2,4	3,5	1,6	1,1	1,3	2,4
Japan	2,8	4,6	5,2	1,9	2,8	0,4	0,3	1,5	1,3
USA	- 0,2	3,8	1,7	2,7	3,8	0,3	2,4	2,4	2,5

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: „Europäische Wirtschaft“ Nr. 4/2003 (Herausgeber EU-Kommission). Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2003.  
Stand: April 2003.



## 6 Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %								
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004
Deutschland	5,8	1,8	2,7	1,9	1,5	2,1	1,3	1,3	1,2
Belgien	6,7	5,0	2,7	1,5	2,7	2,4	1,6	1,4	1,3
Dänemark	9,6	4,5	2,9	1,9	2,7	2,3	2,4	2,4	1,9
Griechenland	22,5	19,6	19,8	9,0	2,9	3,7	3,9	3,8	3,5
Spanien	15,7	8,1	6,6	4,8	3,5	2,8	3,6	3,2	2,7
Frankreich	13,0	5,8	3,0	2,0	1,8	1,8	1,9	1,9	1,5
Irland	18,6	5,1	2,1	2,8	5,3	4,0	4,7	4,2	3,2
Italien	20,8	9,1	6,4	6,0	2,6	2,3	2,6	2,4	1,9
Luxemburg	7,5	4,3	3,6	2,2	3,8	2,4	2,1	2,1	1,6
Niederlande	7,4	3,0	2,2	1,4	2,3	5,1	3,9	2,7	1,5
Österreich	5,7	3,5	3,3	2,0	2,0	2,3	1,7	1,8	1,8
Portugal	21,6	19,4	11,6	4,3	2,8	4,4	3,7	3,2	2,3
Finnland	11,1	5,5	5,5	0,4	3,0	2,7	2,0	1,7	1,5
Schweden	12,4	6,9	9,7	2,8	1,3	2,7	2,0	2,5	1,8
Vereinigtes Königreich	16,2	5,3	7,5	3,1	0,8	1,2	1,3	1,9	1,8
Euro-Zone	11,8	5,7	4,4	3,0	2,1	2,4	2,2	2,1	1,7
EU-15	12,4	5,6	5,1	3,0	1,9	2,3	2,1	2,1	1,7
Japan	7,5	1,8	2,6	- 0,3	- 0,7	- 0,6	- 0,9	- 0,6	- 0,7
USA	10,8	3,5	4,6	2,3	3,4	2,8	1,6	2,0	1,7

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: „Europäische Wirtschaft“ Nr. 4/2003 (Herausgeber EU-Kommission). Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2003.  
Stand: April 2003.

## 7 Arbeitslosenzahlen im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung								
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004
Deutschland	2,7	7,2	4,8	8,0	7,8	7,7	8,2	8,9	8,9
Belgien	7,4	10,1	6,6	9,7	6,9	6,7	7,3	7,8	7,8
Dänemark	4,9	6,7	7,2	6,7	4,4	4,3	4,5	5,0	4,8
Griechenland	2,7	7,0	6,4	9,2	11,0	10,4	9,9	9,5	9,2
Spanien	8,5	17,7	13,1	18,8	11,3	10,6	11,4	11,6	11,4
Frankreich	6,2	9,8	8,6	11,3	9,3	8,5	8,7	9,2	9,1
Irland	8,0	16,8	13,4	12,3	4,3	3,9	4,4	5,6	5,6
Italien	7,1	8,2	8,9	11,5	10,4	9,4	9,0	9,1	8,8
Luxemburg	2,4	2,9	1,7	2,9	2,3	2,0	2,4	3,3	3,7
Niederlande	6,2	7,9	5,8	6,6	2,8	2,4	2,7	4,2	5,1
Österreich	1,1	3,1	3,1	3,9	3,7	3,6	4,3	4,5	4,4
Portugal	7,6	9,1	4,8	7,3	4,1	4,1	5,1	6,5	7,3
Finnland	4,7	4,9	3,2	15,4	9,8	9,1	9,1	9,4	9,3
Schweden	2,0	2,9	1,7	8,8	5,6	4,9	4,9	5,3	5,3
Vereinigtes Königreich	5,6	11,2	6,9	8,5	5,4	5,0	5,1	5,1	5,1
Euro-Zone	5,6	9,3	7,6	10,6	8,5	8,0	8,3	8,8	8,8
EU-15	5,5	9,4	7,3	10,1	7,8	7,3	7,6	8,0	8,0
Japan	2,0	2,6	2,1	3,1	4,7	5,0	5,2	5,4	5,4
USA	7,1	7,2	5,5	5,6	4,0	4,8	5,8	6,0	6,2

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: „Europäische Wirtschaft“ Nr. 4/2003 (Herausgeber EU-Kommission). Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2003.  
Stand: April 2003.

## 8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %								in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	2001	2002	2003 <sup>1</sup>	2004 <sup>1</sup>	2001	2002	2003 <sup>1</sup>	2004 <sup>1</sup>	2001	2002	2003 <sup>1</sup>	2004 <sup>1</sup>
<b>Gemeinschaft der unabhängigen Staaten</b>												
<b>Staaten</b>	<b>6,4</b>	<b>4,8</b>	<b>4,4</b>	<b>3,9</b>	<b>20,4</b>	<b>14,5</b>	<b>12,3</b>	<b>9,1</b>	<b>7,7</b>	<b>6,9</b>	<b>7,6</b>	<b>4,4</b>
Russische Föderation	5,0	4,3	4,0	3,5	20,7	16,0	13,4	9,7	10,5	8,8	10,1	6,3
Ukraine	9,2	4,6	4,5	4,0	12,0	0,8	5,0	5,0	3,7	7,6	4,7	2,8
<b>Asien</b>	<b>5,0</b>	<b>6,3</b>	<b>6,0</b>	<b>6,3</b>	<b>2,6</b>	<b>1,8</b>	<b>2,3</b>	<b>3,1</b>	<b>2,8</b>	<b>3,5</b>	<b>2,7</b>	<b>2,3</b>
China	7,3	8,0	7,5	7,5	0,7	-0,8	0,2	1,5	1,5	1,9	1,4	1,1
Indien	4,2	4,9	5,1	5,9	3,8	4,3	4,1	5,5	-	0,9	0,5	0,2
Indonesien	3,4	3,7	3,5	4,0	11,5	11,9	9,0	8,4	4,9	4,2	2,2	2,2
Korea	3,0	6,1	5,0	5,3	4,1	2,8	3,5	3,2	2,0	1,3	0,3	0,5
Thailand	1,9	5,2	4,2	4,3	1,7	0,6	1,7	0,9	5,4	6,0	2,8	2,6
Türkei	-7,5	6,7	5,1	5,0	54,4	45,0	24,7	14,5	2,3	-1,0	-1,8	-1,1
<b>Lateinamerika</b>	<b>0,6</b>	<b>-0,1</b>	<b>1,5</b>	<b>4,2</b>	<b>6,4</b>	<b>8,7</b>	<b>11,0</b>	<b>6,9</b>	<b>-2,8</b>	<b>-1,0</b>	<b>-1,1</b>	<b>-1,6</b>
Argentinien	-4,4	-11,0	3,0	4,5	-1,1	25,9	22,3	13,0	-1,7	8,3	7,8	6,7
Brasilien	1,4	1,5	2,8	3,5	6,8	8,4	14,0	5,5	-4,6	-1,7	-1,5	-2,3
Chile	2,8	2,0	3,1	4,8	3,6	2,5	3,3	2,9	-1,8	-0,9	-1,5	-1,1
Mexiko	-0,3	0,9	2,3	3,7	6,4	5,0	4,3	3,3	-2,9	-2,2	-2,2	-3,1
Venezuela	2,8	-8,9	-17,0	13,4	12,5	22,4	37,5	40,9	3,1	8,1	4,9	5,6

Quelle: IWF World Economic Outlook,

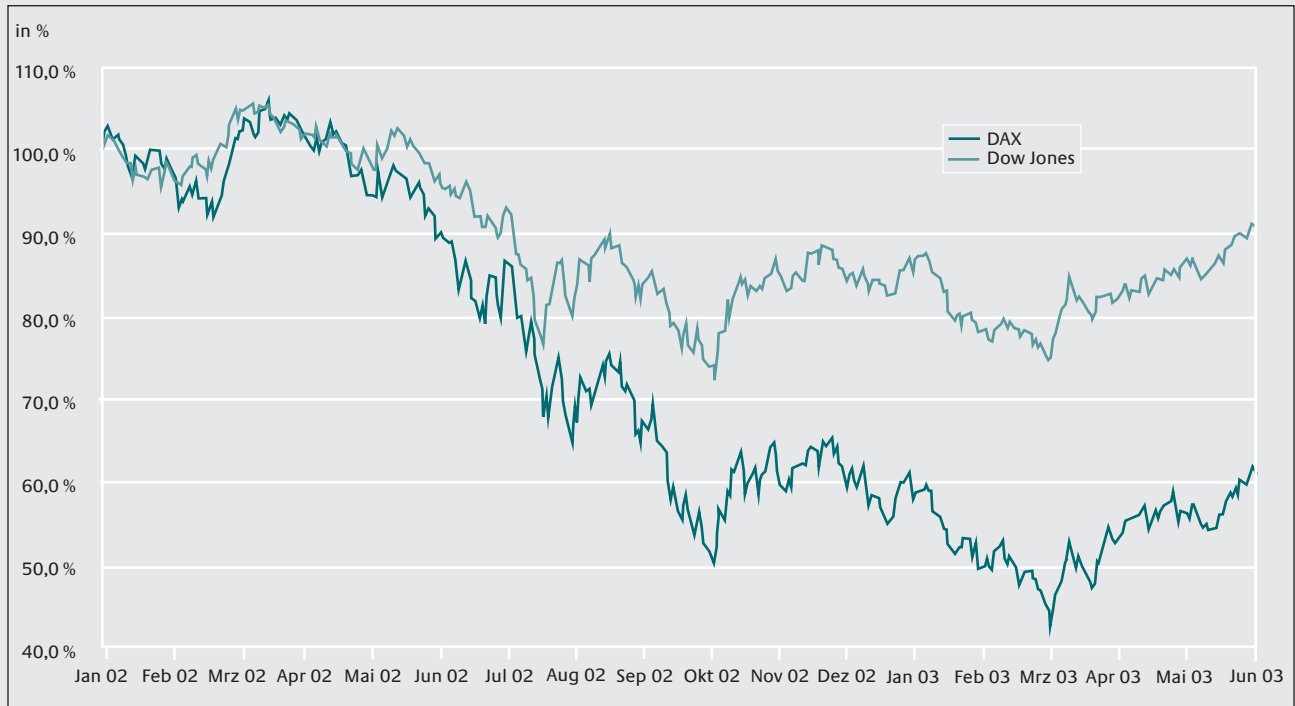
<sup>1</sup> Prognose des IWF

Stand: April 2003

## 9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

1. Januar 2002 = 100 %

(1. Januar 2002 bis 13. Juni 2003)



## 10 Übersicht Weltfinanzmärkte

### Aktienindices

	Stand 16.06.03	Anfang 2003	Änderung zu Anfang 2003	Tief 2002/2003	Hoch 2002
Dow Jones	9 319	8 342	11,7 %	7 197	11 750
Eurostoxx 50	2 455	2 408	2,0 %	1 904	5 220
Dax	3 265	2 893	12,8 %	2 189	8 136
CAC 40	3 174	3 064	3,6 %	2 401	6 945
Nikkei	8 944	8 579	4,3 %	7 604	20 434

### Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Aktuell 17.06.2003	Anfang 2003	Spread zu US-Bond in %	Tief 2002/2003	Hoch 2002/2003
USA	3,21	3,82	-	3,02	5,43
Bund	3,55	4,18	0,34	3,45	5,26
Japan	0,47	0,90	-2,74	0,40	1,55
Brasilien	9,59	18,91	6,37	5,48	30,78

### Währungen

	Aktuell 17.06.2003	Anfang 2003	Änderung zu Anfang 2003	Tief 2002/2003	Hoch 2002/2003
Dollar/Euro	1,18	1,05	0,12 %	0,86	1,19
Pfund/Euro	0,70	0,65	0,07 %	0,61	0,72
Yen/Dollar	118,27	118,74	0,00 %	115,85	134,37
Yen/Euro	139,33	124,51	0,12 %	112,12	140,57



**Herausgeber:**

Bundesministerium der Finanzen

Referat Presse und Information

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

<http://www.bundesfinanzministerium.de>

**Redaktion:**

Bundesministerium der Finanzen

Arbeitsgruppe Monatsbericht

[Redaktion.Monatsbericht@BMF.Bund.de](mailto:Redaktion.Monatsbericht@BMF.Bund.de)

Berlin, Juni 2003

**Gestaltung:**

trafodesign, Düsseldorf

**Satz:**

Heimbüchel PR, Kommunikation und Publizistik GmbH,

Berlin/Köln

**Druck:**

Druckhaus Am Treptower Park GmbH, Berlin

ISSN 1618-291X

**Diese Druckschrift** wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.